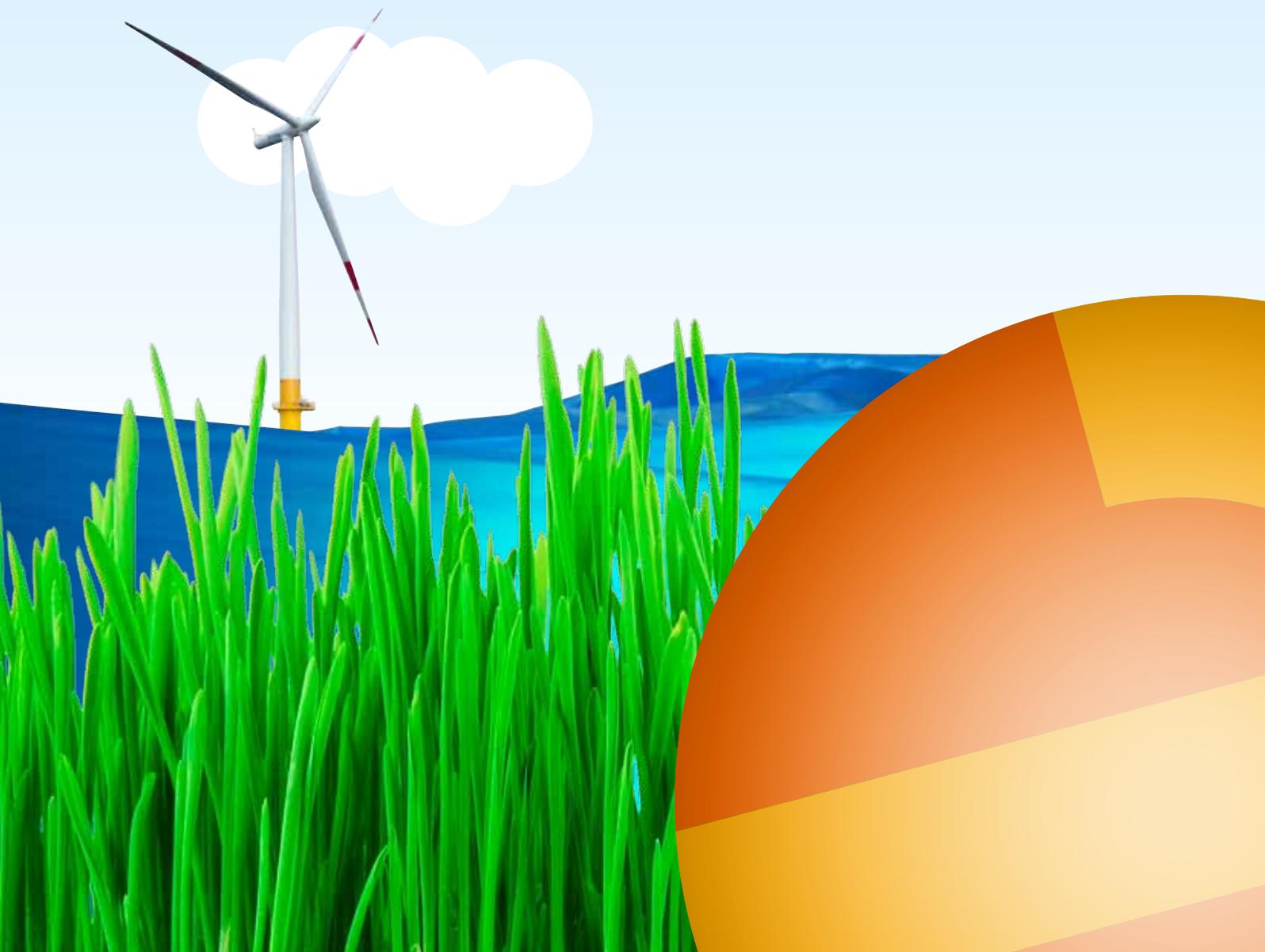




Geschäftsbericht 2011



Seit fast 125 Jahren stehen wir

für zuverlässige Kontinuität und wir stehen auch in Zukunft dafür, dass Sie

sich bei uns gut aufgehoben fühlen. Wir garantieren Ihre Versorgung

mit Energie. 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr. *Sicher!*

Wir pflegen den *persönlich*en Kontakt.

Uns erreichen Sie nicht ausschließlich über das Internet oder den

Anrufbeantworter. Wir arbeiten *zuverlässig*, bieten

aktuelle Technologien und immer

neue Ideen für schnellen, kompetenten *Service*.





ZE AG
energie

Inhalt

Brief des Vorstands	4
Vorstand und Aufsichtsrat	6
Bericht des Aufsichtsrats	8
SONDERTHEMA Energie ist unser Element	14
Zusammengefasster Lagebericht des ZEAG-Konzerns und der ZEAG Energie AG	24
Einführung und Zusammenfassung der Geschäftsentwicklung	24
Geschäftsmodell und Unternehmenssteuerung	25
Rahmenbedingungen und Marktentwicklung	26
Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	29
Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag	34
Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	35
Nachtragsbericht	35
Risiko- und Chancenbericht	36
Prognosebericht	39
Vergütungsbericht	41
Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB	43
Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands	44
Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB	45
Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate Governance Bericht	48
Konzernabschluss	58
Bestätigungsvermerk	58
Gewinn- und Verlustrechnung	60
Gesamtergebnis	60
Bilanz	61
Eigenkapitalveränderungsrechnung	62
Kapitalflussrechnung	63
Anhang	64
Erklärung des gesetzlichen Vertreters	103
Sonstige Angaben	106
Mandate von Vorstand und Aufsichtsrat	106
Zusätzliche Angaben zum Jahresabschluss der ZEAG Energie AG (Auszug)	110
Mehrjahresübersicht	112

Brief des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen,
sehr geehrte Aktionäre,

das Geschäftsjahr 2011 war für die Energiebranche und uns ein sehr bewegtes Jahr. Nach der Zerstörung des japanischen Kernkraftwerks Fukushima durch ein schweres Erdbeben und dessen Nachwirkungen beschloss die Bundesregierung die so genannte Energiewende, d. h. den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland bis 2022 und die Steigerung der regenerativen Energieerzeugung auf 55 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland bis 2030. Wie gestaltet die ZEAG Energie AG die Energiezukunft in unserer Region – dies ist auch das Sonderthema dieses Geschäftsberichts. Unser Ziel ist es seit jeher, den Großteil des Stroms für unsere Kunden selbst, kohlendioxidfrei und möglichst in der Region zu erzeugen. Seit 2009 verfolgen wir im Rahmen unserer Unternehmensstrategie das Ziel, unsere Eigenenergieerzeugung aus erneuerbaren Energien auf über die Hälfte unseres Strombedarfs im Jahr 2020 auszubauen. Von der Beschleunigung des Kernenergieausstiegs erhoffen wir uns eine Vereinfachung der Rahmenbedingungen für den Bau von Erzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energiequellen. Etabliert sind bereits die Photovoltaikanlagen: 2009 haben wir mit dem Bau

in unserem Versorgungsgebiet begonnen, heute sind wir mit 2.345 Kilowatt peak installierter Leistung einer der größten Solaranlagenbetreiber in Heilbronn. 2012 wollen wir die 6.000 Kilowatt peak-Grenze überschreiten.

Trotz der weiten Verbreitung in Deutschland nimmt die Sonnenenergie bisher nur zwei Prozent an der Stromerzeugung in Deutschland ein. Von der Windenergie versprechen wir uns die größten Potenziale. Daher haben wir uns am ersten kommerziellen Windpark in Deutschland, EnBW Baltic 1, mit zwei Megawatt beteiligt. Auch für den zweiten Windpark, EnBW Baltic 2, dessen Inbetriebnahme für 2013 geplant ist, streben wir eine Beteiligung an.

Unser Schwerpunkt liegt jedoch auf regionalen Projekten. Wir sind der festen Überzeugung, dass solche Anlagen nur im Konsens und unter Beteiligung der Bevölkerung errichtet werden dürfen. Deshalb haben wir im August letzten Jahres die ZEAG Erneuerbare Energien GmbH gegründet. Sie soll uns unmittelbar in der Region vielfältige Möglichkeiten eröffnen: An projektbezogen zu gründen-

den Gesellschaften können sich Partner vor Ort beteiligen, zum Beispiel Bürger und Kommunen. Die Beteiligten bringen ihre Einlage ein (z. B. ein Grundstück für eine Windkraftanlage oder finanzielle Mittel) und partizipieren anschließend an deren Ertrag. Die geplanten Projekte sind vielfältig: Denkbar sind zum Beispiel Photovoltaik- und auch Windkraftanlagen.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig in den Um- und Ausbau unserer Netze investiert haben, verlagert sich der Investitionsschwerpunkt in den kommenden beiden Jahren zunehmend auf den Ausbau zusätzlicher erneuerbarer Erzeugungskapazitäten. Zudem beabsichtigen wir, unser Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße durch eine moderne Kraft-Wärme-Kopplungsanlage zu ersetzen.

Neben den Auswirkungen auf unseren Erzeugungsmix wirkte die Energie-debatte in Deutschland als Katalysator für den Wettbewerb, der sich in diesem Jahr weiter verstärkt hat. Trotz Kundenverlusten konnten wir unsere führende Marktposition in unserem Versorgungsgebiet behaupten. Zum



dritten Mal in Folge wurden wir als Top-Lokalversorger ausgezeichnet, welche uns das beste Preis-Leistungs-Verhältnis in unserem Versorgungsgebiet bescheinigt.

In diesem Jahr haben wir die strategische Neupositionierung unserer Vertriebsaktivitäten umgesetzt und unter anderem die Voraussetzungen geschaffen, eine wettbewerbsfähige, effiziente Belieferung von Kunden außerhalb unseres traditionellen Versorgungsgebietes sicherzustellen. Wir freuen uns daher darauf, in den kommenden Monaten auch in neuen Vertriebsgebieten in der umliegenden Region aktiv am Wettbewerb teilzunehmen. Ich bin überzeugt, dass wir uns mit unserer Persönlichkeit, regionalen Verwurzelung und Kompetenz positiv im Markt differenzieren können. Mit unserem Tochterunternehmen Gasversorgung Unterland GmbH haben wir mit dem Vertrieb in neuen Gebieten gute Erfahrungen gemacht und können so inzwischen Kundenverluste kompensieren.

Die Rücknahme der Laufzeitverlängerungen für die deutschen Kernkraftwerke, wovon auch Block 2 des Ge-

meinschaftskernkraftwerks Neckar, Neckarwestheim (GKN 2) betroffen ist sowie das Moratorium und die anschließende Stilllegung von GKN 1, hat für uns eine große finanzielle Belastung dargestellt. Durch diese Maßnahmen und die am 1. Januar 2011 in Kraft getretene Besteuerung der Kernbrennstoffe haben sich unsere Strombezugskosten überproportional verteuert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte daher nur ein Ergebnis erreicht werden, das deutlich unter dem der vorangegangenen Geschäftsjahre blieb. In Anbetracht der Ereignisse liegt das EBIT von 6,8 Mio. Euro (Vorjahr 16,3 Mio. Euro) jedoch über dem im Mai 2011 prognostizierten Bereich und wir gehen davon aus, in den Folgejahren wieder verbesserte Ergebnisse zu erreichen. Dennoch werden sich die entfallene Erzeugungsmenge aus GKN 1 und die Kernbrennstoffsteuer weiter ergebnismindernd auswirken. Positive Auswirkungen erwarten wir hingegen aus effizienzsteigernden Maßnahmen.

Die Energiewende in Deutschland birgt große Chancen für uns. Um die Herausforderungen zu bestehen, bedarf es einer soliden Unternehmensbasis

und einer möglichst breiten Abdeckung in allen Bereichen des Energiemarkts, d. h. der Erzeugung, der Verteilung und dem Vertrieb. Hier sind wir optimal aufgestellt.

Für Ihr bisher entgegengebrachtes Vertrauen danken wir Ihnen herzlich. Wir freuen uns darauf, die Energiezukunft in unserer Region zu gestalten. Dafür bitten wir auch weiterhin um Ihre Unterstützung.

Heilbronn, im März 2012

Eckard Veil

Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Dr. Thomas Gößmann

(bis 02.03.2012)

Esslingen

Mitglied des Vorstands
der EnBW Regional AG

Vorsitzender

Walter Böhmerle

Esslingen

Mitglied des Vorstands
der EnBW Regional AG

1. stellv. Vorsitzender

Helmut Engelhardt

Lauffen a. N.

Elektromeister

2. stellv. Vorsitzender

Tomislav Boras

Heilbronn

Elektromeister

Klaus Brändle

Steinenbronn

Leiter kaufm. Angelegenheiten
der EnBW Regional AG

Helmut Himmelsbach

Heilbronn

Oberbürgermeister
der Stadt Heilbronn

Gerhard Kleih

Waiblingen

Mitglied der Geschäftsführung
der EnBW Vertrieb GmbH

Hans-Günther Meier

Karlsruhe

Mitglied der Geschäftsführung
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Steffen Pfisterer

Bretzfeld

Elektrotechnikermeister

Vorstand

Eckard Veil

(seit 01.04.2011)

Sprecher *(01.04.2011 bis 31.07.2011)*
Nürnberg

Kai Fischer

(bis 31.07.2011)

Lehrensteinsfeld





Bericht des Aufsichtsrats



Beratung und Überwachung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben im Geschäftsjahr 2011 pflichtgemäß und umfassend wahrgenommen. Er überwachte kontinuierlich die Führung der Geschäfte und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat war dabei in sämtliche Entscheidungen eingebunden, die für die Gesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat durch mündliche und schriftliche Berichte und Beschlussvorlagen zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und des Konzerns in fünf ordentlichen Sitzungen am 18. Februar, 25. März, 17. Mai, 26. Juli und 29. November 2011. Gegenstand der Beratungen waren Fragen der Unternehmenspolitik und -strategie sowie bedeutsame Geschäftsvorfälle, wichtige Unternehmensereignisse und grundsätzliche Fragen zur Unternehmensplanung und -steuerung sowie die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft. Diese Informationen wurden außerhalb der Sitzungen durch schriftliche Monatsberichte ergänzt. Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend

mit den Berichten und Beschlussvorlagen. Der Vorstand erläuterte und begründete dabei jeweils die Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen. Der Aufsichtsrat wurde ferner regelmäßig über die Risikosituation, die Aktivitäten und die Bewertungen des Risikomanagements, das interne Kontrollsystem sowie über die Compliance der Gesellschaft und des Konzerns informiert. Die Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurden vor der Genehmigung vom Aufsichtsrat geprüft und mit dem Vorstand ausführlich beraten.

Zu den besonderen Schwerpunkten der Beratungen und Beschlussfassungen im Plenum des Aufsichtsrats zählten im Berichtszeitraum:

- die regelmäßige und ausführliche Berichterstattung des Vorstands über den Geschäftsverlauf, die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie die Finanzsituation;
- die Beschlussfassung über die Aufhebung des Dienstvertrags mit Herrn Kai Fischer;
- die Beschlussfassung über die Bestellung von Herrn Eckard Veil zum Vorstand;
- die Beschlussfassung über die Vermarktung der geplanten Erzeu-

gungsleistung von Block 1 des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckar (GKN 1) und deren Rückkauf nach dem Moratorium der Bundesregierung im März 2011 bzw. der endgültigen Außerbetriebnahme von GKN 1;

- die Beschlussfassung über die Einführung einer Grund- und Ersatzversorgung für Wärmestromkunden;
- die Beschlussfassung über die Gründung von Projektgesellschaften zur Errichtung und zum Betrieb von Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien;
- die Beratungen mit dem Vorstand über die Umsetzung eines geänderten Energiebeschaffungsmodells;
- der Bericht über die Finanzanlagen, die Beschlussfassungen zur weiteren Umsetzung der Neuausrichtung des Portfoliomanagements und die Strategie zur Kurssicherung einzelner Finanzanlagen;
- die Genehmigung von Preismaßnahmen im Privatkundensegment (Gas) zum 1. Januar 2012;
- die Zustimmung zum Budget 2012 und die Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2013–2014, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz- und Investitionsplan sowie Kapitalflussrechnung;
- die eingehende Befassung mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen einen ehemaligen Vorstand und einen Mitarbeiter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden vom Vorstand außerhalb der Sitzungen schriftlich über Geschäftsvorgänge informiert, die für die Gesellschaft besonders bedeutsam waren. Zu Fragen der strategischen Ausrichtung, der Geschäftsentwicklung, des Risikomanagements sowie zu bedeutenden Einzelmaßnahmen und aktuell anstehenden Entscheidungen erfolgte ein ständiger Austausch zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand.

Die Teilnahmequote war bei allen Aufsichtsratssitzungen durchgängig hoch. Kein Mitglied des Aufsichtsrats nahm im Geschäftsjahr 2011 an weniger als der Hälfte der Sitzungen teil. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind nicht aufgetreten.

Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Auch im Geschäftsjahr 2011 haben die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse zur effizienten Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrats beigetragen. Die jeweiligen Ausschussmitglieder sind auf Seite 107 des Geschäftsberichts aufgeführt. In den jeweils nächsten Sitzungen des Aufsichtsrats berichteten die Ausschussvorsitzenden ausführlich über vorherige Beratungen in den Ausschusssitzungen.

Der Personalausschuss tagte im abgelaufenen Geschäftsjahr viermal. Schwerpunkte der Beratungen waren insbesondere die Vorbereitung der Beschlüsse zur Aufhebung des Dienstvertrags mit dem seinerzeitigen Vorstandsmitglied Kai Fischer, zur Neubestellung von Herrn Eckard Veil zum Vorstand und zur Einführung eines neuen Vergütungssystems für den Vorstand. Weitere Schwerpunkte waren die eingehende Vorbereitung der Festlegung der variablen Vergütung des Vorstands und der für die variable Vergütung des Vorstands maßgeblichen Ziele durch den Aufsichtsrat.

Der Prüfungsausschuss tagte im abgelaufenen Geschäftsjahr zweimal.

Die Schwerpunkte der Sitzung des Prüfungsausschusses am 4. März 2011 bildeten Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Compliance, der Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer einschließlich dessen zusätzlich erbrachter Leistungen, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems. Er holte die nach Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) geforderte Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und stellte sicher, dass die in Ziffer 7.2 des Kodex für das Auftragsverhältnis zwischen Unternehmen und Abschlussprüfer aufgestellten Anforderungen erfüllt sind. Ferner beschloss der Prüfungsausschuss die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und traf mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung. In Gegenwart des Abschlussprüfers befasste sich der Prüfungsausschuss ausführlich mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss sowie dem zusammengefassten Lagebericht, die er jeweils intensiv prüfte, und bereitete die Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vor. In seiner Sitzung am 26. Juli 2011 erörterte der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand eingehend den Halbjahresfinanzbericht. Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2012 die Wahl der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Jahres- und Konzernabschlussprüfer vorzuschlagen. Diesem Vorschlag stimmte der Aufsichtsrat zu.

Der Nominierungsausschuss hat im Berichtszeitraum nicht getagt.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr eingehend mit Fragen der Corporate Governance. Hierüber wird ausführlich im Corporate Governance Bericht auf den Seiten 48 bis 55 des Geschäftsberichts informiert, der Teil der dort veröffentlichten Erklärung zur Unternehmensführung ist.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich ausführlich mit den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 und der Umsetzung der Kodexregelungen für die Gesellschaft.

In der Sitzung am 12. März 2012 verabschiedete der Aufsichtsrat seine jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG. Gleichzeitig hat der Vorstand eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Im Geschäftsjahr 2011 entsprach die ZEAG Energie AG den Empfehlungen des Kodex in der jeweils geltenden Fassung mit nur drei Ausnahmen, die in der Entsprechenserklärung genannt und näher begründet sind. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG haben die Absicht, den Empfehlungen des Kodex auch künftig, von diesen unternehmensspezifischen Ausnahmen abgesehen, vollständig zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung wurde den Aktionären zusammen mit den Erklärungen der Vorjahre auf den Internetseiten der ZEAG Energie AG dauerhaft zugänglich gemacht. Die aktuelle Erklärung ist auch im Corporate Governance Bericht auf Seite 55 des Geschäftsberichts vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschluss

Durch die Hauptversammlung am 17. Mai 2011 wurde die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Jahres- und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 gewählt. Der Abschlussprüfer wurde durch den Prüfungsausschuss schriftlich mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses beauftragt. Der Abschlussprüfer hat auf der Grundlage des erteilten Prüfungsauftrags unter Einbeziehung der Buchführung den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der ZEAG Energie AG zum 31. Dezember 2011 sowie den zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 geprüft. Vorab

wurden mit dem Prüfungsausschussvorsitzenden die Prüfungsschwerpunkte festgelegt, die durch den Prüfungsausschuss bestätigt wurden. Der Abschlussprüfer hat darüber hinaus den auf Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (International Financial Reporting Standards – IFRS) aufgestellten ZEAG-Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 und den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2011 geprüft. Die Prüfungen führten zu keinen Einwendungen, so dass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Abschlussprüfer stellte ferner fest, dass der Vorstand die ihm gemäß § 91 Abs. 2 AktG obliegenden Maßnahmen in geeigneter Form getroffen und insbesondere ein angemessenes und den Anforderungen des Unternehmens entsprechendes Informations- und Überwachungssystem eingerichtet hat, welches nach dessen Konzeption und tatsächlicher Handhabung geeignet erscheint, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Die Entwürfe des Jahres- und des Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) wurden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses einschließlich des Gewinnverwendungsvorschlags des Vorstands rechtzeitig vor dessen Sitzung am 21. Februar 2012 übermittelt. Der Abschlussprüfer berichtete in dieser Sitzung über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für die Beantwortung von Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Der Abschlussprüfer informierte die Ausschussmitglieder ferner darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt wurden und berichtete den Ausschussmitgliedern über Leistungen, die von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbracht wurden. Er erklärte ferner, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den Entwürfen

der Prüfungsberichte und den übersandten Abschlussunterlagen und erhob dagegen keine Einwendungen. Er fasste hierzu den Beschluss, dem Aufsichtsrat zu empfehlen, den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss jeweils für das Geschäftsjahr 2011 nebst dem zusammengefassten Lagebericht zu billigen. Der Prüfungsausschuss prüfte in seiner Sitzung am 21. Februar 2012 auch eingehend den Vorschlag des Vorstands, der Hauptversammlung die Ausschüttung einer gegenüber dem Vorjahr verminderten Dividende in Höhe von 1,80€ je Stückaktie für das Geschäftsjahr 2011 vorzuschlagen. Im Ergebnis dieser Prüfung beschloss der Prüfungsausschuss, dem Aufsichtsrat zu empfehlen, der Hauptversammlung ebenfalls die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,80€ je Stückaktie vorzuschlagen.

Nach der Sitzung des Prüfungsausschusses wurden die ausgefertigten Berichte des Abschlussprüfers nebst Jahres- und Konzernabschluss und dem zusammengefassten Lagebericht mit dem Gewinnverwendungsvorschlag allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 12. März 2012 durch den Abschlussprüfer übersandt. An den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss und den Konzernabschluss hat der Abschlussprüfer teilgenommen. Dort berichtete er über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für die Beantwortung von Fragen der Aufsichtsratsmitglieder zur Verfügung. Der Abschlussprüfer berichtete ferner darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt wurden. Er informierte weiterhin über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen und gab bekannt, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen ließen. Im Rahmen dieser Sitzung berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungs-

ausschusses. Auch er stand für Fragen der übrigen Aufsichtsratsmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Nachdem der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2011, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2011 sowie den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2011 einer eigenen Prüfung unterzogen hatte, ergaben sich für den Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen keinerlei Einwendungen. Er stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu und billigte in seiner Bilanzsitzung am 12. März 2012 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011, der damit festgestellt ist. Gleichzeitig billigte der Aufsichtsrat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011. Dem Vorschlag des Vorstands, im Rahmen der Verwendung des Bilanzgewinns eine Dividende in Höhe von 1,80 € je gewinnberechtigter Stückaktie an die Aktionäre auszuschütten, schloss sich der Aufsichtsrat an und verabschiedete einen entsprechenden Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung.

Der Abschlussprüfer prüfte auch den Bericht des Vorstands gemäß § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) für das Geschäftsjahr 2011. Nach sorgfältiger Prüfung dieses Berichts erteilte der Abschlussprüfer am 21. Februar 2012 folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemeinsam mit den übrigen zur Prüfung übermittelten Unterlagen rechtzeitig vor deren Sitzung am 21. Februar 2012 zugesandt. In dieser Sitzung befasste sich der Prüfungsausschuss eingehend mit dem übersandten Entwurf des Abhängigkeitsberichts und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen, in dem dieser über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtete und den Ausschussmitgliedern für Fragen zur Verfügung stand. Der Prüfungsausschuss erhob nach Abschluss seiner eigenen Prüfungen keine Einwendungen gegen den Abhängigkeitsbericht.

Der vom Vorstand ausgefertigte Abhängigkeitsbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats anschließend rechtzeitig zur Prüfung übermittelt. An den Beratungen des Aufsichtsrats über diesen Bericht in der Bilanzsitzung am 12. März 2012 nahm der Abschlussprüfer ebenfalls teil und berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Darüber hinaus berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Nach seiner eingehenden eigenen Prüfung im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit und unter Einbeziehung der Ergebnisse des

Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses billigte der Aufsichtsrat das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers und kam zu dem Ergebnis, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen im Vorstand

Herr Kai Fischer verließ zum 31. Juli 2011 auf eigenen Wunsch das Unternehmen. Herr Kai Fischer gehörte dem Vorstand sechs Jahre an.

In seiner Sitzung am 18. Februar 2011 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Eckard Veil mit Wirkung zum 1. April 2011 für drei Jahre zum Vorstandsmitglied und für die Zeit des Übergangs zum Sprecher des Vorstands.

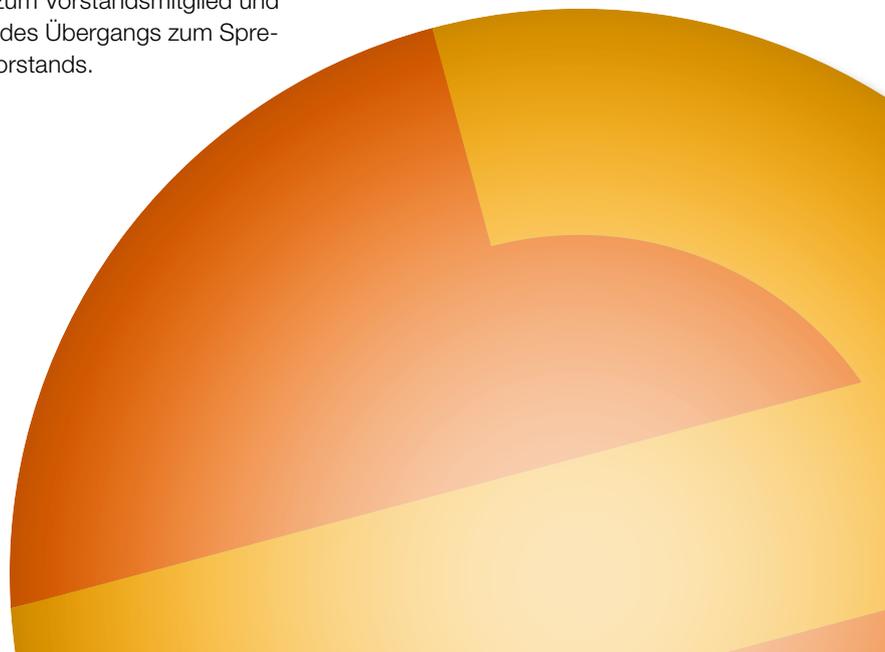
Der Aufsichtsrat dankt Herrn Fischer für seine erfolgreiche Vorstandstätigkeit.

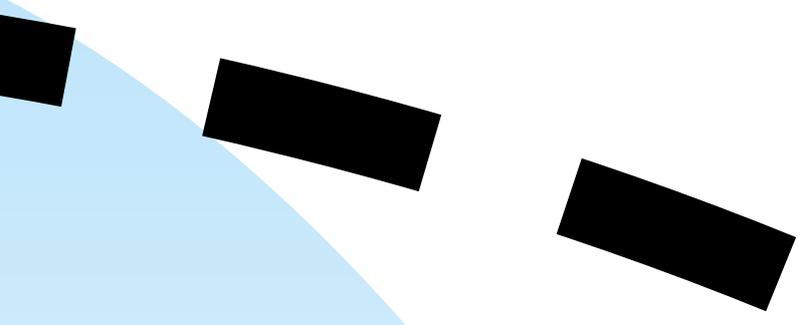
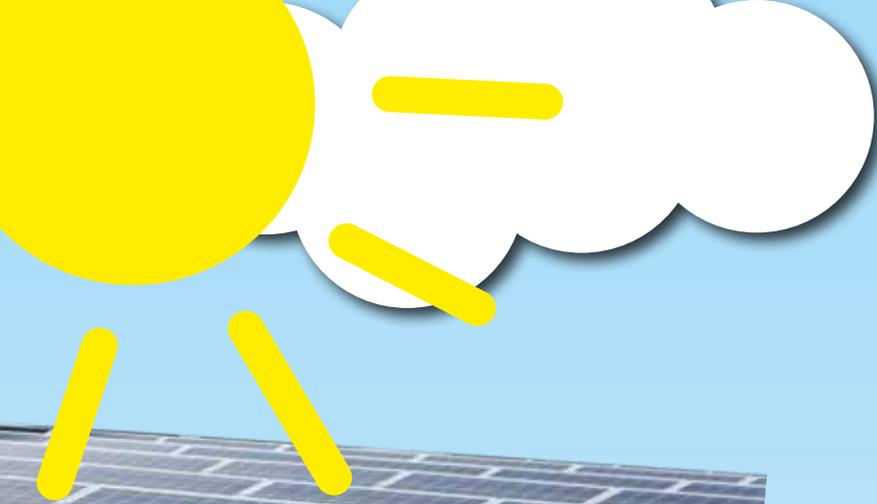
Er dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZEAG Energie AG für ihren engagierten Einsatz und für die Erreichung der für das Geschäftsjahr 2011 gesetzten Ziele.

Heilbronn, 12. März 2012

Der Aufsichtsrat

Walter Böhmerle
1. stellv. Vorsitzender

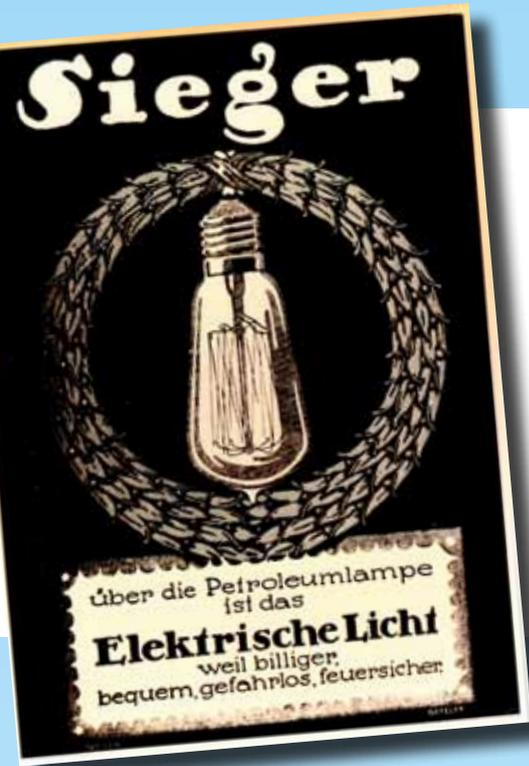




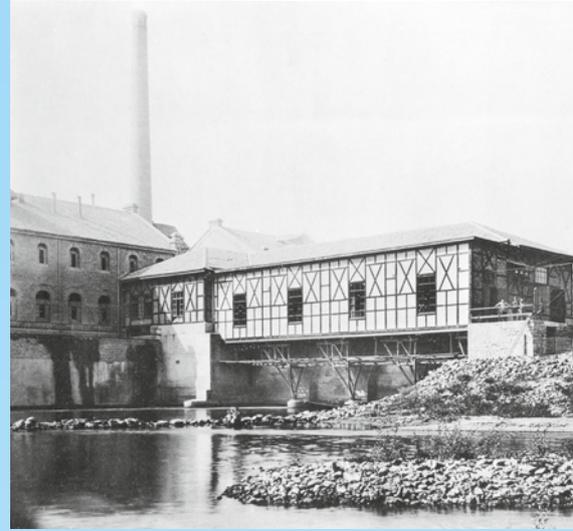
Energie ist unser Element

Wie gestaltet die ZEAG Energie AG
die Energiezukunft in der Region?





Energieversorgung damals und heute



Die erste Drehstromübertragung

Zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde elektrischer Strom in kleinen Laufwasserkraftwerken erzeugt, die an Flüssen verteilt waren. Strom konnte nur in unmittelbarer Nähe zur Erzeugungsanlage genutzt werden, da der Transport über weitere Entfernungen mit dem damals aktuellen Stand der Technik, der Gleichstromtechnik, mit großen Verlusten verbunden war. So hatten nur wenige die Möglichkeit, Elektrizität zu nutzen.

Im Jahr 1891 wurde die Stromversorgung revolutioniert: Bei der Internationalen Elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt am Main im Jahr 1891 bewies Oskar von Miller aus München der Weltöffentlichkeit die Funktionsfähigkeit der Drehstromtechnik und damit die Übertragung von Strom über weite Entfernungen. Einer seiner Partner dabei war das Württembergische

Portland-Cement-Werk zu Lauffen am Neckar, die heutige ZEAG Energie AG, die in ihrem Wasserkraftwerk in Lauffen a. N. den Strom für das Experiment erzeugte. Über eine Strecke von 175 Kilometern floss der Strom und machte mit 1.000 leuchtenden Glühbirnen und einem künstlichen Wasserfall auf dem Ausstellungsgelände in Frankfurt am Main die Kräfte des Lauffener Neckars wieder sichtbar.

Beginn der flächendeckenden Stromversorgung

Die Drehstromtechnik und die damit verbundene flächendeckend mögliche Stromversorgung läuteten das Zeitalter der Industrialisierung ein. Mit der zunehmenden „Elektrifizierung“ und dem Wirtschaftswachstum stieg auch der Strombedarf in Deutschland bis in die 1990er Jahre stetig an. Die anfänglich genutzte Wasserkraft allein reichte nun

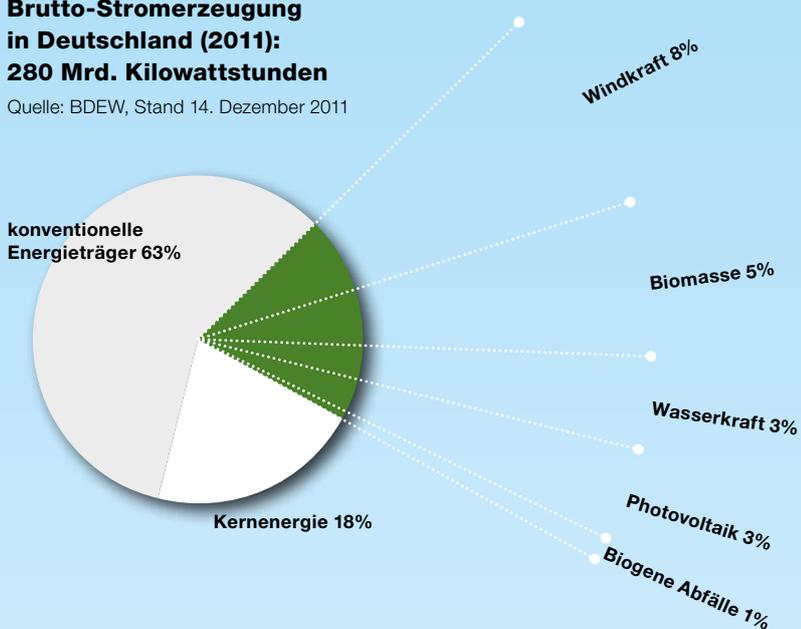
nicht mehr aus, um den gestiegenen Bedarf zu decken. Es mussten Großkraftwerke gebaut werden. Fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas, aber auch neue Technologien wie die Kernkraft fanden dabei Berücksichtigung.

Nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, nahm zwischen 1950 und 1960 das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahresschnitt um knapp 8,2 Prozent zu. Der Stromverbrauch stieg im selben Zeitraum dagegen um durchschnittlich 10,3 Prozent pro Jahr. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich dagegen das Wachstum des Stromverbrauchs im Vergleich zum Wirtschaftswachstum deutlich verlangsamt: Das Bruttoinlandsprodukt ist von 1991 bis 2008 im Schnitt um 1,5 Prozent gewachsen, während der Stromverbrauch im gleichen Zeitraum nur um knapp 0,8 Prozent jährlich zunahm.



Brutto-Stromerzeugung in Deutschland (2011): 280 Mrd. Kilowattstunden

Quelle: BDEW, Stand 14. Dezember 2011



Energiemix heute

Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind fossile Energieträger und Kernkraft weiterhin die wichtigsten Energieträger bei der Stromerzeugung, aber ihr Anteil nimmt stetig ab. Die Stromerzeugung in Deutschland basiert derzeit zu ca. zwei Dritteln auf konventionellen Energieträgern wie Erdöl, Kohle oder Erdgas sowie zu 18 Prozent auf Kernenergie. Gewachsen ist der Anteil an erneuerbaren Energien von vier im Jahr 1998 auf aktuell 20 Prozent. Diese setzen sich vorrangig aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaikanlagen zusammen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz

Weil es bislang mehr kostet, Strom aus Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse zu gewinnen als aus Kohle oder Kernenergie, wird die Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen seit dem Jahr 2000 entsprechend des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefördert. Aufgrund des EEG sind die Netzbetreiber verpflichtet, die aus erneuerbaren Quellen gewonnene Energie vorrangig abzunehmen. Der Produzent von EEG-Strom erhält für jede Kilowattstunde, die in das Stromnetz eingespeist wird, eine Einspeisevergütung. Diese Förderung wird über die EEG-Umlage auf alle Stromkunden verteilt. Die Umlage wird jedes Jahr neu berechnet.



Die Herausforderungen der Energieversorgung der Zukunft

2011 beschloss die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland bis 2022. Zudem soll der Anteil der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2030 auf 55 Prozent gesteigert werden.



Investition in erneuerbare Energiequellen

Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie entfallen für die ZEAG Energie AG Erzeugungskapazitäten in der Region. Ziel ist es weiterhin, wie seit jeher den Strom möglichst selbst, kohlendioxidfrei und in der Region zu erzeugen. So soll diese Menge zukünftig vorrangig aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe sind bereits für die nächsten drei Jahre eingeplant – nicht ausschließlich in Großprojekte wie dem Windpark EnBW-Baltic 1 in der deut-

schen Ostsee, sondern auch in kleinere, dezentrale Projekte wie Blockheizkraftwerke, Photovoltaik- oder Windkraftanlagen.

Gerade der Windkraft möchte auch die neue Landesregierung künftig ein stärkeres Gewicht beimessen. Dabei ist die ZEAG Energie AG der festen Überzeugung, dass solche Anlagen nur im Konsens und unter Beteiligung der Bevölkerung errichtet werden dürfen. Im August 2011 hat sie deshalb die ZEAG Erneuerbare Energien GmbH gegründet, die dem Energieunternehmen unmittelbar in der Region vielfältige Möglichkeiten eröffnen soll: An projektbezogenen zu gründenden Gesellschaften können sich Partner vor Ort beteiligen, zum Beispiel Bürger und Kommunen. Die Beteiligten bringen ihre Einlage ein, beispielsweise ein Grundstück für eine Windkraftanlage oder finanzielle Mittel und profitieren anschließend auch vom Ertrag. Die geplanten Projekte in der Region sind vielfältig: Denkbar sind zum Beispiel Blockheizkraftwerke oder Photovoltaik- und auch Windkraftanlagen.

Entwicklung der Stromerzeugung bei der ZEAG Energie AG

- 1888 Wasserkraftwerk Lauffen a. N.
- 1896 Inbetriebnahme des Dampfkraftwerks in der Badstraße, Heilbronn
- 1929 Nutzung der Stromerzeugung aus dem Laufwasserkraftwerk Horkheim
- 1942 Inbetriebnahme der Staustufe und des Neckarkraftwerks Lauffen
- 1944 Zerstörung Heilbronnns, des Kraftwerks Badstraße und großer Teile des Heilbronner Stromversorgungsnetzes am 4. Dezember
- 1956 Inbetriebnahme des Neckarkraftwerks Heilbronn
- 1968 Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Obrigheim (ZEAG-Anteil: 1,7%)
- 1976 Inbetriebnahme des GKN I im Neckarwestheimer Steinbruch des Zementwerks (ZEAG-Anteil: 3,2%)
- 1989 Inbetriebnahme GKN II (ZEAG-Anteil: 2,8%)
- 2009 Baubeginn von Photovoltaikanlagen (Stand 31.12.2011 2.345 kWp)
- 2010 Inbetriebnahme Offshore-Windpark EnBW-Baltic 1 (ZEAG-Anteil: 2 MW)



Speicherung von Strom

Die Speicherung von Strom ist bisher nur bedingt möglich. Dies führt dazu, dass Strom jeweils genau zu dem Zeitpunkt erzeugt werden muss, zu dem er gebraucht wird. Immer wenn ein Schalter für ein elektrisches Gerät betätigt wird, muss am anderen Ende der Leitung ein Kraftwerk den Strom dafür erzeugen. Durch die Regelbarkeit der konventionellen Kraftwerke ist dies bislang möglich, die Stromerzeugung folgt dem Stromverbrauch. Erneuerbare Energien haben in den meisten Fällen die Eigenschaft, dass ihre Verfügbarkeit vom Wetter oder der Tageszeit abhängig ist. Scheint die Sonne oder weht starker Wind, erzeugen

gen sie unter Umständen mehr Strom als gerade im Netz benötigt wird. In der Nacht oder während einer Flaute erzeugen sie dagegen keinen Strom. Eine der größten Herausforderungen der Energiezukunft ist es daher, die Stromversorgung mittelfristig umzustellen, so dass der Stromverbrauch der Stromerzeugung folgt.

Brücke zum Wandel

Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, sind Brückentechnologien notwendig. Diese decken den Energiebedarf, der heute noch nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. So ist eine Koordination des steuerbaren Verbrauchs, der steuerbaren Erzeugung (z. B. Biogas oder Biomasse) sowie der vorhandenen Speicher erforderlich. Auch konventionelle Kraftwerke sind in diese Regelung integriert. Je besser Erzeugung und Last aneinander angepasst werden, umso weniger Energie muss kostenintensiv gespeichert werden.

Intelligente Netze

So genannte Smart Grids („intelligente Netze“) werden an Bedeutung gewinnen. Diese intelligenten Stromnetze kombinieren alle notwendigen Faktoren miteinander, um die Stromversorgung effizienter zu gestalten. Mit intelligenten Stromzählern und Endgeräten im Haushalt, die über ein intelligentes Stromnetz versorgt werden, soll der Stromverbrauch zukünftig zudem in besonders nachfragearme Zeiten verlegt werden können.

Seit 2010 werden in allen Neubauten und auf Kundenwunsch digitale Zähler installiert, die dem Kunden den aktuellen Stromverbrauch anzeigen. Die ZEAG Energie AG bietet hier zusätzlich ein externes Display an, das ecoMeter, das im Wohnraum aufgestellt werden kann, so dass der Nutzer seinen Stromverbrauch immer im Blick hat. Die Sensibilität steigt und erfahrungsgemäß gehen die Kunden bewusster mit der Energie um. Zusätzlich bieten tageszeitabhängige Tarife die Möglichkeit, Geld einzusparen, indem die Nutzung von verbrauchsintensiven Geräten in günstige Tarifzeiten verlegt wird.

Bis 2020 sollen eine Million elektrisch angetriebene Fahrzeuge auf deutschen Straßen rollen. Die Batterien der Fahrzeuge sollen möglicherweise in intelligenten Netzen auch als Zwischenspeicher für elektrische Energie genutzt werden.



Wasserkraft: Noch lange kein Auslauf- modell



Energiegewinnung aus Wasserkraft hat eine lange Tradition. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts dienten die ersten Wassermühlen der Energiegewinnung. Daher war Energie aus Wasserkraft lange Zeit die bedeutendste regenerative Energiequelle. 2004 löste Wind die Wasserkraft als Nummer eins am Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung in Deutschland ab.

Stromerzeugung rund um die Uhr

Wasserkraft steht rund um die Uhr zur Verfügung (weitgehend unabhängig von Wetter, Saison und Tageszeit) und kann auch als Energiespeicher genutzt werden. Zur Energiegewinnung werden keine Rohstoffe und keine zusätzlichen Energiequellen benötigt. Es wird nur das Fallgewicht des Wassers genutzt und es entstehen kein CO₂,

sonstige Treibhausgase oder Schadstoffe. Die Energieproduktion durch Wasserkraft erreicht mit bis zu 90 Prozent einen hohen Wirkungsgrad. Die Speichermöglichkeit der Energie ist relativ groß und daher für die Grundlastsicherung geeignet.

Arten der Energiegewinnung

Es gibt verschiedene Arten von Wasserkraftwerken: Bei einem Laufwasserkraftwerk wird ein Fluss gestaut und durch die Fallkraft der Wassermengen elektrischer Strom produziert. Ein Speicherkraftwerk speichert das Wasser über mehrere Stunden bis mehrere Monate in einem Sammelbecken, um bei Bedarf die gespeicherte Energie in Strom umzuwandeln. Es leistet dabei einen Beitrag zum Hochwasserschutz: Speicherkraftwerke halten Wasser in wasserreichen Zeiten zurück und können es dosiert wieder abgeben.

Ein Pumpspeicherkraftwerk ist ein Speicherkraftwerk, bei dem mit überschüssigem Strom Wasser aus einer niedrigen Lage in einen höher gelegenen Stausee gepumpt wird, um später Spitzenstrom zu erzeugen.

Potenziale

Potenziale bestehen in der Modernisierung von bestehenden Anlagen und der damit verbundenen Chance, höhere Leistungen zu erzielen. Auch Anlagen, die bereits stillgelegt wurden, könnten reaktiviert und mit moderner Technik wieder in Betrieb genommen werden.

Rund 50 Prozent aller Wasserkraftanlagen weltweit basieren auf deutschem Know-how. Die Agentur für Erneuerbare Energie errechnet für das Jahr 2020 das Potenzial der Wasserkraft am deutschen Stromverbrauch auf 5,4 Prozent.



Wasserkraftwerke der ZEAG Energie AG

1929 ging das Wasserkraftwerk in Horkheim in Betrieb, 1942 die Staustufe und das Neckarkraftwerk Lauffen. Im November 1956 wurde das Neckarkraftwerk in Heilbronn (heute gegenüber der experimenta) fertiggestellt. Auf dem Gelände befindet sich zudem ein heute still gelegtes historisches Kraftwerk aus dem Jahr 1913. Hier kann auch die Turbine, die im Betrieb unter Wasser ist, besichtigt werden. Die Wasserkraftwerke produzieren jährlich über 45 Gigawattstunden Strom, was rechnerisch dem Jahresbedarf von 15.000 Haushalten mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 3.000 Kilowattstunden entspricht.



Aufwind für Windkraft

Der Windkraft wird unter den erneuerbaren Energien das größte Wachstumspotenzial eingeräumt. Sie spielt im Energie-Mix in Deutschland bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bereits die Hauptrolle.

Grüner Strom aus Wind

Der Wind bringt die Windräder in Bewegung. Diese kinetische Energie, die aus der Bewegung des Windes entsteht, wandelt ein Generator in elektrischen Strom um. Die energetische Nutzung von Windkraft setzt keine Schadstoffe frei. Besonders im mitteleuropäischen Winter steht Wind als Energielieferant großzügig zur Verfügung.

Arten der Energiegewinnung

Im Wesentlichen werden zwei Arten zur Gewinnung von Windenergie unterschieden:

- Onshore-Anlagen: Die Anlagen nutzen die Winde über dem Festland.
- Offshore-Anlagen: Diese Anlagen werden auf hoher See installiert, nicht selten bis zu 50 Kilometer und mehr vom Festland entfernt. Offshore-Anlagen werden zunehmend bedeutender für die Stromgewinnung. Offshore-Windparks machen sich die Tatsache zunutze, dass über dem Meer die Winde stetiger und heftiger wehen. Die Energieausbeute durch Windparks ist offshore daher um etwa 40 Prozent höher als bei vergleichbaren Anlagen auf dem Festland.

Potenziale

Viel Potenzial in Sachen Windkraft liegt im Auf- und Ausbau deutscher Offshore-Projekte und dem Repowering. Damit ist die Windkraft wichtiger Eckpfeiler bei der Stromerzeugung. Auch international gewinnt die Windkraft an Bedeutung, besonders gilt das für die großen Wachstumsmärkte wie China und die USA. Für 2020 rechnet die Agentur für Erneuerbare Energie mit einem Anteil von 18,8 Prozent aus der Windenergie bei der Stromversorgung.

Windkraftprojekte der ZEAG Energie AG

Für die Projekte in der Region sollen mit der ZEAG Erneuerbare Energien GmbH Betreibergesellschaften mit Sitz in der jeweiligen Kommune gegründet werden, an denen sich die Partner vor Ort beteiligen, zum Beispiel die Kommunen selbst, Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen.

Die ZEAG Energie AG ist mit zwei Megawatt am ersten kommerziellen Offshore-Windpark Baltic 1 in Deutschland beteiligt. Im Mai 2011 hat die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ihn offiziell in Betrieb genommen. Jährlich sollen hier bis zu 185 Gigawattstunden Strom erzeugt werden – rechnerisch genug für 50.000 Haushalte. Das zweite Projekt EnBW Baltic 2 ist bereits in Planung. Die ZEAG Energie AG strebt an, sich auch daran zu beteiligen.

Photovoltaik: Strom aus Sonnenenergie



Sonnenenergie gilt innerhalb der erneuerbaren Energien für die Nutzung durch die Verbraucher als gut ausgereift.

Photovoltaik – Strom direkt ins Netz

Über ein elektrisches Feld erzeugen Solarzellen aus den einfallenden Sonnenstrahlen Gleichstrom. Ein Wechselstromrichter wandelt den Gleichstrom in Wechselstrom um, damit er direkt von elektrischen Geräten genutzt bzw. ins Stromnetz eingespeist werden kann. Dadurch entstehen weniger Energieverluste bei Übertragung und Verteilung der produzierten Strommenge als bei Erzeugungsanlagen, die sich nicht in direkter Nähe zu Verbrauchern befinden.

Potenziale

Nach Prognosen der deutschen Agentur für Erneuerbare Energien sollen bis 2020 6,6 Prozent des Stromverbrauchs aus Photovoltaik-Anlagen gewonnen werden können. Wärme durch solarthermische Energiegewinnung liegt dann bei einem Anteil von 2,6 Prozent.

Projekte der ZEAG Energie AG

Seit November 2009 hat die ZEAG Energie AG ihre Erzeugungskapazitäten aus Sonnenenergie ausgebaut. Zunächst wurden dafür eigene Dachflächen genutzt. Des Weiteren wurde ein Modell entwickelt, das es Gebäudeeigentümern ermöglicht, in die Stromerzeugung aus Sonnenenergie einzusteigen, ohne selbst Geld in die Hand nehmen zu müssen.

In den letzten beiden Jahren sind über vierzig ZEAG-eigene Anlagen auf Dachflächen in Betrieb gegangen. Bis Ende 2011 ist die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen auf über 2.345 Kilowatt peak (kWp) angewachsen. Der so erzeugte Strom reicht rechnerisch für den Jahresbedarf von ca. 770 Haushalten.



Kraft- Wärme- Kopplung



Blockheizkraftwerke –
Erzeugung von
Strom und Wärme

Ein Blockheizkraftwerk (BHKW) ist eine Anlage, die gleichzeitig elektrische Energie und Wärme erzeugt. Sie wird bevorzugt dezentral eingesetzt, d. h. am Ort des Wärmeverbrauchs. Es ist aber auch möglich, die Nutzwärme in ein Nahwärmenetz einzuspeisen.

Die BrüggemannGruppe und die ZEAG Energie AG in Heilbronn realisieren aktuell ein bislang einzigartiges Pilotprogramm mit einer umweltfreundlichen Strom- und Wärmeerzeugung in einem Blockheizkraftwerk. Als Brennstoff dient Ethanol aus nachwachsenden Rohstoffen als ein Nebenprodukt aus vorgelagerten Produktionsprozessen.

Für das BHKW nutzt die ZEAG Energie AG bewährte BHKW-Aggregate auf Basis von Gasmotoren und stimmt die Kraftstoffeinspritzung und das Abgassystem auf den Einsatz von Ethanol als Brennstoff ab. Der Wirkungsgrad der Anlage wird bei etwa 90 Prozent liegen.

Den Projektstart markiert eine Prototyp-Anlage mit einer Leistung von 40 KW elektrisch und 50 KW thermisch. In Kraftstofftestläufen werden

Prozesse aufeinander abgestimmt und optimiert. Das neu errichtete Gebäude der Brüggemann-Energiezentrale ist für ein sechsfach größeres Aggregat ausgelegt, das nach Abschluss der Testreihen zum Einsatz kommen wird. Brüggemann nutzt die entstehende Wärme für innerbetriebliche Heizungs- und Kühlungsanlagen. Die parallel erzeugte Strommenge wird von der ZEAG Energie AG in das Stromnetz eingespeist.

Weitere Projekte der ZEAG Energie AG sind in Planung.





Sicher!

Jeder ZEAG Energie-Arbeitsplatz ermöglicht durch Ausgaben, Investitionen und Abgaben weitere Arbeitsplätze in der Region.

Zusammen- gefasster Lagebericht

des ZEAG-Konzerns
und der ZEAG Energie AG

1. Einführung und Zusammenfassung der Geschäfts- entwicklung

Einführung

Der Lagebericht der ZEAG Energie AG wird erstmalig mit dem des ZEAG-Konzerns zusammengefasst, da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der ZEAG Energie AG nicht wesentlich vom Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage sowie den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des ZEAG-Konzerns abweichen.

Zusammenfassung der Geschäftsentwicklung 2011

Der Geschäftsverlauf des ZEAG-Konzerns im Jahr 2011 wurde maßgeblich von den als politische Reaktion auf die Ereignisse in den japanischen Kernkraftwerken beschlossenen Gesetzesänderungen, der sogenannten Energie- wende, geprägt. Insbesondere wegen dem Moratorium und der Novellierung des Atomgesetzes waren durch die Außerbetriebnahme und anschließende endgültige Stilllegung von GKN 1 sowie die Laufzeitverkürzung für GKN 2 erhebliche finanzielle Belastungen zu verzeichnen. Zusätzlich wurde die Stromerzeugung aus Kernenergie durch die zum 1. Januar 2011 eingeführte Kernbrennstoffsteuer belastet.

Der Wettbewerb um Endkunden hat sich sowohl im Strom- wie im Gas- segment weiter intensiviert und führte jeweils per Saldo zu weiteren Kunden- verlusten. Im Geschäftsfeld Strom erforderte die massiv von 2,047 ct/kWh in 2010 auf 3,53 ct/kWh gestiegene EEG-Umlage eine Anpassung der Strompreise. Insbesondere bei Kunden mit Treueprodukten können Preismaßnahmen erst zeitversetzt realisiert werden, so dass die um- lagebedingt erhöhten Strombe- zugskosten nicht in vollem Umfang

2. Geschäftsmodell und Unternehmens- steuerung

kompensiert werden konnten. Auch im Segment Gas führten wieder ansteigende Bezugskosten zu rückläufigen Margen.

Per Saldo konnte der ZEAG-Konzern im abgelaufenen Geschäftsjahr aber weiterhin die herausragende Marktposition in seiner Heimatregion behaupten. Insbesondere durch die aufgrund der bereits angeführten außerordentlichen Einflüsse (Stilllegung GKN 1, Rücknahme der Laufzeitverlängerung für GKN 2, Kernbrennstoffsteuer) erhöhte Kostenverrechnung für den Strombezug von GKN konnte im langjährigen Vergleich ein zufriedenstellendes Ergebnis nicht erwirtschaftet werden. Das EBIT reduzierte sich um 9,5 Mio. € auf 6,8 Mio. € (Vorjahr 16,3 Mio. €). Ebenfalls unter Vorjahreswert schließt das Finanzergebnis, welches durch geringere Veräußerungserlöse sowie Abschreibungen auf Wertpapiere negativ beeinflusst war. Der Konzernüberschuss erreichte 3,7 Mio. € und schließt damit um 14,4 Mio. € unter dem des Vorjahres (18,1 Mio. €).

Der ZEAG-Konzern ist im Kerngeschäft in dem Geschäftsfeld Energie und energienahe Dienstleistungen tätig. Mit der Marke „ZEAG Energie“ betreiben wir in den Städten Heilbronn und Lauffen a. N. sowie in den Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. die Stromversorgung. Über unsere Tochtergesellschaft Gasversorgung Unterland GmbH (GU) werden weitere zehn Kommunen überwiegend im nördlichen Landkreis Heilbronn durch uns mit Erdgas versorgt. Die NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) nimmt innerhalb des ZEAG-Konzerns die Netzbetreiberfunktion wahr. Die NHF ist über die Versorgungsgebiete der ZEAG Energie AG (ZEAG) und der GU hinaus auch in der Gasverteilung in zwei Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall aktiv.

Ein wesentlicher, von zunehmender Bedeutung geprägter Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist die Energieerzeugung. Unsere Eigenerzeugung, die noch deutlich von unserem Erzeugungsanteil am Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN), Neckarwestheim, geprägt ist, ist im Geschäftsjahr 2011 weiter zurückgegangen. Eine bezogen auf unseren Absatz an Endkunden maßgebliche Eigenerzeugung ist einer der Eckpunkte unseres Geschäftsmodells. Ein wesentlicher Teil unserer mittelfristigen Strategie ist es daher, die weggefallenen bzw. die noch wegfallenden Erzeugungskapazitäten des GKN sukzessive durch regenerative Energien zu substituieren. Wir

wollen damit die Energiewende aktiv mitgestalten und unseren traditionell hohen Anteil der CO₂-freien Stromerzeugung erhalten bzw. weiter steigern. Diesem strategischen Ziel entsprechend beabsichtigen wir, neben den von uns genutzten und betriebenen Wasserkraftwerken am Neckar, unsere regenerativen Erzeugungskapazitäten durch Photovoltaik und Windkraft konsequent auszubauen. Uns ist bewusst, dass auch erneuerbare Energien einen Eingriff in die natürliche Umgebung darstellen und nur im Konsens und unter Einbindung der Bevölkerung realisiert werden können. Hierfür haben wir 2011 die ZEAG Erneuerbare Energien GmbH gegründet, die als Dachgesellschaft für flexible, projektbezogene Beteiligungsmodelle zur Verfügung steht.

Mit unserem Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße erbringen wir für dort ansässige, benachbarte Kunden Dienstleistungen, indem wir diese mit Wärme, Prozessdampf und Kälte für deren Produktion beliefern. Auch in diesem Bereich wollen wir Wachstumschancen nutzen und zur ressourcenschonenden, CO₂-armen Energieerzeugung beitragen: Ende 2011 haben wir ein BHKW in Betrieb genommen, ein weiteres befindet sich derzeit im Bau.

3. Rahmenbedingungen und Marktentwicklung

Als regionales, vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen bieten wir unseren Kunden die Lieferung von Energie und Netzdienstleistungen an. Unsere in der Region verankerte Marke „ZEAG Energie“ steht für erstklassigen Service, regionale Kompetenz und langfristig erworbenes Betreiber-Know-how. Dies spiegelt sich in einer überdurchschnittlichen Kundenbindung wider und ist Grundlage für unseren Markterfolg. Dieser Ansatz wird auch im Wettbewerb des unabhängigen Internetportals Energieverbraucherportal.de sichtbar: Sowohl der ZEAG im Bereich der Stromversorgung als auch der GU als unserem Gasversorger wurde aktuell das Siegel „Top-Lokalversorger 2012“ verliehen. Diese Auszeichnung wurde uns jeweils bereits zum dritten Mal in Folge erteilt. Um dem intensiver werdenden Wettbewerb wirkungsvoll begegnen zu können, haben wir im Jahr 2011 die Voraussetzungen geschaffen, künftig unsere an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Produktpalette auch effizient außerhalb unseres Konzessionsgebietes vermarkten zu können. Unsere Wettbewerbsfähigkeit wollen wir darüber hinaus durch die Fortführung und Optimierung unseres Effizienzsteigerungsprogrammes mit dem Ziel einer nachhaltigen Ergebnisverbesserung erhöhen.

Die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren lokalen und regionalen Marktpartnern, der Heilbronner Versorgungs GmbH (HVG), dem Regionalzentrum Neckar-Franken und anderen Organisationseinheiten der EnBW Regional AG, haben wir im Berichtsjahr weiter ausgebaut und werden wir auch weiterhin konsequent fortsetzen.

Wirtschaftlicher Erfolg ist das Ergebnis von zielorientiertem, unternehmerischem Handeln. Die Planung und Steuerung des Geschäfts sowie die Kontrolle und das Reporting folgen dem Ansatz der wertorientierten Unternehmensführung. Die auf eine nachhaltige Wertsteigerung des Unternehmens ausgerichtete Unternehmenssteuerung orientiert sich am erwirtschafteten Wertbeitrag. Dieser ergibt sich nach Abzug der Kosten des eingesetzten Kapitals aus der erzielten Rendite. Für die kurzfristige Steuerung der Unternehmenseinheiten wird insbesondere das gegebenenfalls um außergewöhnliche Effekte bereinigte EBIT (Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis sowie Steuern) verwendet.

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die globale Wirtschaftsleistung konnte nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 2011 um 4,0% gegenüber 2010 zulegen. Im Vorjahr war sie im Zuge der Erholung von Finanz- und Wirtschaftskrise noch dynamischer um 5,1% angestiegen. Die Wirtschaftsleistung der Eurozone ist nach Schätzungen von Eurostat in 2011 um 1,5% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, der Zuwachs lag damit ebenfalls unter dem des Vorjahres (+1,9%).

Die deutsche Wirtschaft war auch im abgelaufenen Jahr die Konjunktur-Lokomotive in der Eurozone. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2011 um schätzungsweise 3,0% und konnte damit wieder das Niveau vor der Wirtschaftskrise erreichen. Allerdings hat in Folge der Staatsschuldenkrise das Wachstum im 2. Halbjahr 2011 merklich an Fahrt verloren.

Versorgungsgebiet ZEAG

Nach Einschätzung der IHK Heilbronn-Franken hat sich auch die Wirtschaft in unserer Region in erstaunlichem Tempo erholt und nach dem tiefen Einbruch von 2009 bereits zur Jahresmitte 2011 wieder das Vorkrisenniveau von 2008 erreicht. Im Abnahmeverhalten unserer Industrie- und Gewerbe-

kunden wurden die positiven konjunkturellen Einflüsse durch gegenläufige Effekte, wie z. B. der vergleichsweise milden Witterung oder gesteigerter Energieeffizienz, kompensiert.

Europäische Energiepolitik

Energieeffizienz

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur Neufassung der Energiedienstleistungsrichtlinie vorgelegt. Vorgesehen sind u. a. Energieeinsparverpflichtungen für Energieversorger, jährliche Renovierungsraten für öffentliche Gebäude, verstärkte Nutzung von KWK und regulatorische Vorgaben zur Reduzierung des Energieverbrauchs. Eine Einigung zwischen Europäischem Parlament, Ministerrat und Kommission wird für das 2. Halbjahr 2012 erwartet.

Stresstests für Kernkraftwerke

Aufgrund der katastrophalen Ereignisse in Fukushima hat der Europäische Rat Stresstests für Kernkraftwerke angeordnet. Mit den Tests soll überprüft werden, ob EU-Kernkraftwerke Naturkatastrophen und andere Extrembedingungen überstehen können, außerdem sollen die Auswirkungen menschenverursachter Fehler und Aktionen untersucht werden. Zusammen mit ersten Vorschlägen zu gesetzgeberischen Maßnahmen sollen die Ergebnisse der Tests dem Europäischen Rat im Juni 2012 präsentiert werden.

Energiepolitik in Deutschland

Energiekonzept der Bundesregierung

Nachdem die Bundesregierung im Herbst 2010 ein Energiekonzept beschlossen hatte, welches u. a. eine Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke vorsah, hat die nationale Politik als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe in Fukushima die sogenannte „Energiewende“ beschlossen. Kern der Energiewende ist die dauerhafte Abschaltung der acht ältesten Reaktorblöcke sowie eine Laufzeitverkürzung der verbleibenden Anlagen. Flankiert wurde die Energiewende mit einem Gesetzespaket, welches u. a. ein Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus (NABEG) sowie eine Novellierung des EEG-Gesetzes umfasst.

Energiewirtschaftsgesetz

Das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) trat im Sommer 2011 in Kraft. Schwerpunkt war die Umsetzung europäischer Regeln aus dem 3. Binnenmarktpaket, wie verschärften Regelungen für das Unbundling. Gleichzeitig wurden Neuerungen zu Smart Metering und Netzentgelten bei flexiblem Verbrauch eingeführt.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Im Dezember 2011 hat die Bundesregierung eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) beschlossen, die auch die Aufnahme von Wärme- und Kältespeichern in die Förderung vorsieht. Das Gesetz-

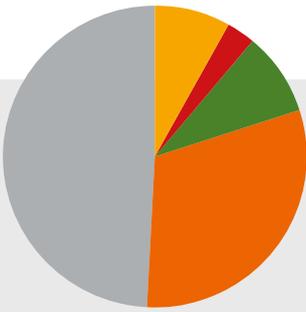
gebungsverfahren soll bis zum Sommer 2012 abgeschlossen werden.

EEG-Umlage

Mitte Oktober 2011 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) die EEG-Umlage für das Jahr 2012 veröffentlicht. Entsprechend deren Prognose steigt die nicht privilegierte EEG-Umlage von 3,530 Cent je Kilowattstunde in 2011 auf 3,592 Cent pro Kilowattstunde in 2012. In der Prognose der ÜNB wurde ein Zubau von 6.500 MW PV-Leistung in 2011 unterstellt. Tatsächlich wurden nach Angaben der Bundesnetzagentur (BNetzA) in 2011 rund 7.500 MW PV-Leistung neu installiert und erreichte damit einen neuen Rekordwert. Insofern ist fraglich, ob mit der erhöhten EEG-Umlage die tatsächlichen EEG-Kosten gedeckt sind.

Energiepolitik in Baden-Württemberg

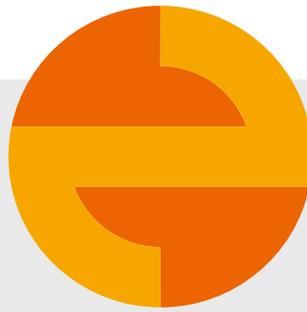
Die neue grün-rote Landesregierung beabsichtigt gemäß ihrem Koalitionsvertrag, einen großen Teil der in diesem Jahrzehnt entfallenden Erzeugungskapazitäten durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Insbesondere wurden dabei wesentlich ambitioniertere Ziele bezüglich des Ausbaus der Windenergie formuliert, die bisher in Baden-Württemberg nur eine untergeordnete Rolle spielte. Hierzu hat die



Stromabsatz 2011 in Mio. kWh

■ Sonstige.....	64
■ Heizstromkunden.....	23
■ Liefermenge EEG*	69
■ Privatkunden	242
■ Industriekunden	382
Gesamt	780

*Erneuerbare-Energien-Gesetz



Gasabsatz 2011 in Mio. kWh

■ Privatkunden	92
■ Industriekunden	146
Gesamt	238

Landesregierung im Juli 2011 Eckpunkte zur windkraftfreundlichen Novellierung des Landesplanungsgesetzes vorgelegt, die u. a. einen Wegfall der bisherigen Ausschlussgebiete und eine Stärkung der kommunalen Planungsmöglichkeiten vorsehen. Ebenfalls in 2011 wurde der Windatlas Baden-Württemberg veröffentlicht. Dieser weist im östlichen Bereich unserer Heimatregion Heilbronn-Franken, vornehmlich im Bereich der Hohenloher Ebene, das größte zusammenhängende Gebiet für eine wirtschaftliche Nutzung der Windenergie aus.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Im Oktober 2011 hat die BNetzA neue Eigenkapitalzinssätze für die Dauer der zweiten Regulierungsperiode zur Bestimmung der Erlösbergrenze für Betreiber von Strom- und Gasversorgungsnetzen festgelegt. Der Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen wurde auf 9,05%, für Altanlagen auf 7,14% reduziert. Die festgelegten Eigenkapitalzinssätze gelten für Gasnetzbetreiber ab Januar 2013 und für Stromnetzbetreiber ab Januar 2014.

Im Bereich der Stromnetze wird ab dem 1. Januar 2012 mit dem Qualitätselement ein Bonus-Malus-System als weiteres Element der Anreizregulierung implementiert. Im Oktober 2011 hat unser Netzbetreiber NHF hierzu einen vorläufigen Bescheid der Landesregulierungsbehörde erhalten. Aufgrund der herausragenden Qualität unserer Netze wurde uns ein Bonus zugestanden, welcher in den ab 1. Januar 2012 gültigen Netzentgelten enthalten ist.

Marktsituation Strom

Verbrauch

Nach der vorläufigen Schätzung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) im Januar 2012 ist der Stromverbrauch in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um rund 0,5% auf 607 GWh zurückgegangen. Dies ist nach Einschätzung des BDEW vor dem Hintergrund einer guten konjunkturellen Entwicklung insbesondere auf die dämpfende Wirkung eines nicht sehr heißen Sommers sowie eines milden Winters 2011 zurückzuführen.

Strompreise für Privat- und Industriekunden

Der BDEW ermittelte für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh in 2011 monatliche

Stromkosten von 72,77€ nach rund 69,10€ im Vorjahr (Stand März 2011). Davon entfallen rund 33,19€ (Vorjahr 28,58€) auf staatlich induzierte Kosten. Damit sind die staatlich induzierten Kosten stärker angestiegen als die Stromkosten insgesamt und waren ursächlich für unsere zum 1. Januar 2011 vorgenommene Preiserhöhung im Privatkundensegment. Bei den Wärme-stromkunden wurden die Preise erstmals nach gut drei Jahren Preisstabilität als ersten Schritt einer zweistufigen Erhöhung zum 1. November 2011 angehoben.

Für Industriekunden stellte der BDEW einen durchschnittlichen Strompreis inkl. Stromsteuer von 13,58 Cent/kWh fest, der damit bereits das Vorkrisenniveau aus 2008 (13,25 Cent/kWh) überschritten hat. Der im Vergleich zum Vorjahr 2010 (11,72 Cent/kWh) deutliche Anstieg resultierte nahezu ausschließlich aus der von 2,047 auf 3,530 Cent/kWh erhöhten EEG-Umlage.

4. Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Marktsituation Gas

Verbrauch

Den größten Einfluss auf die Verbrauchsentwicklung hatte im abgelaufenen Jahr die milde Witterung. Dies minderte den Bedarf an Wärmeenergie erheblich. Obwohl sich die Konjunktur positiv auf den Gasabsatz auswirkte, reduzierte sich nach vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der Erdgasverbrauch in Deutschland im Zeitraum von Januar bis Dezember 2011 um etwa 10,2 % auf 850 Mrd. kWh gegenüber 947 Mrd. kWh im selben Vorjahreszeitraum.

Gaspreise für Privat- und Industriekunden

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind die Gaspreise für Privatkunden in den Monaten Januar bis November 2011 kontinuierlich angestiegen. Im November 2011 betrug der Preisanstieg gegenüber demselben Vorjahresmonat 6,7 %. Bei den Industriekunden sind nach Angaben von Eurostat die Abgabepreise im 1. Halbjahr 2011 gegenüber dem 1. Halbjahr 2010 um 12,7 % angestiegen. Die Erdgaspreise folgten damit zeitversetzt der Entwicklung der Ölpreise.

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Der Stromabsatz in Höhe von 780 Mio. kWh verminderte sich im Berichtsjahr um 9,7 % (Vorjahr 864 Mio. kWh). Der Absatzrückgang aus Stromverkauf an unsere Industrie- und Gewerbekunden (B2B) war maßgeblich durch den Wechsel eines Großkunden bedingt und reduzierte sich um 14 % auf 382 Mio. kWh (Vorjahr 444 Mio. kWh). Bei den Privatkunden (B2C) verminderte sich der Absatz insbesondere aufgrund von wettbewerbsbedingten Kundenverlusten um 5,0 % auf 265 Mio. kWh (Vorjahr 279 Mio. kWh). Auch die übrigen Stromlieferungen verminderten sich, und zwar um 5,7 % auf 133 Mio. kWh (Vorjahr 141 Mio. kWh). Ursächlich hierfür war zum einen, dass der Nutzer eines an unser Netz angeschlossenen Wasserkraftwerks seinen Erzeugungsanteil nicht über unsere Netzgesellschaft als EEG-Netzeinspeisung vermarktete und zum anderen eine witterungsbedingt geringere Stromerzeugung der uns zur Verfügung stehenden Wasserkraftwerke. Diese Effekte konnten durch die weiter deutlich gestiegene Netzeinspeisung aus PV-Anlagen nur teilweise kompensiert werden.

Der Absatz von Erdgas reduzierte sich vergleichsweise moderat – der bundesweite Rückgang betrug witterungsbedingt ca. 10,2 % – um 6,7 % auf 238 Mio. kWh (Vorjahr 255 Mio. kWh). Neben der Witterung hat sich dabei

auch bereits der Wechsel eines Industriekunden ab dem 1. Oktober 2011 absatzmindernd ausgewirkt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der Konzernumsatz nach Abzug von Strom- und Energiesteuer um 7,9 % gesteigert werden. Der Anteil des Geschäftsfeldes Strom am Konzernumsatz erhöhte sich von 92,0 % auf 92,7 %.

Im Geschäftsfeld Strom erhöhten sich die Umsatzerlöse um 8,7 % auf 131,1 Mio. €. Gegenläufig entwickelten sich die Erlöse aus den Stromlieferungen an die B2B- und B2C-Kunden, da hier der wettbewerbsbedingte Absatzrückgang nicht durch die Preismaßnahmen zur Weitergabe der höheren EEG-Umlage kompensiert werden konnte. Zum Teil wurden die wechselbedingt rückläufigen Vertriebs Erlöse durch höhere Außenerlöse für Netznutzung kompensiert. Maßgeblich für den Umsatzanstieg waren vor allem höhere Handelserlöse: Aufgrund der Ende 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke hatten wir die vermeintlich ganzjährig zur Verfügung stehende Erzeugungskapazität 2011 von GKN 1 bereits vollständig vermarktet. Die aufgrund des Moratoriums und der anschließenden Außerbetriebnahme von GKN 1 erforderlichen Gegengeschäfte waren unsaldiert als zusätzlicher Strombezug im Materialaufwand auszuweisen.

Absatz Konzern in Mio. kWh	2011	2010	Veränderung in %
Strom	780	864	-9,7
Gas	238	255	-6,7
Umsatz Konzern in Mio. €			
Strom	131,1	120,6	8,7
Gas	10,3	10,5	-1,9
	141,4	131,1	7,9

Im Segment Gas erforderten die zeitversetzt zur Ölpreisentwicklung ansteigenden Gasbezugskosten entsprechende Preismaßnahmen. Diese konnten jedoch weder die gestiegenen Bezugskosten, noch die mengenbedingten Erlösrückgänge vollständig kompensieren. Insgesamt verminderten sich daher die Umsatzerlöse im Bereich Gas um 1,9% auf 10,3 Mio. €.

Kostenentwicklung

Sowohl die Strombezugs- als auch die Gasbezugskosten haben als wesentliche Kostengrößen im Berichtsjahr die Entwicklung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wiederum maßgeblich geprägt.

Die Aufwendungen für den Strombezug wurden massiv durch die Beschlüsse zur Energiewende beeinflusst und erhöhten sich im Vergleich zum Umsatz aus Stromlieferungen überproportional um 24,5% auf 88,5 Mio. € (Vorjahr 71,1 Mio. €). Die Kostenverrechnung für die uns zur Verfügung stehenden Erzeugungskapazitäten des GKN waren zum einen durch außerordentliche, einmalige Kostenbestandteile aufgrund des Moratoriums und der anschließenden dauerhaften Außerbetriebnahme von GKN 1 sowie der Laufzeitverkürzung von GKN 2 belastet, zum anderen noch zusätzlich durch die zum 1. Januar 2011 eingeführte Kernbrennstoffsteuer. Zusätzliche

Strombezugskosten entstanden in diesem Zusammenhang durch den bereits erläuterten Rückkauf der über die Laufzeit von GKN 1 hinaus bereits vermarkteten Erzeugungsmenge von GKN 1. Ein weiterer wesentlicher Faktor für die gestiegenen Strombezugskosten war der deutliche Anstieg der EEG-Umlage von 2,047 auf 3,530 Cent/kWh. Da von der EEG-Umlage alle Stromvertriebe gleichermaßen betroffen wurden, konnten die diesbezüglichen Mehraufwendungen in Form von entsprechenden Preismaßnahmen weitgehend an die Kunden weitergegeben werden. Die individuellen Mehraufwendungen aus der Kernbrennstoffsteuer sowie den erhöhten übrigen Kosten des GKN waren hingegen in vollem Umfang ergebniswirksam.

Die Gasbezugskosten erhöhten sich preisbedingt um rund 10,0% auf 6,8 Mio. € (Vorjahr 6,2 Mio. €). Aufgrund der zeitversetzten Wirksamkeit der Heizölnotierungen auf die Gaspreise waren diese im Vorjahr noch durch die in Folge der Wirtschaftskrise niedrigeren Ölpreisnotierungen begünstigt. Aufgrund des intensiven Wettbewerbs konnten die höheren Gaspreise nicht vollständig am Markt durchgesetzt werden und waren maßgeblich für die in diesem Segment wieder rückläufigen Margen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 0,4 Mio. € auf 12,6 Mio. € (Vorjahr 12,2 Mio. €). Die Kostensteigerung resultierte neben

den Auswirkungen der Tarifierhöhung aus der Verlängerung betrieblicher Regelungen zur Altersteilzeit. Auf nahezu unverändertem Niveau blieben die Aufwendungen für die Altersversorgung. Kompensierend wirkten rückläufige Kosten für Überzeiten und erfolgsabhängige Vergütungen.

Bei der Entwicklung der übrigen Aufwendungen und Erträge waren keine gravierenden Veränderungen zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge blieben gegenüber dem Vorjahr mit 8,6 Mio. € (Vorjahr 8,5 Mio. €) nahezu unverändert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 0,7 Mio. € auf 9,3 Mio. € (Vorjahr 8,6 Mio. €). Die Mehraufwendungen im Berichtsjahr resultierten insbesondere aus Abgängen von Sachanlagen sowie aus höheren EDV-Leistungen, welche u. a. im Zusammenhang mit der Mandantentrennung in unserem Abrechnungssystem angefallen waren.

Beteiligungsergebnis

Das Ergebnis der at Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Beteiligungen resultierte ausschließlich aus unserem 44,11%-igen Ergebnisanteil an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG. Gegenüber dem Vorjahr reduzierte sich dieser von 0,4 Mio. € auf 0,2 Mio. €. Ursächlich hierfür war insbesondere ein entsprechend geringeres anteiliges Ergebnis.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis war durch einen signifikanten Rückgang um 10,7 Mio. € auf -2,5 Mio. € (Vorjahr 8,2 Mio. €) gekennzeichnet. Der Rückgang ist dabei gleichermaßen auf rückläufige Finanzerträge und steigende Finanzaufwendungen zurückzuführen. Gegenüber dem Vorjahr wurden aus der Veräußerung von Wertpapieren wesentlich geringere Erträge generiert. Diese waren im Vorjahr noch wesentlich durch einmalige Effekte im Zusammenhang mit der Umsetzung einer geänderten Anlagestrategie in dem durch die LBBW Asset Management verwalteten Spezialfonds begünstigt. Ursächlich hierfür waren ferner die in Folge der Staatsschuldenkrise rückläufigen Notierungen an den Finanzmärkten. Dies führte dazu, dass in deutlich erhöhtem Umfang Kursverluste realisiert wurden und Abschreibungen auf Wertpapiere wegen signifikanter, dauerhafter Wertminderungen vorzunehmen waren. Wesentliche Teile der vorgenannten Effekte betreffen dabei Umschichtungen innerhalb des Wertpapierspezialfonds und der durch die jeweiligen Assetmanager veranlassten Transaktionen.

Ergebnis

Mit einem Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 6,8 Mio. € (Vorjahr 16,3 Mio. €) konnten wir aufgrund der hohen Belastungen durch die Energiewende die im letzten Geschäftsbericht avisierten Ziele nicht erreichen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen erheblichen Rückgang um 9,5 Mio. €. Aufgrund des rückläufigen Finanzergebnisses verminderte sich der Konzernüberschuss um 14,4 Mio. € und schließt mit 3,7 Mio. € (Vorjahr 18,1 Mio. €) deutlich unter dem Niveau der Vorjahre.

Finanzlage

Die Entwicklung der Finanzlage im Konzern wird durch die Cashflow-Rechnung dargestellt.

Der operative Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit reduzierte sich von 12,5 Mio. € auf 7,3 Mio. €. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr wurde dabei im Wesentlichen durch den Rückgang des Ergebnisses vor Steuern (EBT) verursacht.

Beim Cashflow aus Investitionstätigkeit wurde im Berichtsjahr ein Mittelzufluss in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr Mittelabfluss von 53,4 Mio. €) generiert. Die Mittelabflüsse für die „klassische“ Investitionstätigkeit in Sachanlagen sowie für Beteiligungen (Windpark Baltic 1) wurden durch Veränderungen im Bereich

der finanziellen Vermögenswerte, welche sich in hohem Maße durch Umschichtungen innerhalb unseres Wertpapierspezialfonds ergaben, überkompensiert. Im Vorjahr waren erhebliche Mittelabflüsse zu verzeichnen, welche aus der Wiederanlage von in 2009 frei gewordenen Finanzmitteln im Spezialfonds resultierten.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit führte zu einem Mittelabfluss von 10,2 Mio. € und liegt damit um 0,4 Mio. € über dem entsprechenden Vorjahreswert von 9,8 Mio. €. Bei einer unveränderten Dividendenausschüttung waren hierfür erhöhte Zinszahlungen im Zusammenhang mit der steuerlichen Außenprüfung maßgeblich.

Der Konzern finanzierte sich im Geschäftsjahr 2011 überwiegend aus seiner betrieblichen Tätigkeit und war jederzeit ausreichend finanziert und damit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen. Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich der Finanzmittel bestehen nicht.

Personalstand 31.12.	2011	2010
Mitarbeiter/innen	147	150
Auszubildende	24	26
	171	176

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns reduzierte sich per 31. Dezember 2011 von 347,0 Mio. € um 4,1 % auf 333,0 Mio. €.

Auf der Aktivseite ist dabei trotz des investitionsbedingt weiter gestiegenen Anlagevermögens ein überproportionaler Rückgang der langfristigen finanziellen Vermögenswerte zu verzeichnen. Dieser lag neben Umgliederungen aufgrund veränderter Fristigkeit an einem geringeren Bestand bei den Wertpapieren. Diese reduzierten sich sowohl durch Abgänge, als auch durch erfolgsneutrale wie erfolgswirksame Bewertungsänderungen.

In der Passiva zeigt sich die reduzierte Bilanzsumme im Wesentlichen beim Eigenkapital, das sich um 11,8 Mio. € auf 228,2 Mio. € (Vorjahr 240,0 Mio. €) verringerte. Hierfür waren sowohl Rückgänge bei den Gewinnrücklagen aufgrund des rückläufigen Ergebnisses als auch die erfolgsneutralen Veränderungen (OCI) aufgrund von Abgängen und rückläufigen Wertpapiernotierungen ursächlich. Die Rückstellungen verminderten sich auf 36,1 Mio. € (Vorjahr 39,8 Mio. €) und betreffen vor allem Verpflichtungen aus Pensionszusagen gegen über dem Vorstand

und unseren Belegschaften sowie Verpflichtungen aus der Nutzung der Wasserkraftwerke Horkheim und Lauf- fen. Das Fremdkapital schließt insgesamt geringfügig (2,2 %) unter dem Stand des Vorjahres.

Die Eigenkapitalquote konnte zum 31. Dezember 2011 mit 68,5 % (Vorjahr 69,2 %) weiterhin auf einem hohen Niveau gehalten werden. Der Kapitaldeckungsgrad des langfristig gebundenen Vermögens hat sich bezogen auf das Eigenkapital auf 89,9 % nach 84,6 % im Vorjahr erhöht und zeigt damit den im Verhältnis zum Eigenkapital überproportionalen Rückgang der langfristigen Vermögenswerte. Bezogen auf das langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehende Kapital ergibt sich ein Deckungsgrad von 120,6 % (Vorjahr 112,6 %).

Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen des Konzerns lagen im Geschäftsjahr 2011 mit 11,4 Mio. € um 5,5 Mio. € unter denen des Vorjahres von 16,9 Mio. €.

Im Geschäftsfeld Strom wurden 10,2 Mio. € (Vorjahr 14,4 Mio. €) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Neben der Erneuerung und Erweiterung unserer Anlagen und Netze ist der Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten im Bereich der regenerativen Energien weiter fortgeschritten. Die Sicherstellung der

hohen Versorgungszuverlässigkeit und die Erhaltung und Verbesserung der Versorgungsqualität haben bei uns höchste Priorität. Im Berichtsjahr verteilten sich die Investitionen im Stromverteilungsnetz auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Im Vorjahr wurden mit dem Umspannwerk Römerstraße und dessen Anbindung an das 110-kV-Netz größere Einzelprojekte abgeschlossen. Dies war ursächlich für das in 2010 erhöhte Investitionsvolumen.

Im Berichtsjahr wurden weitere 3,0 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) in Photovoltaikanlagen investiert. Insgesamt verfügen wir damit über mehr als 40 PV-Anlagen mit einer Erzeugungskapazität von rund 2,3 MW. Die Beteiligung am Offshore-Windpark Baltic 1, dem ersten kommerziellen Windpark der EnBW Energie Baden-Württemberg AG in der Ostsee, haben wir Mitte 2011 mit einer abschließenden Zahlung in Höhe von 3,0 Mio. € abgeschlossen. Diese letztgenannte Maßnahme ist als Beteiligung an einem verbundenen Unternehmen bilanziert und daher in der o.g. Investitionssumme nicht enthalten.

In die Erschließung neuer Versorgungsgebiete, den weiteren Ausbau und die Verdichtung des Gasversorgungsnetzes investierten wir 1,2 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €). Im Vorjahr waren hier durch



Maßnahmen zum Anschluss der Gemeinde Neckarwestheim an das Erdgasnetz der GU Investitionen über dem üblichen Rahmen erforderlich.

Die auf 7,3 Mio. € (Vorjahr 6,5 Mio. €) gestiegenen Abschreibungen zeigen die rege Investitionstätigkeit des Konzerns. Damit konnten die Investitionen zu 64,1 % (Vorjahr 38,7%) aus Abschreibungen finanziert werden.

Mitarbeiter

Die Zahl der im Konzern am 31. Dezember 2011 Beschäftigten lag einschließlich der Auszubildenden mit 171 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um 5 bzw. 2,8% unter dem Vorjahresstand. Unsere Ausbildungsaktivitäten halten wir weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Zum Jahresende standen 24 junge Menschen im ZEAG-Konzern in einem Ausbildungsverhältnis. Wie bisher übersteigt die Ausbildung damit unseren betrieblichen Bedarf deutlich.

Unsere innerbetrieblichen und externen Weiterbildungsmöglichkeiten orientieren sich sowohl an den Erfordernissen der Entwicklung des jeweiligen Berufsfeldes als auch an den gesetzlichen Vorgaben und dem individuellen Fortbildungsbedarf unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang räumen wir auch der Arbeitssicherheit und dem Umweltschutz eine hohe Priorität ein.

Beim Personalaufwand war ein Anstieg um rund 3 % auf 12,6 Mio. € zu verzeichnen. Neben einer rückwirkend zum 1. Januar 2011 erfolgten Anpassung der Tarifvergütungen um 3,4 % wirkten sich betriebliche Vereinbarungen zur Altersteilzeit aufwandssteigernd aus. Kompensierend wirkten hingegen der niedrigere durchschnittliche Personalstand, geringere Aufwendungen für Überzeiten sowie geringere Aufwendungen für die erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteile.

Der Rechnungszinsfuß von 5,25 % zur Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde auch im Geschäftsjahr 2011 überprüft und im Hinblick auf die allgemeine Zinsentwicklung beibehalten.

Umweltschutz

Wir sind uns als Unternehmen der Energiebranche über unsere besondere Verantwortung für das Klima und die Umwelt bewusst. Daher ist in unserem Unternehmensleitbild der Umweltschutz als wichtiger Wegweiser in die Zukunft fest verankert. Eine umweltschonende Energieerzeugung und ein rationeller Umgang mit den Ressourcen prägen unser tägliches Handeln. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der gegenüber dem Bundesdurchschnitt deutlich geringeren spezifischen CO₂-Emission unserer Energieerzeugung.

Mit der Einführung eines Umweltmanagementsystems entsprechend der internationalen Norm ISO 14001 im Jahr 2009 haben wir den Grundstein für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Umwelt-Unternehmenskultur gelegt. Durch ständig wiederkehrende interne und externe Audits wird die Wirksamkeit unseres Umweltmanagementsystems laufend überwacht und verbessert. Wir legen einen großen Wert auf die regelmäßige Schulung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sachen Umwelt und tragen damit zu einer weiteren Sensibilisierung unserer Belegschaft bei.

Bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von energetischen Verteil- und Erzeugungsanlagen achten wir auf die Belange der Umwelt und wählen Trassen, Standorte und Bauwerke nach Möglichkeit so aus, dass der Lebensraum von Flora und Fauna nur minimal tangiert wird.

5. Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag

Absatz in Mio. kWh	2011	2010	Veränderung in %
Strom	758	834	-9,1
Umsatz in Mio. €			
Strom	104,7	98,0	6,8
Pacht und Dienstleistungen	36,8	37,1	-0,8
	141,5	135,1	4,7

Eine Übersicht zu der nach den Vorschriften des deutschen Handelsrechts erstellten Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft ist auf den Seiten 110 und 111 des Geschäftsberichts 2011 aufgeführt.

Die Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG wurde im Geschäftsjahr 2011 weit überwiegend durch das Geschäftssegment Strom geprägt. Die vorstehenden Erläuterungen zum ZEAG-Konzern beschreiben, soweit diese den Strombereich darstellen, deshalb auch die Geschäftsentwicklung der ZEAG Energie AG. Die ZEAG Energie AG ist dabei auch in der Elektrizitätsverteilung im Sinne des § 6 b EnWG tätig. Dieser Tätigkeitsbereich umfasst dabei die wirtschaftliche Nutzung des Eigentumsrechts an dem Elektrizitätsversorgungsnetz der ZEAG Energie AG durch dessen Verpachtung an die 100%-ige Tochtergesellschaft NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH. Die anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors betreffen die Erzeugung und den Vertrieb von elektrischer Energie sowie die Erbringung von Netz- und netznahen Dienstleistungen.

Investitionen

Nach 14,3 Mio. € im Vorjahr wurden im Berichtsjahr 10,0 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert.

Nach dem Abschluss der Erneuerung des Umspannwerks Römerstraße und dessen 110-kV-seitiger Anbindung im Vorjahr verminderte sich die Investitionstätigkeit. Neben der Erneuerung und Erweiterung unserer Anlagen und Netze bildete der Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten im Bereich der regenerativen Energien einen weiteren Schwerpunkt.

Der Zugang bei den Finanzanlagen betrifft mit 3,0 Mio. € unsere Beteiligung am Offshore-Windpark Baltic 1, dem ersten kommerziellen Windpark der EnBW Energie Baden-Württemberg AG in der Ostsee.

Finanzlage

Die Finanzlage im Konzern wird maßgeblich durch die Finanzierungskraft der ZEAG Energie AG beeinflusst.

Die Gesellschaft finanzierte sich im Geschäftsjahr 2011 überwiegend aus der betrieblichen Tätigkeit. Sie war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und damit ausreichend finanziert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft reduzierte sich per 31. Dezember 2011 von 254,8 Mio. € um 1,2 % auf 251,6 Mio. €. Das Eigenkapital erhöhte sich von 152,4 Mio. € auf 156,4 Mio. € und erreichte eine Eigenkapitalquote von 62,1 % (Vorjahr 59,8 %).

Ergebnis

Die Entwicklungen bei Stromabsatz und Stromumsatz entsprechen bezüglich der Lieferungen an unsere B2B- und B2C-Kunden der des ZEAG-Konzerns. Ursächlich für den gegenüber dem Konzern geringeren Stromabsatz sind insbesondere die im Konzernabsatz enthaltenen Lieferungen von EEG-Strom unserer Tochtergesellschaft NHF. Die Erlöse aus Pacht und Dienstleistungen werden im Wesentlichen durch die entsprechenden Beauftragungen unserer Netzgesellschaft NHF beeinflusst.

Das EBIT (Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis und Steuern) verminderte sich um 2,6 Mio. € auf 13,6 Mio. € (Vorjahr 16,2 Mio. €). Maßgeblich für diesen Rückgang waren die Belastungen im Zusammenhang mit der Energiewende.

6. Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

7. Nachtragsbericht

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit schließt mit 15,1 Mio. € und liegt damit um 8,7 Mio. € unter dem entsprechenden Vorjahreswert von 23,8 Mio. €. Ursächlich hierfür war eine erhöhte Verlustübernahme von der NHF als auch ein rückläufiges Finanzergebnis. Aufgrund einer geringeren Steuerbelastung betrug der Rückgang beim Jahresüberschuss 5,0 Mio. € und erreichte 13,6 Mio. € (Vorjahr 18,6 Mio. €).

Der vollständige, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüfte Jahresabschluss per 31. Dezember 2011 der ZEAG Energie AG, dem der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister hinterlegt. Der vollständige Jahresabschluss der ZEAG Energie AG steht ferner unter www.zeag-energie.de zum Download zur Verfügung.

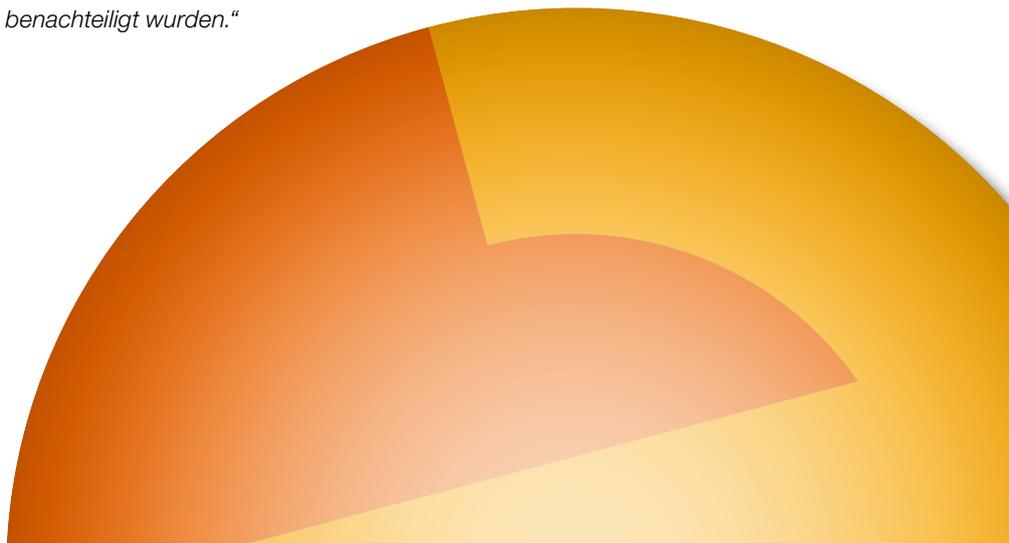
Dividendenvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden auf der am 8. Mai 2012 stattfindenden Hauptversammlung den Aktionären die Ausschüttung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 1,80 € (Vorjahr 2,55 €) je Stückaktie vorschlagen.

Der Vorstand der ZEAG Energie AG hat für das Geschäftsjahr 2011 gemäß § 312 AktG wiederum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG als herrschendes Unternehmen getroffen oder unterlassen, durch die die ZEAG Energie AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen als die mit dem herrschenden Unternehmen verbundenen Gesellschaften benachteiligt wurden.“

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns bzw. der Gesellschaft sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 nicht eingetreten.



8. Risiko- und Chancenbericht

Unternehmerisches Handeln in einem durch zunehmenden Wettbewerb und politische Einflüsse sowie technischen Wandel geprägten Marktumfeld ist untrennbar mit Risiken verbunden. Wir begegnen diesen Risiken mit einem umfassenden Risikomanagementansatz als festem Bestandteil unseres Unternehmenssteuerungsmodells. Durch konzernweite, in einem Risikomanagementhandbuch verbindlich festgelegte Richtlinien zur regelmäßigen Identifizierung, Bewertung und Dokumentation von Risiken ist die Unternehmensleitung in der Lage, bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen. Die Wirksamkeit unseres Risikofrüherkennungssystems wird durch jährliche Risikoinventuren überprüft und laufend aktualisiert bzw. an sich verändernde Risikopositionen angepasst. Das Risikofrüherkennungssystem wird auch im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung beurteilt. Bestandsgefährdende Risiken bestanden und bestehen derzeit nicht.

Wir sehen uns folgenden externen und internen Risiken ausgesetzt:

Entwicklung der Konjunktur

Wie die volatile Entwicklung der vergangenen Jahre gezeigt hat, können konjunkturelle Entwicklungen deutlich von den Prognosen abweichen. Bei rückläufigen Absatzmengen können sich einerseits Vertriebsmargen und Netzentgelte reduzieren und andererseits noch zusätzliche Belastungen ergeben, wenn bereits beschaffte Mengen zu ungünstigen Konditionen vermarktet werden müssten. Bei einem unvorhergesehenen Konjunkturaufschwung können sich Risiken dadurch ergeben, dass Mehrverbrauch unserer Kunden bei gleichzeitig steigenden Großhandelsmarktpreisen zu hohen Preisen nachbeschafft werden müsste.

Preis- und Mengenrisiken aus dem Energiebereich

Preisänderungsrisiken aus längerfristigen Lieferverpflichtungen werden grundsätzlich durch kongruente Einkaufsgeschäfte gedeckt. Durch die Umsetzung eines geänderten Energiebeschaffungsmodells konnten Mengenrisiken weitgehend abgedeckt werden. Risiken bestehen auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Erzeugungskapazitäten, welche bei ungeplanten Ausfällen für die vorgesehene Vermarktung nicht zur Verfügung stehen und dadurch die geplante Eigenerzeugungsmarge schmälern.

Wettbewerbsrisiko

Sowohl im Strom- wie auch im Gasmarkt hat sich der Wettbewerb im Berichtsjahr weiter intensiviert. Daraus

ergeben sich sowohl im B2B- wie im B2C-Kundensegment erhöhte Preis- und Margenrisiken. Zusätzlich sehen wir uns mit dem Risiko konfrontiert, dass sich Preismaßnahmen, wie z. B. im Januar 2011 zur Weitergabe der gestiegenen EEG-Umlage, in einer höheren Wechselbereitschaft der Kunden niederschlagen können.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen

Ein Konzessionsvertrag regelt die Bedingungen, zu welchen einem Energieversorger (EVU) von einer Kommune das Recht gewährt wird, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, um Endverbraucher im Gebiet der Kommune mit Energie zu versorgen. Hierfür erhält die Kommune eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf der Vertragsdauer hat die Kommune die Möglichkeit, anstelle einer Verlängerung mit dem bisherigen Konzessionsnehmer die Konzession an ein anderes EVU zu vergeben oder die Energieversorgung in Eigenregie zu übernehmen. Im Netzgebiet der ZEAG steht die Verlängerung von zwei zum Jahresende 2011 ausgelaufenen Konzessionen noch aus, eine weitere Konzession läuft in 2013 aus. Der Verlust eines Konzessionsgebietes kann einen Ertragswertnachteil verursachen.

Zusätzlich besteht das Risiko, dass die Kunden vermehrt zu dem Vertrieb des neuen Konzessionsnehmers wechseln.

Wir begegnen diesem Risiko unter anderem mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kommunen, unserem kulturellen und sozialen Engagement, einer hohen Präsenz vor Ort, unserem erstklassigen Service sowie einer herausragenden Versorgungsqualität.

Politische Risiken

Aus dem im Sommer 2011 beschlossenen Gesetzespaket zur Energiewende und der damit verbundenen endgültigen Abschaltung des Blocks 1 des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN 1) resultieren Ergebnisbelastungen für das Geschäftsjahr 2011 und die Folgejahre. Am 1. Januar 2011 ist das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft getreten. Es sieht eine Steuer von 145 € pro eingesetztem Gramm Kernbrennstoff vor. Die Steuer soll von 2011 bis 2016 erhoben werden. Trotz des Inkrafttretens der 13. Atomgesetz-Novelle, mit der neben der Abschaltung der acht ältesten deutschen Kernkraftwerke (KKW) die Laufzeiten der übrigen KKW verkürzt wurden, hält der Bund an der Kernbrennstoffsteuer fest. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung des operativen Ergebnisses. Die von den KKW-Betreibergesellschaften eingereichten Klagen zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer sind von den zuständigen Gerichten gegensätzlich entschieden worden und bedürfen noch einer höchstrichterlichen Entscheidung.

Weiterhin sehen wir Risiken in der zunehmenden Belastung der Strom- und Gaspreise durch staatliche und staatlich induzierte Lasten, insbesondere in der weiteren Entwicklung der EEG-Umlage. Hier treffen uns auf der Kostenseite Belastungen, die wir nicht oder nur zeitlich verzögert an die Kunden weitergeben können.

Regulatorische Risiken

Anfang 2009 wurde im Rahmen der Anreizregulierung für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland eine individuelle Erlösobergrenze für die Netznutzungsentgelte für die Dauer von vier Jahren für die Gasnetze bzw. von fünf Jahren für die Stromnetze festgelegt. Für die Regulierungsperiode der Gasnetze ab 2013 haben wir fristgerecht in 2011 die Anträge zur Kostenprüfung eingereicht, für die Stromnetze wird dies im Laufe des Jahres 2012 erfolgen. Risiken bestehen dahingehend, dass die gegenüber der letzten Kostenprüfung aufgrund der Investitionstätigkeit gestiegenen Kosten nicht in vollem Umfang durch die Regulierungsbehörde anerkannt werden.

Die weitere Ausgestaltung der Anreizregulierung und die Einführung weiterer möglicher Regulierungsmaßnahmen seitens der Bundesnetzagentur bzw. der für uns zuständigen Landesregulierungsbehörde verfolgen wir weiterhin aufmerksam.

Rechtliche Risiken

Risiken bestehen auch im Themenkomplex Preisanpassungsklauseln. Die im ZEAG-Konzern verwendeten Preisanpassungsklauseln wurden der jeweils aktuellen Rechtsprechung angepasst. Nach wie vor fehlt es aber an einer umfassenden höchstrichterlichen Rechtsprechung, welche alle anstehenden Fragen abdeckt, so dass Risiken aus der Fortentwicklung der Rechtsprechung nicht ausgeschlossen werden können.

Operative Risiken

Der Betrieb technischer Erzeugungs- und Verteilungsanlagen unterliegt dem Risiko von Betriebsstörungen und Ausfällen. Wir begegnen diesen Risiken durch regelmäßige Wartung unserer Anlagen und Netze, Schulung und Qualifizierung des Servicepersonals und Versicherung gegen eintretende Schadensfälle in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang. Risiken ergeben sich im Gasbereich zunehmend aus möglichen Differenzen aus bezugsseitig abrechnungsrelevanten Allokationen und dem tatsächlichen Energieverbrauch unserer Kunden.

Wirtschaftliche Risiken bestehen auch bei den geplanten Investitionen zur Energiewende. Grundsätzlich werden auch hier nur Investitionen getätigt, die sich im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen als vorteilhaft darstellen. Die Risiken resultieren hier beispielsweise aus einer verzögerten Fertigstellung, was gemäß der EEG-

Systematik zu abgesenkten Einspeisevergütungen führen kann, unter den Prognosen liegenden Dargeboten von Wind bzw. Sonne oder aus erhöhter Reparaturanfälligkeit mit entsprechend höheren Kosten für Wartung und Instandhaltung.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aus dem operativen Geschäft ergeben sich Zinsrisiken sowie Kurs- und Preisänderungsrisiken. Zinsrisiken begegnen wir durch Anlage freier liquider Mittel zu einem Festzinssatz über einen festen Zeitraum. Den Anlageentscheidungen liegt die jeweils gültige Treasury-Richtlinie zugrunde. Ziel dieser Richtlinie ist es unter anderem, das Unternehmen gegen finanzielle Risiken abzusichern. Bei weiterhin volatilen Notierungen an den Finanzmärkten könnte es zu weiteren Abschreibungen auf Wertpapiere in unserem Wertpapierdepot bzw. Wertpapierspezialfonds kommen. Aufgrund der Entwicklung der Finanzmärkte ist eine Kurssicherung unter Berücksichtigung des Marktumfelds und der deshalb erhöhten Risikoprämien gegenwärtig wirtschaftlich nicht sinnvoll darstellbar. Bei einer Änderung des Marktumfelds wird eine Kurssicherung geprüft und ggf. wieder aufgenommen. Risikominimierend wirkt die geänderte, bereits in erheblichem Umfang umgesetzte Anlagestrategie, nach welcher mittelfristig Aktien und ähnliche Anlagen in risikoärmere Finanzanlagen umgeschichtet werden.

Aufgrund der Vorschriften der Grundversorgungsverordnung ist der Konzern verpflichtet, im Rahmen der Grundversorgung jedermann im Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie bzw. Erdgas zu versorgen. Soweit die Versorgung außerhalb der Bestimmungen zur Grundversorgung erfolgen soll, wird der Kunde einer Bonitätsprüfung unterzogen. Bei Zweifeln an der Bonität erfolgt die Energielieferung nach Leistung einer Vorauszahlung.

Um die Kreditrisiken zu steuern, erfolgt eine laufende Überwachung der Forderungsbestände, so dass der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Chancenbericht

Die Geschäftstätigkeit des ZEAG-Konzerns und Entwicklungen im Umfeld eröffnen kontinuierlich Chancen für das Unternehmen. Sie können beispielsweise von Weichenstellungen in der Energiepolitik bis hin zum einzelnen Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens reichen. Chancen tragen zum Unternehmenserfolg bei, wenn sie möglichst frühzeitig erkannt und effektiv genutzt werden. Dabei stellen sie häufig die Gegenposition zu entsprechenden Risiken dar.

Eine dauerhafte unternehmensstrategische Chance beruht auf dem partnerschaftlichen Ansatz, den die ZEAG bei der Zusammenarbeit mit ihren Marktpartnern vor Ort traditionell verfolgt.

Die starke Position der ZEAG in ihrem Versorgungsgebiet stützt sich dabei auf deren regionale Verankerung. Aufbauend auf dieser Grundlage wollen wir dem Wettbewerb durch eine Ausweitung unserer Aktivitäten begegnen.

Weitere unternehmensstrategische Chancen eröffnen sich für die ZEAG aus ihrem Selbstverständnis, über die klassische Rolle als Versorger hinaus Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bereits aktiv vermarkteten Dienstleistungen im Bereich erneuerbarer Energien wird hier künftig das Thema Energieeffizienz von wachsender Bedeutung sein und neue Wachstumspotenziale eröffnen.

Im Jahr 2011 wurde unser Ergebnis durch die Energiewende in erheblichem Umfang belastet. Durch die Energiewende ergeben sich aber auch Chancen, da neben der Bundespolitik auch die neue Landesregierung beabsichtigt, die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien zu verbessern und auch die Bereitschaft der Bevölkerung zunimmt, eventuelle Beeinträchtigungen durch erneuerbare Erzeugungsanlagen zu akzeptieren. Nach dem erfolgreichen Aufbau von PV-Anlagen wollen wir die verbesserten Rahmenbedingungen insbesondere nutzen, um in der Region – im Konsens und unter Beteiligung der Bürger – den Ausbau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten vornehmlich durch Windenergieanlagen voranzutreiben.

9. Prognosebericht

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der ZEAG Energie AG sowie des ZEAG-Konzerns und des Umfelds des Unternehmens sowie des Konzerns in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein.

Künftige gesamtwirtschaftliche Situation

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2011 mit einem über den Vorjahresprognosen liegenden Wachstum weiterentwickelt und das Jahr mit einem Anstieg des BIP um 3,0% abgeschlossen. Allerdings hat sich in der zweiten Jahreshälfte die wirtschaftliche Dynamik abgeschwächt. Diese, insbesondere durch die Staatsschuldenkrise verursachte Schwächephase, wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung zunächst auch in 2012 fortsetzen und trotz einer im Jahresverlauf wieder anziehenden Konjunktur nur einen Zuwachs des BIP von 0,7% ermöglichen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat für 2012 einen Anstieg der volkswirtschaftlichen Leistung um 0,6% prognostiziert, erwartet aber bereits für 2013 ein kräftigeres Wachstum von 2,2%. Weiterhin schwächer als die deutsche Wirtschaft dürfte sich der Euroraum entwickeln. Eurostat prognostiziert hier einen Anstieg des BIP um 0,4% in 2012 sowie um 1,3% für 2013.

Die Jahre 2009 und 2010 haben gezeigt, dass starke Schrumpfungs- bzw. Wachstumsphasen der Wirtschaft einen großen Einfluss auf den Energieverbrauch der Industrieunternehmen haben. Bei den Privatkunden werden hingegen Änderungen im Energieverbrauch in wesentlichem Umfang durch Witterungseffekte beeinflusst. Aufgrund der schwächeren Wachstumsraten erwarten wir in den beiden folgenden Jahren einen nur geringfügigen Anstieg beim Strom- und Gasverbrauch unserer Kunden. Vor diesem Hintergrund und angesichts der auch global nachlassenden Wachstumsdynamik zum einen und der zunehmenden Einspeisung von erneuerbaren Energien zum anderen werden die Großhandelspreise für Strom trotz der Abschaltung der acht ältesten Reaktoren voraussichtlich auf einem stabilen Niveau verbleiben. Lediglich am Spotmarkt könnte der zunehmende Anteil der stark fluktuierenden erneuerbaren Energien zu einer erhöhten Volatilität führen.

Künftige Auswirkungen der Energiepolitik

Wie das Jahr 2011 gezeigt hat, können energiepolitische Entscheidungen unsere Geschäftsentwicklung sowohl kurzfristig wie auch langfristig in ganz erheblichem Umfang beeinflussen. Gleichwohl gehen wir nicht davon aus, dass in unmittelbarer Zukunft energiepolitische Entscheidungen von ähn-

licher Tragweite wie im abgeschlossenen Geschäftsjahr anstehen. Vielmehr wird es darum gehen, die grundsätzlichen Entscheidungen zur Energieverwendung durch Verordnungen oder Novellierungen bestehender Gesetze zu begleiten.

Der Klimaschutz ist ein wesentlicher Eckpfeiler des nationalen Energiekonzepts und soll insbesondere durch einen stark steigenden Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch erreicht werden. Der grundsätzliche Weg, wie der politisch gewünschte Ausbau der regenerativen Energiequellen zu vertretbaren Kosten sichergestellt werden kann, ist derzeit auch innerhalb der Bundesregierung, d. h. insbesondere zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium umstritten. Änderungen tangieren uns hierbei in zweierlei Hinsicht: Eine steigende EEG-Umlage kann Preismaßnahmen erfordern, welche wiederum die Wechselrate erhöhen können. Des Weiteren sind wir als Betreiber von erneuerbaren Erzeugungsanlagen von stabilen Rahmenbedingungen abhängig, um den geplanten diesbezüglichen Ausbau wirtschaftlich leisten zu können.

Künftige Entwicklung des Unternehmens und des Konzerns

Im Geschäftsfeld Strom gehen wir im Segment der Privatkunden von einem weiterhin anhaltend hohen Wettbewerbsdruck, verbunden mit Kundenverlusten und rückläufigen Absatzmengen, aus. Auch im Segment der Industrie- und Gewerbekunden wird der Wettbewerb im Jahr 2012 zu Absatz- und Margenverlusten führen. Im Geschäftsjahr 2011 haben wir die strategische Neupositionierung unserer Vertriebsaktivitäten umgesetzt und u. a. die Voraussetzungen geschaffen, eine wettbewerbsfähige, effiziente Belieferung von Kunden außerhalb unseres traditionellen Versorgungsgebietes sicherzustellen. Für 2013 gehen wir bereits davon aus, dass zumindest im Segment der B2B-Kunden weitere wechselbedingte Rückgänge überkompensiert werden können.

Im Geschäftsbereich Gas wird sich der Absatzrückgang insbesondere durch die Nachwirkung eines zum 1. Oktober 2011 gewechselten Großkunden fortsetzen. Gegenläufig wirken zum einen die weitere Verdichtung unseres Versorgungsnetzes und zum anderen die Fortführung unserer bereits erfolgreich angelaufenen Akquisitionen von Kunden außerhalb des Stammgebiets.

In unsere Netze, in weitere Erzeugungskapazitäten und sonstige Anlagegüter werden wir einschließlich eines vorgesehenen Beteiligungserwerbs im Bereich der erneuerbaren Energien in den Jahren 2012 und 2013 rund 51 Mio. € investieren. Nachdem wir in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig in den Um- und Ausbau unserer Netze investiert haben, verlagert sich der Investitionsschwerpunkt in den kommenden beiden Jahren zunehmend auf den Aufbau zusätzlicher erneuerbarer Erzeugungskapazitäten. Zudem beabsichtigen wir, unser Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße durch eine moderne Kraft-Wärme-Kopplungsanlage zu ersetzen, wofür in den nächsten beiden Jahren bereits erhebliche Mittel vorgesehen sind.

Für die Jahre 2012 und 2013 erwarten wir gegenüber 2011 ein jeweils deutlich verbessertes Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit. Ursächlich ist zum einen, dass die Geschäftsentwicklung 2011 in hohem Maße durch Einmalbelastungen im Zusammenhang mit der Energiewende beeinträchtigt war und zum anderen unsere Strombeschaffung vollständig auf ein börsenorientiertes Modell umgestellt wurde. Allerdings kann das Ergebnis nicht an frühere Jahre anknüpfen, da durch die Kernbrennstoffsteuer auch die kommenden Jahre belastet sein werden. Auch kann

die weggefallene Erzeugungsmarge von Block 1 des GKN in naher Zukunft nicht durch die in Aufbau befindlichen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten kompensiert werden. Positive Auswirkungen auf unser operatives Ergebnis erwarten wir hingegen aus effizienzsteigernden Maßnahmen.

Im Rahmen unserer langfristigen Anlagestrategie beabsichtigen wir, den Aktienanteil unseres Wertpapierbestands weiter zu reduzieren. Im Jahr 2012 erwarten wir für den ZEAG-Konzern bei Umsatzerlösen in Höhe von ca. 130 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern von rund 16 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2013 erwarten wir bereits erstmalig Umsatz- und Ergebnisbeiträge aus den in Planung befindlichen Windenergieanlagen und damit ein gegenüber 2012 verbessertes Ergebnis vor Steuern.

Bei geplanten Umsatzerlösen von 127 Mio. € erwarten wir auch für die ZEAG Energie AG ein wieder verbessertes Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 20 Mio. €, welches sich auch in 2013 auf diesem Niveau bewegen dürfte.

Deshalb sollte es uns auch weiterhin möglich sein, eine angemessene Dividende auszuschütten.

10. Vergütungsbericht

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der ZEAG beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen.

Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweicht. Die ZEAG übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Die Struktur des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Angemessenheit der Vergütung wird regelmäßig überprüft.

Der Aufsichtsrat hat am 25. März 2011 ein geändertes Vergütungssystem beschlossen, welches für Neu- und Wiederbestellungen ab 2011 Gültigkeit hat. Es setzt sich aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente zusammen. Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung bemisst sich zur Hälfte an dem Zielerreichungsgrad bezüglich der individuellen Ziele. Zur anderen Hälfte ist die erfolgsabhängige Vergütung an das Erreichen übergeordneter Konzernziele geknüpft.

Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist sowie sonstige Bezüge.

Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt höchstens 45% des Jahresgrundgehalts und orientiert sich an der Zielerreichung im Geschäftsjahr. Von diesem sich hieraus ergebenden Tantiemeanspruch werden 75% im Folgejahr ausbezahlt. Die restlichen 25% werden nach Feststellung des Jahresabschlusses des 2. Folgejahres ausbezahlt.

Vergütung des Vorstands

2011 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
Kai Fischer	116	5	18	139
Eckard Veil	160	7	49	216
	276	12	67	355

*Rückstellung per 31.12.2011

Für die Mitglieder des Vorstands, die vor 2011 bestellt wurden, beinhaltet das Vergütungssystem ebenfalls fixe und variable Bestandteile. Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine in gleichen Monatsraten zahlbare Jahresgrundvergütung sowie eine erfolgsunabhängige Mindesttantieme von 30% der Jahresgrundvergütung. Der erfolgsbezogene Teil der Vergütung wird vom Aufsichtsrat nach Ablauf eines Geschäftsjahres in Abhängigkeit von dem Grad der Zielerreichung festgesetzt und beträgt höchstens 20% der fixen Jahresgrundvergütung.

Neben der festen und variablen Vergütung wird dem Vorstand als Nebenleistung ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

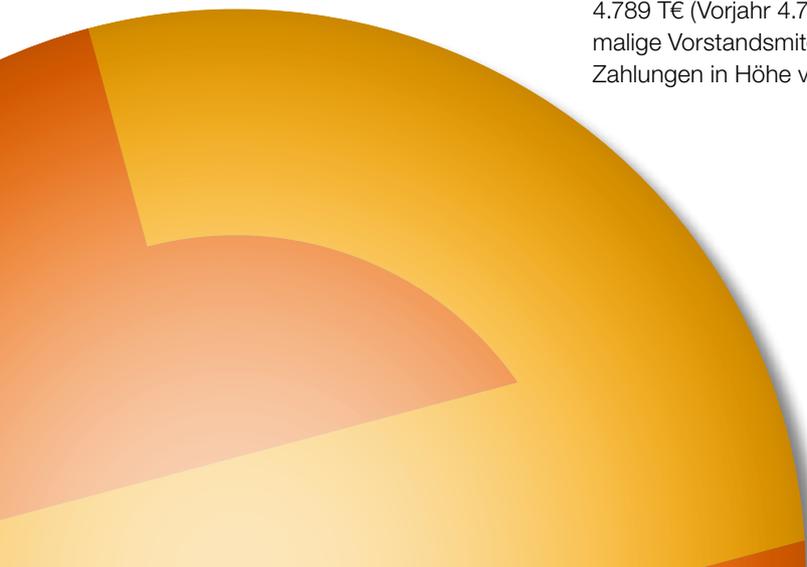
Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden den Mitgliedern des Vorstands Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gewährt. Dabei handelt es sich um Leistungen, die bei Erreichen der Altersgrenze von 65 Lebensjahren, im Falle der dauerhaften Arbeitsunfähigkeit und bei Tod an die Hinterbliebenen erbracht werden.

Für die Ansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft Rückstellungen gebildet. Die hierfür im Konzernabschluss 2011 berücksichtigten Kosten der erworbenen Versorgungsansprüche (Dienstzeit- und Zinsaufwand) beliefen sich auf insgesamt 24 T€. Der Barwert des Verpflichtungsumfangs zum 31. Dezember 2011 lag bei 89 T€.

Der Verpflichtungsumfang für frühere Mitglieder des Vorstands lag im Konzern zum 31. Dezember 2011 bei 4.789 T€ (Vorjahr 4.794 T€). An ehemalige Vorstandsmitglieder erfolgten Zahlungen in Höhe von 374 T€.

Weiter gehende Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit sind keinem Vorstandsmitglied zugesagt worden.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine Kredite an Mitglieder des Vorstands gewährt.



11. Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) hat u. a. die §§ 289, 315 HGB sowie §§ 120, 175 AktG geändert. Danach sind wir als kapitalmarktorientierte Gesellschaft verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. den Konzernrechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich sowohl auf den ZEAG-Konzern als auch auf die ZEAG Energie AG.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess gesetzlich nicht definiert. Nach der Gesetzesbegründung des BilMoG umfasst das interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht.

Wir verstehen das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der

Geschäftstätigkeit, zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie zur Einhaltung der für das Unternehmen rechtlichen Vorschriften. Wir lehnen uns dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. an.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoeerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses (z. B. Finanzbuchhaltung, Controlling und interne Revision) sind eindeutig zugeordnet.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sind in einem Handbuch bzw. adäquaten Richtlinien niedergelegt, welche in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst werden.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachten wir folgende Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich für die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichts:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess;
- Monitoringkontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und deren Ergebnisse auf Ebene des Vorstands sowie der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften;
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sowie in den operativen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht bereitstellen;
- Maßnahmen, die die ordnungsgemäße EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen;
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems.

12. Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Aufsichtsrat befasst sich u. a. mit wesentlichen Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, des Prüfungsauftrages und seinen Schwerpunkten.

Mit dem internen Kontroll- und Risikomanagementsystem der ZEAG Energie AG soll sichergestellt werden, dass die Rechnungslegung bei der ZEAG Energie AG sowie bei allen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einheitlich erfolgt und im Einklang mit den rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben sowie den internen Leitlinien steht. Insbesondere hat das konzern-einheitliche Risikomanagementsystem, das den gesetzlichen Anforderungen entspricht, die Aufgabe, Risiken rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und angemessen zu kommunizieren.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem, dessen wesentliche Merkmale zuvor beschrieben worden sind, soll im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sicherstellen, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell richtig erfasst, aufbereitet und gewürdigt und so in die externe Rechnungslegung übernommen werden.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft in Höhe von 19.400.000€ ist eingeteilt in 3.778.000 nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte Inhaber-Stückaktien. Eine Stückaktie entspricht rechnerisch einem Anteil von jeweils 5,13€ am gezeichneten Kapital.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ist über folgende Gesellschaften unmittelbar und mittelbar am Konzern ZEAG Energie AG beteiligt:

Beteiligungsverhältnisse

- 87,26% EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart
- 11,00% EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands obliegt gemäß § 84 AktG dem Aufsichtsrat. Diese Kompetenz wird in § 6 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft abgebildet. Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung, die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitäts Gesichtspunkten wurde die Kompetenz zu Änderungen der Satzung, die

lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG gesetzlich eröffnete Möglichkeit wurde in § 12 Abs. 6 der Satzung verankert.

Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Beschlüsse zur Ausgabe neuer Aktien oder zu deren Rückkauf sind nicht gefasst.

Darüber hinaus liegen keine weiteren nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB berichtspflichtigen Sachverhalte vor.

13. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB

Als börsennotierte Aktiengesellschaft sind wir verpflichtet, eine Erklärung zur Unternehmensführung abzugeben und wahlweise durch Aufnahme in den Lagebericht oder auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich zu machen.

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a Abs. 1 Satz 3 HGB wird auf unserer Homepage „www.zeag-energie.de“ unter „Das Unternehmen“ – „Investor Relations“ veröffentlicht und ist dort abrufbar.

Heilbronn, 21. Februar 2012

ZEAG Energie AG

Der Vorstand



Die ZEA
ist für
:



G u n s a.

Persönlich!

Das Handeln der ZEAG Energie AG ist geprägt von gesellschaftlicher Verantwortung. Das Engagement ist vielfältig und reicht von der Unterstützung bis zur Teilhabe an Sport, Kultur und Aktivitäten, die der Gesellschaft nützen.



Erklärung zur Unternehmensführung

einschließlich
Corporate Governance Bericht

Nach unserer Überzeugung stärkt eine verantwortungsbewusste und transparente Unternehmensführung das Vertrauen von Anlegern, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit in das Unternehmen. Aus diesem Grunde bekennen sich Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG zu guter Corporate Governance als wichtigem Bestandteil der Unternehmenskultur. Dies drückt sich vor allem in einer verantwortungsvollen Führung und Überwachung des Unternehmens aus, die auf Bestandserhaltung und nachhaltige Wertsteigerung ausgerichtet ist und dabei im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft steht. Abgesehen von wenigen, unternehmensspezifischen Ausnahmen entspricht die ZEAG Energie AG daher auch den Empfehlungen des von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex im Jahr 2002 entwickelten und zuletzt in der Fassung vom 26. Mai 2010 überarbeiteten Deutschen Corporate Governance Kodex.

Wie in den vergangenen Jahren überwachte der Vorstand die Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex bei der ZEAG Energie AG. In der Sitzung am 12. März 2012 berichtete er ausführlich über die Corporate Governance der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011. Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedeten nach eingehender Erörterung die Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr

2011, die am Ende dieses Berichts abgedruckt ist.

Entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hält die Gesellschaft die nicht mehr aktuellen Entsprechenserklärungen zum Kodex fünf Jahre lang auf ihrer Internetseite www.zeag-energie.de unter „Investor Relations“ zugänglich.

Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat und Vorstand arbeiten als Teil des Selbstverständnisses zum Wohl des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen. Dies ist Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft.

Der Vorstand der ZEAG Energie AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er hat die Aufgabe, die ZEAG Energie AG und ihre Konzerngesellschaften und Beteiligungen strategisch zu führen. Seit der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2008 besteht der Vorstand in Übereinstimmung mit § 6 Abs. 1 der Satzung mit Ausnahme einer Übergangsphase im Zuge des Vorstandswechsels im Zeitraum vom 1. April bis 31. Juli 2011 aus einer Person. Vorstand der Gesellschaft ist Herr Eckard Veil, der dem Vorstand der Gesellschaft seit dem 1. April 2011 angehört. Herr Kai Fischer, der dem Vorstand seit 1. Dezember 2005 angehörte, schied auf eigenen Wunsch zum 31. Juli 2011 aus dem Unternehmen aus. Der Vorstand wird bei der Führung des Unternehmens durch zwei

Prokuristen unterstützt. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft allein. Die Prokuristen vertreten die Gesellschaft jeweils gemeinsam mit dem Vorstand oder dem anderen Prokuristen.

Für Vorstandsmitglieder besteht bei der ZEAG Energie AG eine Altersgrenze von 63 Jahren. Beim Vorstand traten auch im Geschäftsjahr 2011 keine Interessenkonflikte auf. Ob bei einem ehemaligen Vorstandsmitglied hinsichtlich der im Abschnitt Compliance dargestellten Angelegenheit, die auch weiter zurückliegende Geschäftsjahre betrifft, Interessenkonflikte aufgetreten sind, kann gegenwärtig nicht abschließend beurteilt werden. Der Vorstand nahm keine Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften wahr. Die vom Vorstand wahrgenommenen Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien von nicht börsennotierten Gesellschaften sind auf Seite 107 des Geschäftsberichts aufgeführt.

Bei der Besetzung von Führungspositionen achtet der Vorstand der ZEAG Energie AG auf Vielfalt und strebt dabei insbesondere auch eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an. Vielfalt bedeutet bei der ZEAG Energie AG unter anderem, unterschiedliche Lebenswelten und -phasen unserer Führungskräfte zu beachten und als Bereicherung zu fördern. Der Vorstand hält es für sinnvoll und erstrebenswert, Frauen auf allen Hierarchieebenen

einzusetzen und begrüßt es, dass die Erhöhung des Anteils weiblicher Führungskräfte auch in den strategischen Personalzielen des EnBW-Konzerns verankert wurde. Um den Anteil von Frauen auf allen Führungsebenen sukzessive zu steigern, wird darauf geachtet, dass in der Endauswahl für die Führungsebenen bis einschließlich mittleres Management mindestens eine geeignete Kandidatin ist.

Der Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG besteht aus neun Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden von den Aktionären nach dem Aktiengesetz und drei Mitglieder von den Arbeitnehmern nach dem Drittelbeteiligungsgesetz gewählt. Nähere Informationen zum Aufsichtsrat und seinen Mitgliedern werden auf den Seiten 8 bis 11 und 106 bis 107 des Geschäftsberichts gegeben.

Nach der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts ist es wesentliche Aufgabe des Aufsichtsrats, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Grundsätzlich haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats die gleichen Rechte und Pflichten. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Der Aufsichtsrat hat wesentliche Aspekte der Zusammenarbeit im Gremium in einer Geschäftsordnung festgelegt. Nach dieser Geschäftsordnung wird der Aufsichtsrat insbesondere nach Bedarf

zu Sitzungen einberufen. Diese werden vom Vorsitzenden geleitet. Die Mitglieder des Vorstands nehmen grundsätzlich an den Sitzungen teil. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend entsprechend den Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats insbesondere über die in § 90 AktG aufgeführten Gegenstände. Ferner berichtet er über alle wesentlichen Finanzkennzahlen und Risiken der Gesellschaft und des Konzerns und über deren Entwicklung, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem, die Compliance sowie über sonstige wichtige Anlässe. Die Berichte werden in der Regel in Textform erstattet. Darüber hinaus informiert der Vorstand in den Sitzungen des Aufsichtsrats mündlich. Bestimmte Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands, die in einem Katalog in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt sind, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Neben der Festlegung der jährlichen Unternehmensplanung betrifft der auf den ZEAG-Konzern bezogene Katalog insbesondere verschiedene Geschäfte des laufenden Betriebs wie Investitionen, Finanzgeschäfte und wichtige operative Verträge sowie außerordentliche Aktivitäten, die ab jeweils festgelegten Wertgrenzen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt ferner die Beschlussfassung im Aufsichtsrat nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Aufsichts-

ratsvorsitzenden gemäß § 12 Abs. 4 der Satzung bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt. Auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sofern dem nicht eine Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder widerspricht. Über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und den Inhalt der Beratungen im Geschäftsjahr 2011 informiert der Aufsichtsrat ausführlich in seinem Bericht auf den Seiten 8 bis 11 des Geschäftsberichts.

Um die Effizienz seiner Arbeit zu steigern und ausführlich über komplexe Sachverhalte beraten zu können hat der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet. Eingerichtet sind ein Personalausschuss, ein Prüfungsausschuss sowie ein Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats waren im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt besetzt: Dem Personalausschuss gehörten der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Thomas Gößmann (Ausschussvorsitzender) sowie die Aufsichtsratsmitglieder Walter Böhmerle und Helmut Engelhardt an. Mitglieder des Prüfungsausschusses sind die Aufsichtsräte Walter Böhmerle (Ausschussvorsitzender), Gerhard Kleih und Steffen Pfisterer. Der gemäß Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex aus Vertretern der Anteilseigner gebildete Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden

Dr. Thomas Gößmann (Ausschussvorsitzender) sowie den Aufsichtsratsmitgliedern Walter Böhmerle und Helmut Himmelsbach. Über die Arbeit der vom Aufsichtsrat gebildeten Ausschüsse wird im Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8 bis 11 des Geschäftsberichts näher informiert. Der Vorsitzende eines Ausschusses oder ein beauftragtes Mitglied berichten in den Sitzungen des Plenums des Aufsichtsrats über die Beschlüsse, Empfehlungen und Ergebnisse des jeweiligen Ausschusses. Die Verfahrensregelungen der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gelten auch für die Ausschüsse des Aufsichtsrats.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Walter Böhmerle, Mitglied des Vorstands der EnBW Regional Aktiengesellschaft, verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der ZEAG Energie AG. Damit beachtet die ZEAG Energie AG die Anregung des Deutschen Corporate Governance Kodex, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied sein sollte, dessen Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat mit den Unabhängigkeitskriterien des Aktiengesetzes und des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Dabei ist er zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach wie vor erfüllt werden. Die Aufsichtsratsmitglieder üben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens aus. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im abgelaufenen Geschäftsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- bzw. Werkverträge.

Der durch Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart am 22. September 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellte und durch die Hauptversammlung am 4. Mai 2010 auf Vorschlag des Mehrheitsaktionärs EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH gewählte Herr Klaus Brändle gehörte dem Vorstand der ZEAG Energie AG in der Zeit vom 1. Oktober 2007 bis zum 6. Mai 2008 an. Ansonsten gehörten dem Aufsichtsrat der Gesellschaft im Berichtsjahr keine ehemaligen Vorstandsmitglieder an. Der Aufsichtsrat achtet bei seinen Vorschlägen an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern auf Vielfalt sowie darauf, dass Bewerber zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 70 Jahre sind.

Die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie freiwillig aufgestellten Grundsätzen und konzerninternen Richtlinien (Compliance) bestimmen das Handeln des Vorstands und des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG. Der Vorstand hat sich im vergangenen Jahr fortlaufend mit Compliance-Themen befasst und diese mit dem Aufsichtsrat bzw. dem Prüfungsausschuss eingehend erörtert. Im nachfolgenden Kapitel wird näher auf die Compliance bei der ZEAG Energie AG eingegangen. Dort sind auch die wesentlichen relevanten Unternehmensführungspraktiken angegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen und die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus angewandt werden.

Weitere Informationen zur Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats und dessen Ausschüsse können dem Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8 bis 11 des Geschäftsberichts, sowie den §§ 6 bis 14 und 20 der Satzung der Gesellschaft entnommen werden, die auf der Internetseite der ZEAG Energie AG (www.zeag-energie.de) im Bereich „Das Unternehmen“ unter der Rubrik „Investor Relations“ und dort im Abschnitt „Corporate Governance“ allgemein zugänglich ist.

Compliance

Die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und unternehmensinterner Richtlinien (Compliance) hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Als Bestandteil einer risiko-präventiven Strategie hat sich die ZEAG Energie AG den Aktivitäten der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) im Bereich der Compliance angeschlossen. Die ZEAG Energie AG ist als Unternehmen im EnBW-Konzernverbund in das konzernweite Compliance-System der EnBW eingebunden. Der Bereich Corporate Compliance verantwortet die konzernweiten Maßnahmen, wie beispielsweise die Vermeidung von Korruption, Kartellrechtsverstößen und Vertraulichkeitsverletzungen. Ferner sind Schnittstellen zu der internen Revision, dem internen Kontrollsystem und dem Risiko- und Krisenmanagement eingerichtet.

Die Gesamtverantwortung für Compliance bei der ZEAG Energie AG obliegt dem Vorstand. Der Vorstand wiederum wird dabei vom Aufsichtsrat beraten und überwacht.

Am 15. November 2011 war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied und einen Mitarbeiter der ZEAG Energie AG Ermittlungs-

verfahren wegen Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr führt. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, einem Bauunternehmer, der ihnen Vorteile gewährt haben soll, in Ausschreibungen durch Weitergabe vertraulicher Informationen Vorteile in den jeweiligen Vergabeverfahren verschafft zu haben. Der amtierende Vorstand und der Aufsichtsrat haben die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vollumfänglich unterstützt. In einer auf Veranlassung des Vorstands umgehend eingeleiteten Sonderprüfung durch die EnBW-Konzernrevision konnte keine unzulässige Einflussnahme der Beschuldigten auf Auftragsvergaben an den Bauunternehmer nachgewiesen werden. Ein materieller Schaden für die ZEAG Energie AG konnte auch aufgrund eingehender interner Untersuchungen nicht festgestellt werden. Zusätzlich wurde die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der gezielten Untersuchung ausgewählter Beschaffungsvorfälle und der Analyse von Teilprozessen im Rahmen der Beschaffung von Bauleistungen innerhalb des ZEAG-Konzerns beauftragt. Bei den untersuchten Beschaffungsvorfällen hat KPMG keine Hinweise auf vorsätzliche unerlaubte Handlungen gefunden. Die Analyse von Beschaffungsprozessen durch KPMG kam zu dem Ergebnis, dass die bisher praktizierten Prozesse die wesentlichen Anforderungen eines internen Kontrollsystems erfüllen. KPMG unterbreitete ferner Vorschläge zur weiteren

Verbesserung der Beschaffungsprozesse, die umgesetzt werden.

Der im Geschäftsjahr 2009 durch die EnBW verabschiedete Verhaltenskodex ist durch die Übernahme der entsprechenden Regelungen in ZEAG-interne Richtlinien seither auch für die Mitarbeiter der ZEAG Energie AG verbindlich. Er bildet für jeden Mitarbeiter eine Grundlage und Orientierungshilfe bei der täglichen Arbeit. Sie enthalten Regeln für die interne Zusammenarbeit und den Umgang mit Kunden, Wettbewerbern, Amtsträgern sowie öffentlichen Einrichtungen. Der Geltungsbereich des Kodex erstreckt sich damit über alle Mitarbeiter und Führungskräfte. Eine im Geschäftsjahr 2010 in Kraft getretene konzernweite Richtlinie zum Compliance-Management regelt den Aufbau und den Ablauf des Compliance-Management-Systems und definiert die Rollen, Verantwortlichkeiten und Prozesse bei der Bearbeitung von Compliance-Themen.

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Mitarbeiter des Konzerns mittels eines E-Learning-Programms weiter sensibilisiert. Im Geschäftsjahr 2012 ist eine Fortsetzung der Schulungsmaßnahmen vorgesehen.



Aktionäre und Hauptversammlung

Im Vorfeld der Hauptversammlung veröffentlicht die ZEAG Energie AG die Tagesordnung und alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des aktuellen Geschäftsberichts leicht zugänglich im Internet unter www.zeag-energie.de. Den Aktionären werden auf Verlangen die Unterlagen auch zugesandt. Fristgerecht eingehende Gegenanträge zur Tagesordnung der Hauptversammlung werden zusammen mit einer Stellungnahme des Vorstands ebenfalls auf den Internetseiten zugänglich gemacht. Von der Gesellschaft bestellte Stimmrechtsvertreter, die auch während der Hauptversammlung erreichbar sind, ermöglichen es Aktionären, die an der Hauptversammlung nicht persönlich teilnehmen können, nach entsprechender Bevollmächtigung ihr Stimmrecht wahrzunehmen.

Transparenz

Durch regelmäßige Finanzberichte informiert die ZEAG Energie AG die Aktionäre, den Kapitalmarkt, Finanzanalysten und Aktionärsvereinigungen. Bei aktuellen Anlässen erfolgen Veröffentlichungen über wesentliche Entwicklungen im Unternehmen. Damit wird die vom Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Transparenz geschaffen. Um eine zeitnahe und gleichberechtigte Information aller Interessengruppen zu gewährleisten,

nutzt die Gesellschaft hierfür hauptsächlich das Internet.

Über die Geschäftslage der ZEAG Energie AG wird insbesondere durch den jährlichen Geschäftsbericht, den Halbjahresfinanzbericht und Zwischenmitteilungen zum Ende des ersten und dritten Quartals des jeweiligen Geschäftsjahres informiert. Auf den Internetseiten wird ein Finanzkalender veröffentlicht, der alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen enthält.

Außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung auftretende, nicht öffentlich bekannte Umstände, die sich auf die ZEAG Energie AG oder die ZEAG-Aktie beziehen und geeignet sind, den Börsenkurs erheblich zu beeinflussen, werden durch eine ad-hoc Mitteilung bekannt gemacht. Im Geschäftsjahr 2011 erfolgten drei ad-hoc Mitteilungen. Mit ad-hoc Mitteilung vom 18. Februar 2011 wurde über einen außerplanmäßigen Wechsel im Vorstand informiert. Die ad-hoc Mitteilung am 4. März 2011 erfolgte im Zusammenhang mit einer für das Geschäftsjahr 2010 vorgeschlagenen Dividenderhöhung, mit der ad-hoc Mitteilung vom 9. Mai 2011 wurde über einen deutlichen Ertragsrückgang und erwartete weitere Ertragsbelastungen aufgrund der sich erheblich veränderten

energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach den Ereignissen im japanischen Kernkraftwerk Fukushima informiert.

Im Geschäftsjahr 2011 sind der Gesellschaft keine Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen über Geschäfte in ZEAG-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zugegangen. Auch mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats im Sinne von Ziffer 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag nicht vor.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Insiderrecht und zu Directors Dealings werden beachtet. Insbesondere wurden alle Personen mit Zugang zu Insiderinformationen in das Insiderverzeichnis aufgenommen und über ihre Pflichten belehrt.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung der Gesellschaft erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 gewählte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, wurde durch den Prüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses für das am 31. Dezember 2011 abgelaufene Geschäftsjahr beauftragt und hat eine Honorarvereinbarung hierzu

getroffen. Im Vorfeld der Hauptversammlung hat er sich darüber vergewissert, dass keine Zweifel an der Unabhängigkeit der zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestehen.

Entsprechend der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 Satz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex wird der Halbjahresfinanzbericht vom Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert.

Aktioptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme existieren bei der ZEAG Energie AG nicht.

Vergütungsbericht

Seit Geltung der neuen Empfehlung in Ziffer 4.2.2 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex liegt die Zuständigkeit für die Beschlussfassung und regelmäßige Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente beim Plenum des Aufsichtsrats. Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) ist der Personalausschuss bei allen dem Plenum des Aufsichtsrats zugewiesenen Vergütungsentscheidungen für diesen vorbereitend tätig.

Grundzüge des Vergütungssystems

Der Personalausschuss hat sich mit dem notwendigen Handlungsbedarf aufgrund der Änderungen des Aktiengesetzes durch das VorstAG sowie des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 beschäftigt. Die Überprüfung der Angemessenheit aller Vergütungsbestandteile hinsichtlich ihrer Ausgestaltung, Höhe und Struktur hat ergeben, dass die Höhe der Vergütung im horizontalen und vertikalen Vergleich marktüblich ist. Handlungsbedarf wurde dabei ausschließlich hinsichtlich der Struktur der Vorstandsvergütung identifiziert. Im Wesentlichen ergibt sich dieser aus der Vorgabe, den variablen Teil der Vergütung überwiegend an langfristigen Kriterien zu bemessen.

Der Aufsichtsrat hat daher am 25. März 2011 ein geändertes Vergütungssystem beschlossen, welches seither für Neu- und Wiederbestellungen von Vorstandsmitgliedern Gültigkeit hat. Das Vergütungssystem wurde den Aktionären zugänglich gemacht, in der Hauptversammlung der ZEAG Energie AG am 17. Mai 2011 erläutert und von der Hauptversammlung gemäß § 120 Abs. 4 AktG gebilligt. Das Vergütungssystem für Vorstandsmitglieder setzt sich aus den folgenden Vergütungskomponenten zusammen:

Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist sowie sonstige Bezüge.

Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung bemisst sich zur Hälfte an dem Zielerreichungsgrad bezüglich der individuellen Ziele. Zur anderen Hälfte ist die erfolgsabhängige Vergütung an das Erreichen der übergeordneten Konzernziele geknüpft.

Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgt durch den Personalausschuss zu Beginn des Geschäftsjahres. Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt höchstens 45 % des Jahresgrundgehalts und orientiert sich an der Zielerreichung im Geschäftsjahr. Von diesem sich hieraus ergebenden Tantiemeanspruch werden 75 % im Folgejahr ausbezahlt. Die restlichen 25 % werden nach Feststellung des Jahresabschlusses des 2. Folgejahres ausgezahlt.

Beim Abschluss und der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird der Aufsichtsrat die diesbezüglichen Empfehlungen in den Ziffern 4.2.2 und 4.2.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex beachten.

Das vor dem 25. März 2011 geltende Vergütungssystem, welches noch für ein im Laufe des Jahres 2011 ausge-

schiedenes Mitglied des Vorstands maßgeblich war, beinhaltet ebenfalls fixe und variable Bestandteile. Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine in gleichen Monatsraten zahlbare Jahresgrundvergütung sowie eine erfolgsunabhängige Mindesttantieme von 30 % der Jahresgrundvergütung. Der erfolgsbezogene Teil der Vergütung wird vom Aufsichtsrat nach Ablauf eines Geschäftsjahres in Abhängigkeit von dem Grad der Zielerreichung festgesetzt und beträgt höchstens 20 % der fixen Jahresgrundvergütung. Die Vorstandsvergütung umfasst mit der Tantieme auch eine erfolgsabhängige Komponente. Vergütungen mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter werden nicht gewährt.

Neben der festen und variablen Vergütung wird dem Vorstand als Nebenleistung ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

Vergütung des Vorstands

Die Bezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2011 355 T€ und gliedern sich wie folgt auf:

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nach § 15 der Satzung neben dem Ersatz ihrer Reisekosten und sonstigen Auslagen folgende nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung:

- einen festen Betrag von je 1.600 €
- sowie eine veränderliche Vergütung von je 400 € für jedes volle Prozent Ausschüttung auf das Grundkapital, das über 4 % des Grundkapitals hinausgeht. Die veränderliche Vergütung ist auf max. 8.400 € begrenzt.
- Der Vorsitzende erhält das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung zu a) und b). Die veränderliche Vergütung des Aufsichtsratsvorsitzenden ist auf max. 16.800 €, die seiner Stellvertreter ist auf jeweils max. 12.600 € begrenzt.
- Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten die Vergütungen zu a) bis c) zeitanteilig.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten von der Gesellschaft zusätzlich die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer. Auch im Geschäftsjahr 2011 haben die Aufsichtsratsmitglieder keine sonstigen Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, und keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind in eine im EnBW-Konzern bestehende und in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung beträgt der Selbstbehalt seit 1. Juli 2010 für den Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

2011 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
Kai Fischer	116	5	18	139
Eckard Veil	160	7	49	216
	276	12	67	355

*Rückstellung per 31.12.2011

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die ZEAG Energie AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 25. März 2011 in der jeweils geltenden Fassung mit folgenden Ausnahmen entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 26. Mai 2010 auch künftig mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

**Ziffer 4.2.1 Satz 1 des Kodex:
Anzahl der Vorstandsmitglieder**

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand der ZEAG Energie AG aus einer oder mehreren Personen. Der Aufsichtsrat hält es angesichts der Größe und Struktur des Unternehmens bisher und auch für die nächste Zukunft für ausreichend, wenn der Vorstand der Gesellschaft grundsätzlich mit einer Person besetzt ist, die bei der Leitung des Unternehmens von zwei Prokuristen unterstützt wird. Der Vor-

stand besteht dementsprechend seit dem 6. Mai 2008 – mit Ausnahme einer Übergangsphase vom 1. April 2011 bis 31. Juli 2011 – aus einer Person. Herr Kai Fischer war bis 31. März 2011 und Herr Eckard Veil ist seit dem 1. August 2011 alleiniger Vorstand der ZEAG Energie AG.

**Ziffer 5.4.1 Abs.2 und Abs.3
des Kodex:
Benennung von konkreten
Zielen für die Zusammensetzung
des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass aufgrund der geringen Zahl der Aufsichtsratsmitglieder und der Struktur der Gesellschaft für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wie bisher auch weiterhin vordergründig die fachliche Eignung maßgeblich sein soll. Die Festlegung von Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats einschließlich einer Quote für den Anteil weiblicher Aufsichtsratsmitglieder wird daher nicht für zweckmäßig erachtet.

**Ziffer 5.4.6 Abs. 3 Satz 1
des Kodex:
Individualisierter Ausweis
der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder**

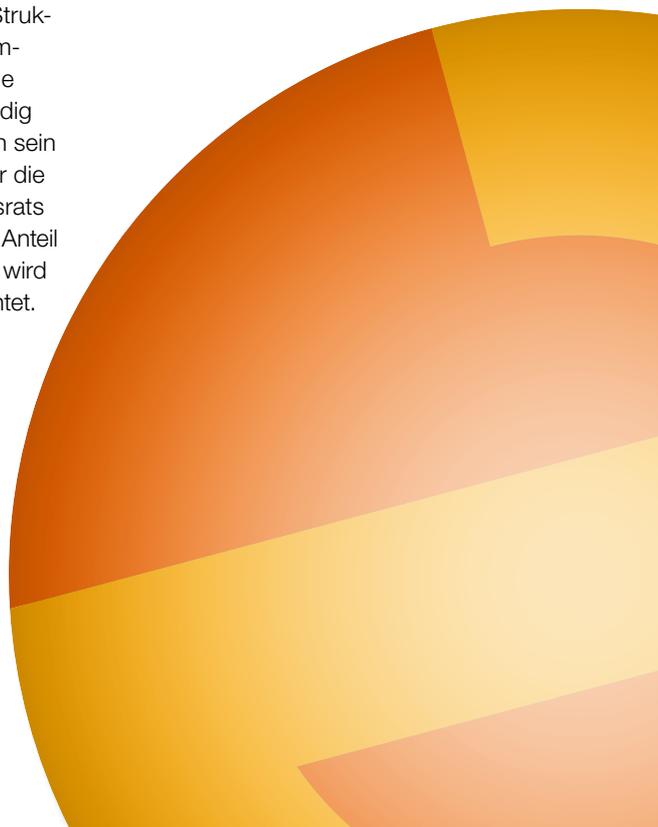
Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG ist in § 15 der Sat-

zung festgelegt und kann dort eingesehen werden. Sie wird daher bislang nicht individualisiert und aufgliedert nach festen und erfolgsabhängigen Bestandteilen ausgewiesen. Es ist wie bisher auch künftig nicht beabsichtigt, die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder individualisiert auszuweisen.

Heilbronn, 12. März 2012

ZEAG Energie AG

Der Vorstand Der Aufsichtsrat





Zuverlässig!

Eine zuverlässige Energieversorgung bietet Komfort und Sicherheit. 16 Minuten pro Jahr ist in der Bundesrepublik jeder Kunde störungsbedingt von einem Stromausfall betroffen. Im Stromnetz der ZEAG liegt die Zeit unter einer Minute.



Bestätigungs- vermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der ZEAG Energie AG, Heilbronn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzerngewinn- und -verlustrechnung und Konzerngesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung, Konzernkapitalflussrechnung und Anhang – sowie den mit dem Einzelabschluss zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und

durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Stuttgart, den 21. Februar 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stratmann Kröning
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Konzern

Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 01.01.–31.12. 2011

(alle Beträge in T€)	Anhang	2011	2010
Umsatzerlöse	(1)	141.450	131.087
Andere aktivierte Eigenleistungen		562	694
Gesamtleistung		142.012	131.781
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	8.579	8.478
Materialaufwand	(3)	-114.619	-96.575
Personalaufwand	(4)	-12.550	-12.245
Abschreibungen	(6)	-7.284	-6.525
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)	-9.344	-8.568
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		6.794	16.346
Ergebnis aus at Equity bewerteten Beteiligungen	(8)	174	449
Übriges Beteiligungsergebnis	(9)	36	29
Finanzerträge	(10)	11.127	16.530
Finanzaufwendungen	(10)	-13.662	-8.363
Ergebnis vor Steuern		4.469	24.991
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(11)	-730	-6.873
Ergebnis nach Steuern		3.739	18.118
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend		3.739	18.118
Ergebnis je Aktie¹	(12)	0,99 €	4,80 €

¹ verwässert und unverwässert

Konzern

Gesamtergebnis

2011

(alle Beträge in T€)	Anhang	2011	2010
Ergebnis nach Steuern		3.739	18.118
Nettoverluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	(27)	-6.020	-1.354
Ertragsteuereffekte	(27)	147	238
Sonstiges Ergebnis		-5.873	-1.116
Gesamtergebnis		-2.134	17.002
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend		-2.134	17.002

Konzern

Bilanz

zum 31.12.2011

(alle Beträge in T€)	Anhang	2011	2010
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(14)	7.473	8.098
Sachanlagen	(15)	129.000	125.042
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(16)	641	641
Wertpapiere	(17)	98.973	123.117
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(18)	10.982	11.668
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(19)	4.387	12.044
Steuererstattungsansprüche	(20)	2.516	2.948
		253.972	283.558
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorratsvermögen	(21)	1.038	969
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(22)	18.327	16.144
Wertpapiere	(23)	7.023	2.037
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(24)	25.000	15.000
Sonstige Vermögenswerte ¹	(25)	6.378	5.574
Zahlungsmittel	(26)	21.214	23.750
		78.980	63.474
		332.952	347.032
PASSIVA			
Eigenkapital (27)			
Gezeichnetes Kapital		19.400	19.400
Kapitalrücklage		23.849	23.849
Gewinnrücklagen		179.004	184.899
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		5.963	11.836
		228.216	239.984
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Langfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen	(28)	32.664	33.019
Sonstige Verbindlichkeiten	(29)	809	863
Latente Steuerschulden	(30)	8.961	9.618
Rechnungsabgrenzungsposten	(31)	35.561	35.796
		77.995	79.296
Kurzfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen ²	(28)	3.480	6.816
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Schulden	(32)	21.909	19.609
Rechnungsabgrenzungsposten	(31)	1.352	1.327
		26.741	27.752
Summe Schulden		104.736	107.048
		332.952	347.032
¹ davon Steuererstattungsansprüche (kurzfristig)		2.128	1.752
² davon für Ertragsteuern (kurzfristig)		1.078	2.432

Konzern

Eigenkapital- veränderungs- rechnung 2011

(alle Beträge in T€)	Anhang (27)	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen gem. IAS 39	Eigenkapital
Stand 01.01.2011		19.400	23.849	184.899	11.836	239.984
Konzernüberschuss		–	–	3.739	–	3.739
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern		–	–	–	–5.873	–5.873
Gesamtperiodenerfolg		–	–	3.739	–5.873	–2.134
Gezahlte Dividenden	(13)	–	–	–9.634	–	–9.634
Stand 31.12.2011		19.400	23.849	179.004	5.963	228.216
Stand 01.01.2010		19.400	23.849	176.415	12.952	232.616
Konzernüberschuss		–	–	18.118	–	18.118
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern		–	–	–	–1.116	–1.116
Gesamtperiodenerfolg		–	–	18.118	–1.116	17.002
Gezahlte Dividenden		–	–	–9.634	–	–9.634
Stand 31.12.2010		19.400	23.849	184.899	11.836	239.984

Konzern

Kapitalfluss- rechnung

2011

(alle Beträge in T€)	Anhang (33)	2011	2010
I. Operativer Bereich			
Ergebnis vor Steuern		4.469	24.991
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		7.283	6.524
Zins- und Dividenderträge		-5.199	-5.270
Zinsaufwendungen		2.773	2.766
Ergebnis aus Abgang von Finanzinstrumenten		-2.480	-7.776
Beteiligungsergebnis		-210	-478
Einzahlungen von/Auszahlungen an at Equity bilanzierte Unternehmen		858	-292
Zu-/Abschreibungen auf Finanzinstrumente		7.441	2.113
Veränderung der langfristigen Rückstellungen (ohne Zinseffekte)		-659	-854
Ergebnis aus Anlageabgängen		231	-2
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		-2.959	-1.529
Veränderung Working Capital und der kurzfristigen Rückstellungen		-2.480	-1.335
Gezahlte Ertragsteuern		-1.766	-6.342
Operativer Cashflow		7.302	12.516
II. Investitionsbereich			
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(14,15)	-11.363	-16.862
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen		516	102
Zugänge von Baukostenzuschüssen		1.131	1.279
Investitionen in finanzielle Vermögenswerte		-76.928	-129.061
Einzahlungen aus dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte		82.509	90.704
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		-5.000	-5.000
Erhaltene Zinsen		3.971	3.727
Erhaltene Dividenden	(10)	1.481	1.710
Darlehensauszahlungen		-	-10.000
Einzahlungen aus Darlehensrückzahlungen		4.069	10.000
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		386	-53.401
III. Finanzierungsbereich			
Gezahlte Zinsen		-536	-112
Auszahlung Finanzverbindlichkeiten		-54	-47
Dividendenausschüttung	(13)	-9.634	-9.634
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-10.224	-9.793
IV. Finanzmittelbestand			
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		-2.536	-50.678
Finanzmittelbestand am 01.01.		23.750	74.428
Finanzmittelbestand am 31.12. = Zahlungsmittel	(26)	21.214	23.750

Konzern Anhang

Allgemeine Grundsätze und Angaben

Der Sitz der ZEAG Energie AG ist Heilbronn, Deutschland. Die Anschrift lautet Weipertstr. 41, 74076 Heilbronn. Sie ist ein in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführtes Unternehmen. Die Gesellschaft wird im Handelsregister Abteilung B des Amtsgerichts Stuttgart unter der Nummer 100322 geführt. Die Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart, im regulierten Markt zugelassen.

Die Hauptaktivitäten des Konzerns sind im Rahmen der Segmentberichterstattung dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der ZEAG Energie AG (im Folgenden auch „ZEAG“ genannt) wird entsprechend § 315 a Abs. 1 HGB zu den am Abschlussstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) aufgestellt. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS/IFRIC-Standards werden nicht angewandt. Der Konzernabschluss entspricht damit den vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten IFRS und IFRIC, soweit diese in EU-Recht übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist wie im Vorjahr grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips aufgestellt. Hiervon ausgenommen sind zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind.

Zur übersichtlicheren Darstellung ist der Konzernabschluss in Tausend Euro aufgestellt. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Ergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung sowie die Eigenkapitalveränderungsrechnung des ZEAG-Konzerns gesondert aufgeführt und erläutert. Sämtliche Werte sind, sofern nichts

anderes vermerkt ist, kaufmännisch auf Tausend Euro (T€) gerundet. Dadurch können sich Rundungsdifferenzen von 1 T€ ergeben. Zur übersichtlicheren Darstellung sind einzelne Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Von der Wahlmöglichkeit, bestimmte Angaben im Anhang zu machen, wird aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

Auswirkungen von neuen Standards

Das International Accounting Standards Board (IASB) und International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) haben folgende Standards und Interpretationen neu verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2011 verpflichtend anzuwenden sind:

- Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS 2010 „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards“
- Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7 – Änderung des IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“

- IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“
- Einstufung von Bezugsrechten – Änderung des IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“
- Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen – Änderung des IFRIC 14 „IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“
- IFRIC 19 „Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente“

Hiervon können sich folgende Standards und Interpretationen auf den Konzernabschluss der Gesellschaft auswirken:

Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS (2010) „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards“:

Die Änderungen sind das Ergebnis des jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvement Process) des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Sofern im jeweiligen Standard nichts anderes geregelt ist, sind die Änderungen erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 bzw. 1. Januar 2011 beginnen.

Die erstmalige Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss.

IAS 24 (2009) „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ ändert die Definition der nahestehenden Unternehmen und Personen. Er befreit staatlich kontrollierte Unternehmen von der Angabepflicht über Geschäftsvorfälle mit dem Staat und anderen von diesem Staat kontrollierten Unternehmen. Der überarbeitete Standard ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2010 beginnen und hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss.

Die übrigen im Geschäftsjahr 2011 erstmals anzuwendenden neuen oder überarbeiteten Standards und Interpretationen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Künftige Anwendung geänderter Rechnungslegungsstandards

Folgende bereits veröffentlichte Standards und Interpretationen bzw. Änderungen zu diesen waren im Geschäftsjahr 2011 noch nicht verpflichtend anzuwenden:

- IAS 12 „Rückgewinnung der zugrunde liegenden Vermögenswerte“
- IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“
- Änderung an IAS 1 „Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses“

- IFRS 9/IFRS 7 „Finanzinstrumente“
- IFRS 10 „Konzernabschlüsse“
- IFRS 11 „Gemeinschaftliche Tätigkeiten“
- IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“
- IFRS 13 „Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert“
- Änderung des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“
- IAS 27 „Konzern- und separate Abschlüsse“
- Neue Fassung des IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“
- IFRIC 20 „Abraumkosten in der Produktionsphase einer über Tagebau erschlossenen Mine“

Die Anwendung der folgenden Standards bzw. Interpretationen sind für den Konzernabschluss der ZEAG relevant und können sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken:

- Änderung an IAS 1 „Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses“: Die Änderung, die ab 1. Juli 2012 in Kraft treten soll, sieht zukünftig vor, innerhalb der Gesamtergebnisrechnung im sonstigen Ergebnis zwischen Posten des sonstigen Ergebnisses zu unterscheiden, die in den Folgeperioden ergebniswirksam zu erfassen sind, und solchen Posten, die auch in künftigen Perioden zu keiner Ergebniswirkung führen. Die Standardänderung wird auch den ZEAG-Konzernabschluss betreffen.

- Änderung IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“: Die Änderung ergänzt die Anwendungsleitlinien des IAS 32 zur Saldierung von Finanzinstrumenten durch Klarstellungen: Außerdem werden zusätzliche Angabevorschriften in IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ für saldierte Finanzinstrumente eingeführt. Die Anwendung ist ab 1. Januar 2014 vorgesehen. Die Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss werden derzeit noch geprüft.
- IFRS 9/IFRS 7 „Finanzinstrumente“: Der Standard führt neue Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ein. Diskutiert werden derzeit die Exposure-Drafts zu „Fortgeführte Anschaffungskosten und Wertminderung“, zur „Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“ und zur „Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten“. Die Anwendung ist ab 1. Januar 2013 bzw. 1. Januar 2015 vorgesehen. Die Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss werden derzeit noch geprüft.
- IFRS 10 „Konzernabschlüsse“: Der ab 1. Januar 2013 neu anzuwendende Standard ersetzt den bisherigen IAS 27 und SIC 12 zu Beherrschung und Konsolidierung und führt ein einheitliches Konsolidierungsmodell ein. Die Anwendung des Standards wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss haben.
- IFRS 11 „Gemeinschaftliche Vereinbarungen“: Der neue Standard, der ab 1. Januar 2013 in Kraft tritt, ersetzt den bisherigen IAS 31 zu Gemeinschaftsunternehmen und führt eine geänderte Terminologie und Klassifizierung von Unternehmen als Gemeinschaftsunternehmen ein. Der Standard wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss haben.
- IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“: Der neue Standard, der ab 1. Januar 2013 anzuwenden ist, erfordert Angaben, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, Risiken und finanziellen Auswirkungen zu beurteilen, die mit dem Engagement des Unternehmens bei Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen, gemeinschaftlichen Vereinbarungen und nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen (Zweckgesellschaften) verbunden sind. Die Anwendung des Standards wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss haben.
- IFRS 13 „Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert“: Der Standard gibt standardübergreifend einheitliche Bewertungsmaßstäbe zum beizulegenden Zeitwert vor, indem u. a. der Begriff definiert und dargestellt wird, welche Methoden für dessen Bestimmung in Frage kommen. Darüber hinaus werden die Anhangangaben zum beizulegenden Zeitwert erweitert. Der ab dem 1. Januar 2013 anzuwendende Standard wird Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss haben.
- Änderung des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“: Die Änderungen betreffen die Erfassung und Bewertung des Aufwands für leistungsorientierte Pensionspläne und von Leistungen aus der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses. Die Änderung, die ab 1. Januar 2013 in Kraft tritt, schafft auch die zeitverzögerte Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste ab und verlangt eine direkte Erfassung im sonstigen Ergebnis. Die Neuregelung wird Einfluss auf den ZEAG-Konzernabschluss haben.

- Die Neufassung des IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS“, die ab 1. Januar 2013 anzuwenden ist, enthält insbesondere geänderte Regelungen hinsichtlich der Bilanzierung von Änderungen der Beteiligungsquoten. Künftig ist eine erfolgsneutrale Erfassung für Transaktionen vorgesehen, durch die ein Mutterunternehmen seine Beteiligungsquote an einem Tochterunternehmen verändert, ohne dabei die Beherrschung über das Tochterunternehmen zu verlieren. Bei einer Änderung der Beteiligungsquoten der Tochterunternehmen wird sich die Neufassung des IAS 27 auf die Bilanzierung auswirken.
- Neue Fassung des IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“: Die Änderungen, die bis zum 1. Januar 2013 anzuwenden sind, umfassen Folgeänderungen aus den neuen IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 und erweitern den Anwendungsbereich des IAS 28 auf die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen und hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss.

Wir beabsichtigen, diese Änderungen der Standards bzw. Interpretationen ab dem jeweils verpflichtenden Anwendungszeitpunkt zu berücksichtigen.

Konsolidierungsgrundsätze

Der vorliegende Konzernabschluss der ZEAG Energie AG als Mutterunternehmen umfasst den Abschluss eines Wertpapierspezialfonds sowie die folgenden vollkonsolidierten Beteiligungen:

- Gasversorgung Unterland GmbH (GU)
- NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF)
- ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH

An diesen Gesellschaften, die alle in Heilbronn ansässig sind, hält die ZEAG Energie AG jeweils 100 % der Anteile. Die Abschlüsse wurden unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum gleichen Bilanzstichtag 31. Dezember aufgestellt.

Aus Wesentlichkeitsgründen ist die 2011 neu gegründete ZEAG Erneuerbare Energien GmbH, Heilbronn, nach IAS 39 bilanziert und nicht vollkonsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen worden. Die ZEAG hält 100 % der Anteile am Stammkapital in Höhe von 25 T€. Der Jahresfehlbetrag 2011 nach HGB beträgt 1 T€.

Die ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn, wird at Equity in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen, da durch die ZEAG Energie AG ein maßgeblicher Einfluss auf sie ausgeübt wird.

Konzerninterne Salden und Transaktionen, Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

Ab dem Erwerb- bzw. Gründungszeitpunkt der Tochtergesellschaften, d. h. ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern nach dem sogenannten Control Concept einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, werden die wesentlichen Tochtergesellschaften voll konsolidiert. Sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht, endet die Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Die Anschaffungskosten der Beteiligungen werden bei der Kapitalkonsolidierung mit dem auf sie entfallenden, neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung verrechnet. Nach der Zuordnung zu Vermögenswerten ergaben sich im vorliegenden Konzernabschluss keine Unterschiedsbeträge.

Anteile an assoziierten Unternehmen sind nach der Equity-Methode bilanziert und werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die Gewinnausschüttungen und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Aktiva

Immaterielle Vermögenswerte

werden mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert und linear entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Ein Strombezugsrecht wird leistungsbezogen abgeschrieben. Geleistete Baukostenzuschüsse werden über einen Zeitraum von 20 Jahren, die Wassernutzungsrechte entsprechend ihrer Laufzeit mit bis zu 83 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der entgeltlich erworbenen Software beträgt drei Jahre. Ein im Rahmen eines früheren Unternehmenszusammenschlusses erworbener Kundstamm wird entsprechend der Laufzeit der zugrunde liegenden Konzessionsverträge abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sofern für den Erwerb oder die Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts ein beträchtlicher Zeitraum (mehr als zwölf Monate) erforderlich ist, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, werden die bis zur Erlangung des gebrauchsfertigen Zustands angefallenen und direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten aktiviert. Im Berichtsjahr sowie im Vorjahr wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Wartungs- und Reparaturkosten werden aufwandswirksam erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die zu einem künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts führen, werden aktiviert.

Investitionszuschüsse mindern die Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht. Sie werden passivisch abgrenzt.

Die Abschreibungen des Sachanlagevermögens erfolgen linear über die folgenden konzerneinheitlich geschätzten Nutzungsdauern:

	Jahre
Gebäude	25–50
Kraftwerke	15–50
Stromverteilungsanlagen	25–45
Gasverteilungsanlagen	15–55
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–14

Bei den sogenannten investment properties, **als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien**, handelt es sich um nicht betriebsnotwendiges Vermögen des 2003 aufgegebenen Zementbereichs. Die unbebauten Grundstücke sind zu Anschaffungskosten aktiviert. Der im Anhang angegebene Marktwert der Immobilien wurde nach der in Deutschland anerkannten Methode aus den Bodenrichtwerten abgeleitet. Auf eine Bewertung durch einen unabhängigen Gutachter wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Vermögenswerte werden regelmäßig auf **Wertminderungen** überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen eines Werthaltigkeitstests ermittelt, welcher Betrag für den betreffenden Vermögenswert erzielt werden kann. Der erzielbare Betrag ist dabei der höhere aus Nutzungswert und Nettoveräußerungswert. Eine außerplanmäßige Abschreibung wird dann vorgenommen, wenn der erzielbare Betrag des Vermögenswertes den Buchwert unterschreitet. Ist der Vermögenswert Teil einer Zahlungsmittel generierenden Einheit, wird der erzielbare Betrag auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit ermittelt. Die mittelfristig zu erwartenden Cashflows je Zahlungsmittel generierender Einheit werden auf der Grundlage von Planungsrechnungen unter Berücksichtigung aktueller Marktzinsen ermittelt. Bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung werden Zuschreibungen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Wertpapiere werden der Bewertungskategorie „available-for-sale“ zugeordnet. Diese zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Markt- oder Börsenpreis. Unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Folgebewertung werden im Eigenkapital unter Berücksichtigung latenter Steuern solange erfasst, bis diese

Finanzinstrumente veräußert werden bzw. bis eine objektive Wertminderung eintritt. Sofern am Bilanzstichtag objektive Hinweise für Wertminderungen vorliegen, werden Anpassungen an den Marktwert ergebniswirksam vorgenommen. Zum Zeitpunkt des Abgangs der Finanzinvestition werden bisher erfolgsneutral über das Eigenkapital verrechnete unrealisierte Gewinne oder Verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Option, finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wird nicht in Anspruch genommen.

Die **sonstigen finanziellen Vermögenswerte** umfassen im Wesentlichen Darlehensforderungen und sonstige Beteiligungen; diese werden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zugeordnet.

Darlehensforderungen werden zu Anschaffungskosten, unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen zum Barwert bewertet.

Für die nicht nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen besteht kein aktiver Markt. Sie werden zu Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Wert gegenwärtig nicht verlässlich bestimmt werden kann.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem zum Bilanzstichtag niedrigeren Nettoveräußerungswert erfasst. Fremd-

kapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit werden durch angemessene Abschläge berücksichtigt.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zu Anschaffungskosten unter Abzug etwa erforderlicher Wertberichtigungen angesetzt. Dem Ausfallrisiko wird dabei durch entsprechende Wertberichtigungen Rechnung getragen. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob eine Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Sonstige Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten bewertet. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt.

In den **Zahlungsmitteln** sind die Kassenbestände, die Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Einlagen mit ursprünglichen Fälligkeiten von weniger als drei Monaten enthalten.

Passiva

Rückstellungen werden gebildet, wenn rechtliche oder faktische Verpflichtungen entstanden sind, die auf einem Ereignis der Vergangenheit beruhen, zukünftig zu einem wahrscheinlichen Ressourcenabfluss führen und die Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag.

Langfristige Rückstellungen werden mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach IAS 19 bewertet. Eine durch Zeitablauf bedingte Erhöhung wird im Zinsaufwand erfasst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Aus den Veränderungen des Rechnungszinsfußes ergeben sich versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb des Korridors von 10 % liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit der betroffenen Mitarbeiter linear erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand,



der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis ausgewiesen.

Latente Steuern werden gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der IFRS-Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz gebildet.

Dabei werden die Steuersätze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten. Der Konzernsteuersatz beträgt wie im Vorjahr 29%.

Latente Steuerschulden, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf die Aufrechnung der tatsächlichen Steuerersatzansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beziehen und von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Schulden sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt und nachfolgend

mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Bei **Leasingverhältnissen** handelt es sich um Vereinbarungen, bei denen der Leasinggeber das Recht zur Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts für einen festgelegten Zeitraum gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen auf den Leasingnehmer überträgt. Dies gilt auch für Vereinbarungen, bei denen die Übertragung eines solchen Rechts nicht ausdrücklich beschrieben ist. Leasingverhältnisse sind entweder als Finanzierungsleasing oder als Operating-Leasing einzustufen.

Leasingverhältnisse, bei denen die ZEAG Energie AG als Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand trägt, werden als Finanzierungsleasing behandelt. Der Leasinggegenstand wird mit dem niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und planmäßig über den kürzeren Zeitraum aus wirtschaftlicher Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses abgeschrieben. In gleicher Höhe ist eine Leasingverbindlichkeit passiviert, die in den Folgeperioden getilgt und nach der Effektivzinsmethode fortgeschrieben wird. Die Leasingzahlungen werden bei der Folgebewertung als Kapitalrückzahlung und Finanzaufwand behandelt. Bei den übrigen Leasingverhältnissen handelt es sich um

Operating-Leasingverhältnisse, bei denen die Leasingraten bzw. Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Die Baukostenzuschüsse und vorausgezahlten Erbbauzinsen werden als **Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesen. Entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte werden die Baukostenzuschüsse über einen Zeitraum von in der Regel 40 bis 45 Jahren ertragswirksam aufgelöst. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens für vorausgezahlte Erbbauzinsen erfolgt in jährlich gleichbleibenden Raten entsprechend der Laufzeit des Erbbaurechts. Die Erträge hieraus werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Bei **Eventualverbindlichkeiten** handelt es sich um mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder um gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden nicht bilanziert.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden beim Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Die Chancen und Risiken gehen grundsätzlich beim Eigentumsübergang oder bei Besitzübergang auf den Kunden über. Die Bewertung der Umsatzerlöse bemisst sich für Güter bzw.

Dienstleistungen nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung.

Die Umsatzerlöse werden um Erlöschmälerungen, wie zum Beispiel Preisnachlässe oder Skonti gekürzt, ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Sie resultieren zum größten Teil aus Strom- und Gasverkäufen, aus der Verteilung von Strom und Gas und aus energienahen Dienstleistungen.

Zinserträge werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden zu dem Zeitpunkt erfasst, an dem das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Änderungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Erstellung des ZEAG-Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich verändern können und sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken können.

Folgende Ermessensentscheidungen sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu treffen:

- Finanzielle Vermögenswerte sind den Bewertungskategorien „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen. Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorien „zur Veräußerung verfügbar“ werden erfolgsneutral im Eigenkapital, Wertänderungen bei „bis zur Endfälligkeit gehaltenen“ finanziellen Vermögenswerten dagegen erfolgswirksam erfasst (siehe dazu auch Erläuterung Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten).
- Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen sieht IAS 19 unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vor. Im ZEAG-Konzern wird das Korridorverfahren angewendet.

Die Schätzungen beruhen auf Annahmen und Prognosen, die von Natur aus ungewiss sind und Veränderungen unterliegen können. Diese stellen ein beträchtliches Risiko dar, welches innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich machen könnte. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten werden nachfolgend erläutert:

Sachanlagen: Wertminderungen durch technischen Fortschritt und Schäden können zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Sachanlagen führen.

Bewertung der at Equity-Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG:

Auf der Grundlage der abgeschlossenen Mietverträge wurden die mit 6% (nach Steuern) diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2059 abgezinst und dem Buchwert gegenübergestellt. Der Differenzbetrag wurde als Abschreibung in Höhe von 51 T€ (Vorjahr 0T€) auf den Beteiligungsbuchwert im Periodenergebnis berücksichtigt.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:

Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Objektive, substantielle Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung bei Eigenkapitalinstrumenten ergeben sich nach herrschender Meinung, wenn der beizulegende Zeitwert mindestens 20% oder während der letzten neun Monate unter dem Wert der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Im Geschäftsjahr 2011 waren ergeb-

niswirksam außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 7.441 T€ vorzunehmen (Vorjahr 2.294 T€).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Anhand von Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode wird der beizulegende Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten ermittelt. Sofern sich die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte:

Das Kreditrisiko wird durch die Bildung von Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen berücksichtigt. Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, Fälligkeitsstrukturen der Forderungssalden, die Bonität der Kunden, Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen bestimmen die Höhe der Wertberichtigung. Zum 31. Dezember 2011 betragen die Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt 236 T€ (Vorjahr 213 T€).

Pensionsrückstellungen:

Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen kann es durch die Wahl der Prämissen, wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten nach den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren bei der Ermittlung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gegebenenfalls zu Abweichungen im Vergleich zu den im Zeitablauf tatsächlich entstehenden Verpflichtungen kommen.

Sonstige Rückstellungen:

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen, insbesondere für die Erneuerungsverpflichtungen der Wasserkraftwerke und für Umweltschutzmaßnahmen, basiert auf erwarteten Nutzungszeiträumen und vergangenheitsbezogenen Annahmen. Die tatsächlichen Nutzungszeiträume, wie auch die sonstigen Berechnungsgrundlagen können im Falle einer Inanspruchnahme von diesen Ansätzen abweichen.

Ertragsteuern:

Für die Bildung von Steuerrückstellungen sowie bei der Beurteilung temporärer Differenzen zwischen IFRS und Steuerbilanz sind aufgrund abweichender bilanzieller Behandlung einzelner Abschlussposten Schätzungen vorzunehmen. Die Beurteilung der Werthaltigkeit, der Höhe und des Zeitpunkts der Inanspruchnahme von aktiven latenten Steuern erfolgte unter Berücksichtigung des zukünftigen voraussichtlichen steuerpflichtigen Einkommens.

Segment- berichterstattung

Segmente

Dem Zweck der Unternehmenssteuerung entsprechend ist der ZEAG-Konzern nach Produkten in Geschäftseinheiten organisiert. Die operativen Segmente Verteilung und Vertrieb wurden aufgrund der gleichartigen Entwicklung gemäß IFRS 8.12 zusammengefasst.

Daraus resultieren folgende berichtspflichtige Geschäftssegmente:

Die Stromverteilung durch die NHF, der Verkauf von elektrischer Energie sowie die Erbringung von energienahen Dienstleistungen durch die ZEAG werden im **Geschäftssegment Strom** erfasst. Die Städte Heilbronn und Lauffen a. N., die Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. sind das Versorgungsgebiet der ZEAG, in dem der überwiegende Teil der Geschäftstätigkeit stattfindet.

Im **Geschäftssegment Gas** werden die Aktivitäten der Gasversorgung Unterland GmbH im Vertrieb von Erdgas und mit der Erbringung von Dienstleistungen für Anlagen der Gasversorgung abgebildet. Die Gasverteilung in dieser Sparte wird von der NHF durchgeführt.

Das Versorgungsgebiet der Gasversorgung Unterland GmbH erstreckt sich im Landkreis Heilbronn auf sechs Kommunen nordwestlich von Heilbronn sowie die Gemeinden Obersulm, Langenbrettach und Neckarwestheim. Im Neckar-Odenwald-Kreis wird die Stadt Adelsheim und im Landkreis Ludwigsburg die Gemeinde Kirchheim a. N. mit Erdgas durch die Gasversorgung Unterland GmbH versorgt. Seit Anfang 2010 erfolgt der Vertrieb von Erdgas auch außerhalb des Netzgebiets. Das Heizwerk in Heilbronn, Badstraße, das dem Segment Strom zugeordnet ist, wird seit 2009 konzernintern durch das Segment Gas mit Erdgas versorgt. Aus diesem Grund sind konzerninterne Umsatzerlöse in Höhe von 1.436 T€ (Vorjahr 1.933 T€) zu berücksichtigen.

Das Betriebsergebnis der Geschäftseinheiten wird, um Entscheidungen über die Ressourcenverteilung zu treffen und die Ertragskraft der Einheiten zu bestimmen, getrennt überwacht.

Die Entwicklung der Segmente wird anhand des Betriebsergebnisses gesteuert und im Zusammenhang mit dem Konzernbetriebsergebnis bewertet.

Die Leistungsverrechnung zwischen den Segmenten erfolgt auf Basis marktüblicher Konditionen.

Segmenterträge, Segmentaufwendungen und das Segmentergebnis um-

fassen neben den externen Erträgen und Aufwendungen auch die Verrechnungen zwischen den Geschäftsbereichen, die bei der Konsolidierung eliminiert werden.

Erlöse aus Geschäften mit anderen Segmenten werden für Konsolidierungszwecke neutralisiert.

Das Tätigkeitsgebiet des ZEAG-Konzerns beschränkt sich im Wesentlichen auf Baden-Württemberg. Es erfolgt daher keine geografische Segmentierung.

Im Vorjahr wurden im Geschäftssegment Gas mit einem wesentlichen Kunden Umsatzerlöse in Höhe von 1.561 T€ erzielt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr besteht keine Abhängigkeit von wesentlichen Kunden sowohl im Gas- wie auch im Strombereich.

Informationen zu Erträgen und Ergebnissen sowie bestimmte weitere Informationen zu Vermögenswerten und Schulden der Geschäftsfelder des Konzerns werden wie folgt tabellarisch für die Geschäftsjahre 2011 und 2010 dargestellt. Die nicht zuordenbaren Vermögenswerte des Konzerns betreffen im Wesentlichen Wertpapiere und das Heizwerk Heilbronn. Die nicht den Segmenten zuordenbaren Schulden bestehen in Rückstellungen für Ertragsteuern und latente Steuern.

Geschäftsjahr
2011

(alle Beträge in T€)	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäftsbereiche
Umsatzerlöse	131.762	11.851	-2.163	141.450
davon intrasegmentär	727	1.436		
Segmentergebnis	6.293	801		7.094
davon zahlungsunwirksame Erträge	2.441	304		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-300
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				6.794
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at Equity bewertete Beteiligungen				174
Zinserträge				5.199
Zinsaufwendungen				-2.773
Sonstiges Finanzergebnis				-4.925
Ergebnis vor Ertragsteuern				4.469
Ertragsteuern	-1.825	-232		-730
Ergebnis nach Steuern				3.739
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	172.199	29.000	-1.064	200.135
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				132.817
Summe Vermögenswerte				332.952
Segmentsschulden	88.976	13.752	-1.064	101.664
Nicht zuordenbare Schulden				3.072
Summe Schulden				104.736
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	223	-		
Sachanlagen	9.915	1.225		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	833	15		
Sachanlagen	5.707	728		

Geschäftsjahr
2010

(alle Beträge in T€)	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäftsbereiche
Umsatzerlöse	122.479	12.461	-3.853	131.087
davon intrasegmentär	1.920	1.933		
Segmentergebnis	13.956	2.650		16.606
davon zahlungsunwirksame Erträge	1.988	179		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-260
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				16.346
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at Equity bewertete Beteiligungen				449
Zinserträge				5.270
Zinsaufwendungen				-2.766
Sonstiges Finanzergebnis				5.692
Ergebnis vor Ertragsteuern				24.991
Ertragsteuern	-4.047	-769		-6.873
Ergebnis nach Steuern				18.118
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	159.423	26.824	-1.140	185.107
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				161.925
Summe Vermögenswerte				347.032
Segmentsschulden	89.806	12.073	-1.140	100.739
Nicht zuordenbare Schulden				6.309
Summe Schulden				107.048
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	131	-		
Sachanlagen	14.284	2.445		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	555	22		
Sachanlagen	5.261	686		

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sowie Angaben zu Beschäftigten und zum Dividendenvorschlag

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden mit dem Risikoübergang auf die Kunden erfasst. Die

Strom- und Energiesteuer wird offen von den Umsatzerlösen gekürzt.

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Umsatzerlöse inkl. Strom- und Energiesteuer	134.934	127.489
Strom- und Energiesteuer	-12.779	-12.356
Umsatzerlöse aus Energielieferungen	122.155	115.133
Umsatzerlöse aus netznahen Dienstleistungen	19.295	15.954
Umsatzerlöse	141.450	131.087

Die Gliederung der Umsatzerlöse nach Geschäftssegmenten wird in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die aus der Erbringung von Dienstleistungen resultieren, werden sofern

deren Höhe verlässlich messbar ist, mit der Erbringung erfasst. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

sind nicht den einzelnen Aufwandspositionen zuordenbar. Die betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Erträge		
aus Anlageabgängen	259	41
aus Auflösung von Rückstellungen	1.314	215
aus Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	1.341	1.314
aus Kostenverrechnungen (Dienstleistungen)	1.925	2.447
Periodenfremde Erträge	1.360	1.792
Sonstige	2.380	2.669
	8.579	8.478

(3) Materialaufwand

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	97.757	79.599
Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.862	16.976
(davon Konzessionsabgaben)	(5.741)	(5.730)
	114.619	96.575

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten im Wesentlichen Strom- und Gasbezugskosten. Auf den Verbrauch von Vorräten entfallen davon 2.460 T€ (Vorjahr 2.255 T€).

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind Aufwendungen für die Netznutzung, Fremdleistungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen sowie die vom Konzern an

die Konzessionsgemeinden für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze zu entrichtenden Konzessionsabgaben ausgewiesen.

(4) Personalaufwand

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Löhne und Gehälter	10.315	10.026
Soziale Abgaben	1.733	1.747
(davon Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung)	(861)	(837)
Aufwendungen für Altersversorgung und ähnliche Verpflichtungen*	502	472
	12.550	12.245

* einschließlich Beiträge an den Pensionsversicherungsverein a. G.

(5) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	2011	2010
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	146	150
Auszubildende	23	24
	169	174

(6) Abschreibungen

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Abschreibungen auf		
immaterielle Vermögenswerte	848	577
Sachanlagen	6.436	5.948
	7.284	6.525

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Verluste aus Anlageabgängen	490	39
Verwaltungs- und Vertriebskosten	8.337	7.946
Periodenfremde Aufwendungen	85	218
Sonstige Steuern	91	69
Übrige	341	296
	9.344	8.568



(8) Ergebnis aus at Equity bewerteten Beteiligungen

Im Ergebnis aus den at Equity bewerteten Beteiligungen wird der Gewinnanteil aus der Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG saldiert mit Abschreibungen auf den

Beteiligungsbuchwert erfasst. Die Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert war aufgrund eines durchgeführten Impairmenttests erforderlich.

(9) Übriges Beteiligungsergebnis

Im übrigen Beteiligungsergebnis werden die Erträge aus sonstigen Beteiligungen ausgewiesen.

(10) Übriges Finanzergebnis

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.718	3.560
(davon aus Wertpapieren)	(2.125)	(1.759)
Dividenden	1.481	1.710
Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Zuschreibungen auf Wertpapiere und Ausleihungen	5.928	11.260
(davon aus Zuschreibungen)	(76)	(-)
Finanzerträge	11.127	16.530
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.198	-1.170
Zinsanteil der Zuführungen zu den Personalrückstellungen	-1.575	-1.596
Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Abschreibungen auf Wertpapiere	-10.889	-5.597
(davon aus Abschreibungen)	(-7.441)	(-2.294)
Finanzaufwendungen	-13.662	-8.363
Finanzergebnis	-2.535	8.167

Die Zinsen und ähnliche Erträge enthalten im Wesentlichen Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren, Ausleihungen und Bankguthaben.

Die Zinsen und Dividenden, die unter den Erträgen im Finanzbereich ausgewiesen sind, werden zu dem Zeitpunkt

periodengerecht erfasst, ab dem ein vertraglicher und rechtlicher Anspruch besteht.

Zinserträge für finanzielle Vermögenswerte, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, belaufen sich auf 5.077 T€

(Vorjahr 5.270 T€). Davon entfallen 2.043 T€ (Vorjahr 1.700 T€) auf Zinserträge nach der Effektivzinsmethode.

Für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, sind wie im Vorjahr keine Zinsen angefallen.

(11) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Laufende Ertragsteuern	1.240	6.950
Latente Steuern	-510	-77
Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	730	6.873

Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte wie im Vorjahr mit einem Gesamtsteuersatz von 29%. Der Körperschaftsteuersatz betrug unverändert 15,0% zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% auf

die Körperschaftsteuer. Der Gewerbesteuersatz liegt bei 13,2%.

Im laufenden Steueraufwand sind aperiodische Steuererträge über 738 T€ (Vorjahr 1.259 T€ Steueraufwand) berücksichtigt.

In der folgenden Aufstellung wird vom erwarteten Steuerergebnis auf das effektiv ausgewiesene Steuerergebnis übergeleitet:

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Ergebnis vor Steuern	4.469	24.991
Theoretischer Steuersatz	29%	29%
Erwarteter Steueraufwand	1.296	7.247
Steuereffekte durch steuerfreie Erträge	-2.172	-3.215
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	2.369	1.055
Gewerbsteuerliche Hinzurechnungen	252	208
Periodenfremde Steuern	-1.054	1.259
Sonstige Effekte	39	319
Effektive Ertragsteuern (- Ertrag/+ Aufwand)	730	6.873

(12) Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis des Konzerns ist allein den Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnen.

Anzahl der während des Jahres 2011 ausgegebenen Aktien wird das Ergebnis je Aktie ermittelt.

Periodenergebnis von 3.739 T€ (Vorjahr 18.118 T€) ein Ergebnis von 0,99€ (Vorjahr 4,80€) je Aktie. Im Geschäftsjahr ergaben sich wie auch im Vorjahr keine Verwässerungseffekte.

Durch Division des den Inhabern der Aktien des Mutterunternehmens zuzurechnenden Ergebnisses mit der

Bei unverändert im Umlauf befindlichen 3.778.000 Stück Inhaber-Stückaktien ergibt sich bei dem ausgewiesenen

(13) Dividendenvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden den Aktionären auf der am 8. Mai 2012 stattfindenden Hauptversammlung die

Ausschüttung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 1,80€ (Vorjahr 2,55€) je Stückaktie vorschlagen.

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Dividende für 2011: 1,80 € (Vorjahr 2,55 €) je Aktie	6.800	9.634
Ausschüttungsvorschlag	6.800	9.634



Erläuterungen zur Bilanz und zur Kapitalflussrechnung

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte zeigen im Geschäftsjahr 2011 folgende Entwicklung:

(alle Beträge in T€)	Geleistete Baukosten-zuschüsse	Strombezugs- und sonstige Nutzungsrechte	Software	Kundenstamm*	Summe
Stand 01.01.2011					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	3.951	2.362	24.159
Kumulierte Abschreibungen	-3.083	-7.050	-3.635	-2.293	-16.061
Buchwert 01.01.2011	424	7.289	316	69	8.098
Zugänge	-	-	223	-	223
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-88	-542	-204	-14	-848
Buchwert 31.12.2011	336	6.747	335	55	7.473
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	1.935	2.362	22.143
Kumulierte Abschreibungen	-3.171	-7.592	-1.600	-2.307	-14.670
Buchwert 31.12.2011	336	6.747	335	55	7.473
Stand 01.01.2010					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	3.813	2.362	24.021
Kumulierte Abschreibungen	-2.994	-6.777	-3.433	-2.280	-15.484
Buchwert 01.01.2010	513	7.562	380	82	8.537
Zugänge	-	-	131	-	131
Umbuchungen	-	13	-6	-	7
Abgänge	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-89	-286	-189	-13	-577
Buchwert 31.12.2010	424	7.289	316	69	8.098
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	3.951	2.362	24.159
Kumulierte Abschreibungen	-3.083	-7.050	-3.635	-2.293	-16.061
Buchwert 31.12.2010	424	7.289	316	69	8.098

* im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworben

Die wesentlichen Strombezugs- und Wassernutzungsrechte weisen dabei

eine Restnutzungsdauer von 11 bzw. 32 Jahren auf.

(15) Sachanlagen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Sachanlagen stellt sich wie folgt dar:

(alle Beträge in T€)	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Anlagen im Bau	Summe
Stand 01.01.2011				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	18.070	223.830	2.014	243.914
Kumulierte Abschreibungen	-6.761	-112.111	-	-118.872
Buchwert 01.01.2011	11.309	111.719	2.014	125.042
Zugänge	23	10.150	967	11.140
Umbuchungen	-	642	-642	0
Abgänge	-66	-681	-	-747
Abschreibungen	-291	-6.144	-	-6.435
Buchwert 31.12.2011	10.975	115.686	2.339	129.000
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.818	230.625	2.339	250.782
Kumulierte Abschreibungen	-6.843	-114.939	-	-121.782
Buchwert 31.12.2011	10.975	115.686	2.339	129.000
Stand 01.01.2010				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	15.638	204.541	7.505	227.684
Kumulierte Abschreibungen	-6.529	-106.788	-	-113.317
Buchwert 01.01.2010	9.109	97.753	7.505	114.367
Zugänge	2.170	13.251	1.308	16.729
Umbuchungen	295	6.497	-6.799	-7
Abgänge	-21	-79	-	-100
Abschreibungen	-244	-5.703	-	-5.947
Buchwert 31.12.2010	11.309	111.719	2.014	125.042
Anschaffungs- und Herstellungskosten	18.070	223.830	2.014	243.914
Kumulierte Abschreibungen	-6.761	-112.111	-	-118.872
Buchwert 31.12.2010	11.309	111.719	2.014	125.042



(16) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien (investment properties)

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Stand 01.01.		
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.033	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 01.01.	641	641
Abgänge	-	-
Abschreibungen	-	-
Buchwert 31.12.	641	641
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.033	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 31.12.	641	641

Bei den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien (investment properties) handelt es sich um unbebaute Grundstücke des ehemaligen Zementbereichs.

Zum Bilanzstichtag hatten diese Grundstücke – wie im Vorjahr – einen Marktwert in Höhe von 1.267 T€.

Die Pachterträge aus diesen Immobilien betragen 7 T€ (Vorjahr 6 T€). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwen-

dungen beliefen sich auf 5 T€ (Vorjahr 1 T€). Die Pachtverträge sind jährlich kündbar.

Verpflichtungen zum Erwerb von als Finanzinvestitionen zu haltenden Immobilien bestehen nicht.

(17) Wertpapiere (langfristig)

Die Wertpapiere werden zum „beizulegenden Zeitwert“ bewertet und damit der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet.

Dabei handelt es sich um börsennotierte festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Anteile an Publikumsfonds.

Die im Bestand gehaltenen Wertpapiere werden aufgrund der längerfristigen

Anlagestrategie, soweit diese bei fester Laufzeit am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesen.

Bei diversen Aktienbeständen waren im Berichtsjahr aufgrund signifikanter bzw. länger andauernder Wertminderungen erfolgswirksam Abschreibungen vorzunehmen. Im Geschäftsjahr erfolgten Abschreibungen auf den Wert-

papierbestand in Höhe von 7.441 T€ (Vorjahr 2.294 T€). Aus der erfolgsneutralen Bewertung zum Fair Value besteht zum Bilanzstichtag eine Neubewertungsrücklage in Höhe von 6,0 Mio. € (Vorjahr 11,9 Mio. €).

Bei den Angaben zum Finanzrisikomanagement und den Finanzinstrumenten erfolgen hierzu weitere Erläuterungen.

(18) At Equity bewertete Unternehmen

Bei dem nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen handelt es sich um die 44,11%-ige Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG.

Auf der Grundlage einer Werthaltigkeitsprüfung eines sogenannten Impairmenttests nach IAS 36 war eine Abschreibung in Höhe von 51 T€ (Vorjahr 0 T€) auf die nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligung vorzunehmen. Im Rahmen des Impairmenttests wurde der erzielbare Betrag auf Grundlage des Nutzungswerts bestimmt, dieser

beträgt 10.982 T€. Der Nutzungswert wurde als Barwert der erwarteten künftigen Cashflows berechnet. Für den zugrunde liegenden Zeitraum wurden die Laufzeiten der Mietverträge inklusive Mietverlängerungsoptionen angesetzt. Der Betrachtungszeitraum endet somit im Jahr 2059. Bei der Berechnung des Barwerts wurde ein Zinssatz von 6% verwendet, eine Extrapolation erfolgte wegen der Betrachtung des Gesamtzeitraumes nicht. Die wesentlichen Annahmen spiegeln die Erfahrungswerte des Managements wieder.

Der Anteil am Haftkapital der Gesellschaft beträgt wie im Vorjahr 5.000 T€, der Anteil an den Eventualverpflichtungen der Gesellschaft 2.048 T€ (Vorjahr 2.610 T€).

Die ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG hat sich im Rahmen ihrer Vermietungstätigkeit des Verwaltungs- und Werkstattgebäudes in Heilbronn per 31. Dezember 2011 wie folgt entwickelt (100%):

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Langfristiges Vermögen	26.314	27.062
Kurzfristiges Vermögen	1.053	1.887
Langfristige Schulden	6.395	6.568
Kurzfristige Schulden	375	1.364
Eigenkapital	20.597	21.017
Umsatzerlöse	3.079	2.904
Jahresergebnis (HGB)	928	1.019

(19) Übrige finanzielle Vermögenswerte

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Sonstige Beteiligungen	4.037	763
Forderungen an nahestehende Unternehmen	350	11.281
	4.387	12.044

Bei den sonstigen Beteiligungen im Strombereich, die zu Anschaffungskosten bewertet werden, handelt es sich überwiegend um die Beteiligung

an der Baltic Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG in Höhe von 3.384 T€ (Vorjahr 400 T€), an der der Konzern wie im Vorjahr mit 8,3% beteiligt ist.



(20) Steuererstattungsansprüche

Unter den Steuererstattungsansprüchen ist das abgezinste Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom

23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher

Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ausgewiesen. Das Körperschaftsteuerguthaben wird in zehn gleichen Jahresraten beginnend ab dem Jahr 2008 ausgezahlt.

(21) Vorratsvermögen

Das Vorratsvermögen umfasst Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 1.038 T€ (Vorjahr 969 T€), die zu Anschaffungskosten oder dem niedrige-

ren Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag bewertet sind. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Vorräte in Höhe von 11 T€ (Vorjahr 0 T€) vorge-

nommen. Von den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind am Bilanzstichtag 70 T€ zum Nettoveräußerungswert bilanziert.

(22) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

(alle Beträge in T€)

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

– an Dritte

– an nahestehende Unternehmen

2011

2010

16.594

15.488

1.733

656

18.327

16.144

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten abgegrenzte Forderungen in Höhe von 14,8 Mio. € (Vorjahr 14,9 Mio. €) aus noch nicht abgerechneten Strom- und Gasbezügen unserer Kunden. Dabei wurden erhaltene Abschlagszahlungen in Höhe von 37,2 Mio. € (Vorjahr 35,4 Mio. €) verrechnet.

Die grundsätzlich kurzfristig fälligen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind nicht verzinslich. Im Berichtsjahr sind Forderungsverluste in Höhe von 341 T€ (Vorjahr 258 T€) eingetreten.

Von den Forderungen per 31. Dezember 2011 waren Außenstände in Höhe

von 374 T€ (Vorjahr 296 T€) wertgemindert für die Einzelwertberichtigungen gebildet worden. Aufgrund der Vielzahl der Forderungen werden Wertberichtigungen über ein Sammelwertberichtigungskonto erfasst. Das Wertberichtigungskonto hat sich wie folgt entwickelt:

(alle Beträge in T€)

Einzelwertberichtigungen

Stand 01.01.

Auflösung

Zuweisung

Stand 31.12.

2011

2010

213

120

5

11

28

104

236

213



Zum Bilanzstichtag zeigt sich folgende Altersstruktur der nicht einzelwertberechtigten Forderungen:

(alle Beträge in T€)

	31.12.2011	31.12.2010
weder überfällig noch wertgemindert	17.854	15.905
30–60 Tage	136	67
60–90 Tage	184	37
90–120 Tage	18	30
> 120 Tage	135	105
Summe	18.327	16.144

(23) Wertpapiere

Bei den Wertpapieren innerhalb der kurzfristigen Vermögenswerte handelt es sich um als zur Veräußerung verfü-

bare Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die hierin enthaltenen festverzinslichen

Wertpapiere sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

(24) Sonstige finanzielle Vermögenswerte

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Darlehen an nahestehende Unternehmen	10.000	5.000
Festgeldanlagen	15.000	10.000
	25.000	15.000

Die Darlehen an nahestehende Unternehmen betreffen Ausleihungen an die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und werden marktüblich verzinst.

Festgeldanlagen bei Kreditinstituten mit einer Laufzeit von mehr als 3 Monaten werden als sonstige finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

(25) Sonstige Vermögenswerte

Die Position umfasst im Wesentlichen Abrechnungsansprüche, geleistete

Vorauszahlungen, Zinsabgrenzungen und Steuererstattungsansprüche.

(26) Zahlungsmittel

Die Guthaben bei Kreditinstituten werden mit variablen Zinssätzen für täglich verfügbare Guthaben verzinst. Die Anlagedauer für kurzfristige Einlagen beträgt zwischen einem Tag und mehre-

ren Monaten. Die Verzinsung der Tages- und Festgeldanlagen (ursprüngliche Anlagedauer unter 3 Monate) erfolgt mit dem jeweils gültigen Zinssatz für kurzfristige Einlagen.

Per 31. Dezember 2011 verfügt der Konzern über Kreditlinien in Höhe von 3,0 Mio. € (Vorjahr 3,0 Mio. €), die nicht in Anspruch genommen sind. Für deren Inanspruchnahme sind alle notwendigen Bedingungen erfüllt.

(27) Eigenkapital

Das **Grundkapital** der Gesellschaft beträgt unverändert 19.400.000 €. Es ist vollständig eingezahlt und in 3.778.000 Stück nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte, nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die mit ihr verbundenen Gesellschaften halten zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr 98,26 % des Grundkapitals der ZEAG Energie AG.

Für die Darstellung der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung nach IFRS/IAS wurden die Ansätze des Grundkapitals und der Kapitalrücklage aus dem Einzelabschluss der ZEAG Energie AG übernommen.

Die **Kapitalrücklage** enthält ausschließlich Agiobeträge aus Kapitalerhöhungen früherer Jahre.

Die **Gewinnrücklagen** enthalten die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht ausgeschüttet werden.

Im Jahresabschluss der ZEAG Energie AG per 31. Dezember 2011 wird ein Jahresüberschuss nach § 58 Abs. 2 AktG in Höhe von 13,6 Mio. € (Vorjahr 18,6 Mio. €) ausgewiesen. Nach Einstellung von 6,7 Mio. € (Vorjahr 9,3 Mio. €) in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich bei einem Gewinnvortrag von 0,5 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) ein

Bilanzgewinn in Höhe von 7,4 Mio. € (Vorjahr 10,2 Mio. €).

Die in der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesenen Ausschüttungen entsprechen 2,55 € (Vorjahr 2,55 €) je Stückaktie.

Unter den **kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen** nach IAS 39 werden die unrealisierten Gewinne und Verluste der als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifizierten Wertpapiere ausgewiesen. Sie zeigten im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Stand 01.01.	11.836	12.952
Abgang aufgrund von Verkäufen	-4.731	-8.882
Abgang für Wertminderungen	6.895	2.294
Zu-/Abgang aufgrund von Marktänderungen	-8.184	5.235
Latente Steuern (- Aufwand/+ Ertrag)	147	237
(davon aus Abgang)	(-17)	(-409)
Stand 31.12.	5.963	11.836

(28) Rückstellungen

(alle Beträge in T€)	Stand 01.01.2011	Zufüh- rungen	Auf- lösungen	Über- tragungen	Auf- zinsungen	Inanspruch- nahmen	Stand 31.12.2011
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	27.983	467	–	–15	1.548	1.681	28.302
Steuerrückstellungen	2.432	983	192	–	–	2.144	1.079
Personalarückstellungen	560	566	–	–	28	225	929
Sonstige Rückstellungen	8.860	660	1.314	–	52	2.424	5.834
	39.835	2.676	1.506	–15	1.628	6.474	36.144
davon langfristig	33.019						32.664
davon kurzfristig	6.816						3.480

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses gewährt der Konzern dem Vorstand und der Mehrzahl der Belegschaft aufgrund einzelvertraglicher oder betrieblicher Regelungen Ruhegelder und andere Leistungen. Für die sich aus den gegenüber den berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeitern sowie deren Hinterbliebenen gegebenen Versorgungszusagen ergebenden Verpflichtungen werden

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebildet. Die Übertragungen betreffen im Saldo Rückstellungen zu Gunsten von Mitarbeitern, die in andere EnBW-Gesellschaften gewechselt sind.

Die zugesagten Versorgungsleistungen sind von der Höhe der Vergütung der Mitarbeiter und der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig.

Die Verpflichtungen werden gemäß IAS 19 mit dem nach versicherungsmathematischen Methoden berechneten Barwert, der nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt wurde, angesetzt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sind bei der Bemessung der Rückstellung berücksichtigt. Folgende Parameter liegen der Berechnung zugrunde:

	2011	2010
Diskontierungszins	5,25%	5,25%
Zukünftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	0%–2,5%	3,0%
Zukünftig erwartete Rentensteigerung	1%–2,5%	2,0%

Die Berechnungen basieren auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen unterteilt sich wie folgt:

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Aufwand für im Berichtsjahr erdiente Versorgungsansprüche	440	430
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	28	19
	468	449
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	1.548	1.560
	2.016	2.009

Der Aufwand für im Berichtsjahr erdiente Versorgungsansprüche und für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste wurde im Personalauf-

wand erfasst. Die Zinsaufwendungen für bereits erworbene Versorgungsansprüche sind in den Finanzaufwendungen ausgewiesen.

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen leitet sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt über:

Anwartschaftsbarwert (alle Beträge in T€)	2011	2010
Versorgungsverpflichtung zu Jahresbeginn	30.335	27.933
Laufender Dienstzeitaufwand	440	430
Aufzinsung der in Vorjahren erworbenen Ansprüche	1.548	1.559
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)	-151	2.010
Übertragungen von Versorgungsverpflichtungen	-14	39
Gezahlte Versorgungsleistungen	-1.681	-1.636
Versorgungsverpflichtung zum Jahresende	30.477	30.335
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-2.175	-2.352
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28.302	27.983

Die Versorgungsverpflichtungen sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen entwickelten sich wie folgt:

(alle Beträge in T€)	2011	2010	2009	2008	2007
Versorgungsverpflichtungen	30.477	30.335	27.933	26.778	29.060
Erfahrungsbedingte Anpassungen in Bezug auf die Pensionsverpflichtungen	232	-42	305	140	572

Die Restlaufzeit der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beträgt durchschnittlich mehr als 10 Jahre.

teilzeittarif der Elektrizitätswirtschaft und andere arbeits- und sozialrechtliche Verpflichtungen ausgewiesen.

nahmen im stillgelegten Steinbruch Lauffen a. N. enthalten.

In den Steuerrückstellungen sind 1.071 T€ (Vorjahr 2.405 T€) Rückstellungen für Ertragsteuern enthalten.

In den **sonstigen Rückstellungen** sind Rückstellungen für Erneuerungsverpflichtungen der von uns genutzten Wasserkraftwerke sowie Rückstellungen von Kosten für zu erwartende Umweltschutzmaß-

Die Bewertung der Rückstellungen für Erneuerungsverpflichtungen erfolgt nach branchenüblichen Erfahrungswerten, die spezifischen Unsicherheitsfaktoren unterworfen sind.

Unter den **Personalarückstellungen** sind Verpflichtungen aus dem Alters-

(29) Sonstige Verbindlichkeiten

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	755	761
Sonstige Schulden	54	102
	809	863

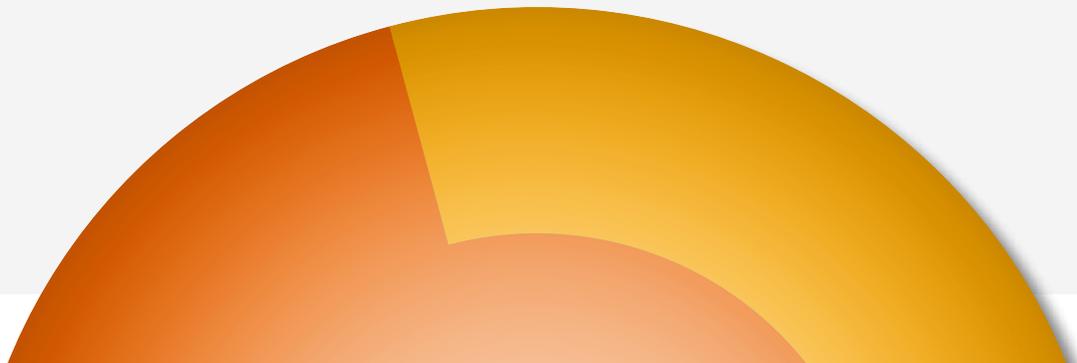
In den Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen sind die langfristigen Verpflichtungen aus Leasingverpflichtungen gegenüber der Neckar AG ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Vereinbarungen zur Nutzung eines Wasserkraftwerks, die nach den Bestimmungen des IFRIC 4 als eingebettetes Leasingverhältnis zu werten und zu bilanzieren sind.

Mit diesem Vertrag (Laufzeit bis 31. Dezember 2050) hat sich die Neckar AG verpflichtet, den in diesem Kraftwerk erzeugten Strom an die ZEAG zu liefern. Die ZEAG trägt neben den vereinbarten laufenden Entgelten auch etwa anfallende Aufwendungen für die Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen des Kraftwerks.

Am Bilanzstichtag stehen ausstehenden Leasingzahlungen in Höhe von 1.914 T€ (Vorjahr 1.963 T€), die mit einem Barwert (Zinssatz wie im Vorjahr 5,5%) von insgesamt 803 T€ (Vorjahr 809 T€) bewertet sind, einem aktivierten Nutzungsrecht mit einem Buchwert von 828 T€ (Vorjahr 854 T€) gegenüber, welches unter den Strombezugs- und sonstigen Nutzungsrechten ausgewiesen ist.

(alle Beträge in T€)	Ausstehende Leasingraten		Barwert der Leasingzahlungen	
	2011	2010	2011	2010
davon fällig				
innerhalb eines Jahres	49	49	48	48
zwischen einem und fünf Jahren	196	196	168	168
länger als fünf Jahre	1.669	1.718	587	593
	1.914	1.963	803	809
Abzinsung	1.111	1.154		

Im Berichtsjahr wurden bedingte Leasingzahlungen in Höhe von 248 T€ (Vorjahr 233 T€) erfolgswirksam verrechnet.



(30) Latente Steuerschulden

(alle Beträge in T€)	31.12.2011		31.12.2010	
	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer
Immaterielle Vermögenswerte	2.787	–	3.045	–
Sachanlagen	–	16.053	–	15.784
Finanzielle Vermögenswerte	1.076	2.846	788	3.097
Vorräte	–	–	0	0
Forderungen und sonstige finanzielle Vermögenswerte	85	59	29	823
Wertpapiere	–	–	–	–
Rückstellungen	3.917	1.542	3.862	1.228
Verbindlichkeiten	3.767	93	3.655	65
Bilanzausweis nach Saldierung	11.632	20.593	11.379	20.997
		8.961		9.618

Für die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten und erfolgsneutral mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapiere wurden latente Steueransprüche in Höhe von 487 T€ (Vorjahr 368 T€) sowie latente Steuerschulden von 384 T€ (Vorjahr 412 T€) erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine latenten Ertragsteuern für Steuern aus nicht abgeführten Gewinnen der Gasversorgung Unterland GmbH zurückzustellen. Zur teilweisen Finanzierung der anstehenden Investitionen in die Erweiterung und den Ausbau der Netze erfolgen, wie im

Konzern festgelegt, gegenwärtig keine Gewinnausschüttungen.

Der Gesamtbetrag der nicht passivierten temporären Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen beträgt 7.291 T€ (Vorjahr 6.220 T€).

(31) Rechnungsabgrenzungsposten

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Baukostenzuschüsse	24.268	24.271
Im Voraus erhaltener Erbbauzins	12.645	12.852
	36.913	37.123
davon langfristig	35.561	35.796
davon kurzfristig	1.352	1.327

Für die im Eigentum des Konzerns befindlichen Vermögensgegenstände des Strom- und Gasbereiches wurden Bau-

kostenzuschüsse vereinnahmt, die in Höhe von 24.268 T€ (Vorjahr 24.271 T€) passiviert wurden.

Ein im Voraus erhaltener Erbbauzins wird auf die Restlaufzeit des Erbbaurechts von 62 Jahren, in gleichen Jahresbeträgen von 207 T€ (Vorjahr 207 T€) verteilt.

(32) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Schulden

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.237	7.477
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	8.944	8.110
Sonstige Schulden	3.728	4.022
	21.909	19.609

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind nicht verzinslich, in der Regel kurzfristig und innerhalb von 30 Tagen fällig.

In den Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen sind

Salden aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit den Gesellschaften des EnBW-Konzerns sowie der kurzfristige Anteil der Leasingverpflichtung gegenüber der Neckar AG (Tz 29) über 48 T€ (Vorjahr 48 T€). Den Transaktionen lagen bei Vertragsabschluss

jeweils marktübliche Konditionen zugrunde.

Die sonstigen Schulden sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahres fällig.

(33) Erläuterungen zur Konzernkapitalflussrechnung

Die Konzernkapitalflussrechnung stellt dar, wie sich der Finanzmittelbestand der ZEAG im Laufe der Berichtsperiode durch Mittelzu- und Mittelabflüsse verändert hat. Der Mittelzufluss wird ausgehend vom Gewinn vor Steuern (EBT) indirekt abgeleitet. Bereinigt um nicht ausgabewirksame Posten der im Investitions- bzw. Finanzierungsbereich auszuweisenden Posten des

Finanzergebnisses und der Mittelbindung der betrieblichen Vermögenswerte und Schulden, ergibt sich der operative Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit.

Aus den Mittelab- und Mittelzuflüssen des Investitionsbereichs einschließlich der zahlungswirksamen Posten des Finanzergebnisses wird der Cashflow

aus Investitionstätigkeit abgeleitet. Die Mittelzu- und -abflüsse aus dem Finanzierungsbereich werden im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

Die Summe der Cashflows gibt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands wieder.

Finanzrisikomanagement und Finanzinstrumente

Die ZEAG verfügt über unterschiedlichste finanzielle Vermögenswerte wie Darlehensforderungen, Wertpapiere, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Zahlungsmittel und sonstige kurzfristige Einlagen, die unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultieren.

Die wesentlichen im ZEAG-Konzern befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten sind Schulden aus Lieferungen und Leistungen und Schulden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen. Die finanziellen Verbindlichkeiten dienen der Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Konzerns.

Die wesentlichen Risiken der Finanzinstrumente umfassen zinsbedingte Cashflowrisiken, Preis- sowie Kredit- und Liquiditätsrisiken.

Strategien und Verfahren zur Steuerung einzelner Risikoarten, die durch die Unternehmensleitung beschlossen wurden, werden wie folgt aufgeführt:

Zinsrisiko

Ausleihungen oder Finanzanlagen werden im Regelfall nur mit festen Zinssätzen vereinbart. Aus schwankenden Marktzinssätzen besteht daher für den Konzern kein Risiko.

Sonstige Preisrisiken

Der Konzern ist aufgrund der schwankenden Börsenkurse dem Risiko von Wertschwankungen, der im Besitz des

Konzerns befindlichen Aktien, festverzinslichen Wertpapieren und Anteilen an Publikumsfonds ausgesetzt.

Es handelt sich hierbei überwiegend um Wertpapiere in Euro und Emittenten mit Sitz innerhalb der Europäischen Union. Die Börsenkurse für festverzinsliche Wertpapiere werden hierbei unmittelbar von Schwankungen der Marktzinssätze beeinflusst.

Auf der Grundlage der jeweils gültigen Treasury-Richtlinie werden Anlageentscheidungen für den ZEAG-Konzern getroffen. Ziel der Richtlinie ist es, das Unternehmen gegen finanzielle Risiken abzusichern und das Finanzergebnis zu optimieren.

Aufgrund der volatilen Marktsituation und dem ungünstigen Kosten-/Nutzenverhältnis wird auf eine Absicherung der direkt gehaltenen Wertpapiere (Aktien) wie auch schon im Vorjahr verzichtet.

Das Assetmanagement des Spezialfonds sichert im Rahmen der gültigen Anlagerichtlinien den Wertpapierbestand auf der Grundlage eines Return-on-Investment-Ansatzes ab. Es wird konform zu den Richtlinien kein Handel mit diesen Derivaten betrieben.

Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse werden Wertänderungen bei inländischen Aktien, bei Anteilen an Publi-

kumsfonds und Genussscheinen unter der Prämisse von 15 %-igen Kurschwankungen (Vorjahr 15 %) und bei festverzinslichen Wertpapieren unter der Prämisse einer Änderung des inländischen Zinsniveaus um 1 % ermittelt.

Unter dem gegebenen Risikoszenario würde sich das Ergebnis und damit auch das Eigenkapital um 10,5 Mio. € erhöhen bzw. vermindern (Vorjahr 11,3 Mio. €). Von der hypothetischen Veränderung des Eigenkapitals entfallen 6,8 Mio. € (Vorjahr 8,9 Mio. €) auf Aktien und 3,7 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €) auf festverzinsliche und andere Wertpapiere.

Kreditrisiko

Aufgrund der Vorschriften der Grundversorgungsverordnung ist die ZEAG verpflichtet, jedermann im Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie bzw. Erdgas zu versorgen.

Erfolgt die Versorgung außerhalb der Bestimmungen zur Grundversorgung, wird der Kunde einer Bonitätsprüfung unterzogen. Bei Zweifeln an der Bonität erfolgt die Energielieferung nach Leistung einer Vorauszahlung.

Eine laufende Überwachung der Forderungsbestände soll das Kreditrisiko senken, damit der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Die Anlageentscheidungen bei den sonstigen finanziellen Vermögenswerten wie Zahlungsmitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und Ausleihungen erfolgen nach der Treasury-Richtlinie der Gesellschaft.

Bei den Ausleihungen an nahestehende Unternehmen besteht hinsichtlich des Umfangs gegenüber nur einem Vertragspartner eine Risikokonzentration. Im Berichtsjahr reduzierten sich die Ausleihungen an nahestehende Unternehmen von 16,2 Mio. € im Vorjahr auf 10,3 Mio. €.

Ausfallrisiko

Das Gesamtvolumen der Finanzinstrumente in Höhe von 181,3 Mio. € (Vorjahr 197,7 Mio. €) entspricht dem

maximalen Ausfallrisiko der Finanzinstrumente, da keine Absicherungen der Finanzinstrumente bestehen.

Um die Ausfallrisiken zu minimieren, wurden Wertberichtigungen für Ausfallrisiken in Höhe von 236 T€ (Vorjahr 213 T€) vorgenommen. Konkrete Anhaltspunkte für mögliche sonstige Ausfälle liegen nicht vor.

Das Forderungsportfolio ist branchenbedingt breit gestreut, so dass keine weiteren Risikokonzentrationen bestehen. Das Risiko von Forderungsausfällen ist deshalb begrenzt.

Liquiditätsrisiko

Mittels einer kurz- und mittelfristigen Planung überwacht der Konzern

laufend das Risiko eines Liquiditätsengpasses. Laufzeiten der Finanzinvestitionen und der finanziellen Vermögenswerte sowie der erwartete Cashflow aus der Geschäftstätigkeit werden dabei berücksichtigt.

Mit Hilfe von Umschichtungen der finanziellen Vermögenswerte verfolgt der Konzern das Ziel, den Finanzmittelbedarf aus dem eigenen Bestand zu decken. Durch die kurzfristige Nutzung von Kontokorrentkrediten wird die Flexibilität sichergestellt.

Die Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der vertraglichen, nicht abgezinsten Zahlungen entwickelten sich wie folgt:

(alle Beträge in T€)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Sonstige Schulden
31.12.2011			
bis 3 Monate	9.223	8.896	2.848
3–12 Monate	14	49*	868
1–5 Jahre	–	196*	66
über 5 Jahre	–	1.669*	–
Summe	9.237	10.810	3.782
31.12.2010			
bis 3 Monate	7.459	8.062	2.284
3–12 Monate	17	49*	1.739
1–5 Jahre	14	196*	88
über 5 Jahre	–	1.718*	–
Summe	7.490	10.025	4.111

* Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasing (Tz 29)

Kapitalsteuerung

Das Ziel der Kapitalsteuerung ist, durch eine hohe Eigenkapitalquote die Geschäftstätigkeit zu unterstützen, um damit die Ertragskraft des Konzerns zu stärken.

Die Kapitalstruktur wird durch Anpassungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesteuert. Der Konzern kann Dividendenzahlungen an die Anteilseigner verändern, Kapitalrückzahlungen an

die Anteilseigner vornehmen oder neue Aktien ausgeben, um die Kapitalstruktur den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Im Vergleich zum Vorjahr erfolgten keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren.

Mithilfe des Kapitaldeckungsgrades, der dem Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich der langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmittel zum langfristig gebundenen Vermögen

entspricht, überwacht der Konzern seine Kapitalausstattung.

Ziel ist es, das langfristig gebundene Vermögen zu mindestens 100 % durch langfristiges Kapital zu decken. Aufgrund der überproportionalen Änderung der Fristigkeiten bei den langfristigen Vermögenswerten hat sich der Kapitaldeckungsgrad von 112,6 % im Vorjahr auf 120,6 % erhöht.

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Langfristige Vermögenswerte	253.972	283.558
Eigenkapital	228.216	239.984
Langfristige Fremdmittel	77.995	79.296
Langfristiges Kapital	306.211	319.280
Kapitaldeckungsgrad	120,6%	112,6%

Finanzinstrumente

Bei den Finanzinstrumenten handelt es sich nach IAS 39 um Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führen.

Die **originären Finanzinstrumente** auf der Aktivseite sind Wertpapiere,

sonstige finanzielle Vermögenswerte, Forderungen sowie Zahlungsmittel und kurzfristige Einlagen. Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten die originären Finanzinstrumente dar.

Die kurzfristigen Forderungen und finanziellen Verbindlichkeiten entsprechen mit den fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nennwert bzw. dem Erfüllungsbetrag.

Die originären Finanzinstrumente werden grundsätzlich zum Erfüllungstag bilanziert. Die Ausbuchung erfolgt nach Bezahlung bzw. Verkauf zum Erfüllungstag. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht, wenn mit einer Erfüllung nicht mehr zu rechnen ist. Verbindlichkeiten werden ausgebucht, sofern der Grund für die Bildung der Verbindlichkeit weggefallen ist.

Die Finanzinstrumente der Aktiva entwickelten sich zum 31. Dezember 2011 bzw. 2010 wie folgt:

(alle Beträge in T€)	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien			Buchwert
		IAS 17	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	
Aktiva per 31.12.2011					
Wertpapiere	105.996	–	105.996	–	105.996
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	29.388	–	–	29.387	29.387
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.327	–	–	18.327	18.327
Sonstige Vermögenswerte	6.378	–	–	6.378	6.378
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	21.214	–	–	21.214	21.214
	181.303	–	105.996	75.306	181.302
Aktiva per 31.12.2010					
Wertpapiere	125.154	–	125.154	–	125.154
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	27.060	–	–	27.044	27.044
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.144	–	–	16.144	16.144
Sonstige Vermögenswerte	5.574	–	–	5.574	5.574
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	23.750	–	–	23.750	23.750
	197.682	–	125.154	72.512	197.666

In den langfristigen Wertpapieren in Höhe von 98,9 Mio. € (Vorjahr 123,1 Mio. €) sind börsennotierte Aktien, Rentenfonds und Anteile an Publikumsfonds in Höhe von 45,9 Mio. € (Vorjahr 60,2 Mio. €) enthalten, die Markt- und Preisrisiken unterliegen.

Die festverzinslichen Wertpapiere, die unter der gleichen Position ausgewiesen sind, entsprechen dem Nennwert von 53,0 Mio. € (Vorjahr 62,5 Mio. €) und unterliegen einem marktzensabhängigen Risiko.

Wertpapiere mit einem Buchwert von 25,4 Mio. € (Vorjahr 27,1 Mio. €)

haben eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Der Bilanzwert entspricht dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere und beruht auf den veröffentlichten Marktpreisen am Bilanzstichtag.

Bei festverzinslichen Finanzinstrumenten wird über die gesamte Laufzeit ein Marktzinssatz vereinbart. Das Risiko bei Änderungen der Marktzinsen besteht darin, dass sich der beizulegende Zeitwert des Finanzinstrumentes

verändert (zinsbedingtes Kursrisiko). Der Zeitwert ermittelt sich aus dem Barwert der künftigen Zahlungen (Zinsen und Rückzahlungsbetrag). Die Zahlungen werden mit dem am Bilanzstichtag für die Restlaufzeit er-

mittelten Marktzinssatz abgezinst. Ein Gewinn oder Verlust aus dem zinsbedingten Risiko tritt nur ein, wenn das festverzinsliche Finanzinstrument vor Ende der Laufzeit veräußert wird.

Folgende zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende Finanzinstrumente sind zum 31. Dezember 2011 im Bestand:

(alle Beträge in T€)	Hierarchie			Buchwert	Buchwert Vorjahr
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte					
Aktien	30.183	–	–	30.183	47.493
Anteile an Publikumsfonds	15.752	–	–	15.752	11.716
Genussscheine	–	–	–	–	990
Festverzinsliche Wertpapiere	60.061	–	–	60.061	64.955
	105.996	–	–	105.996	125.154

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten erfolgt aufgrund folgender Bewertungshierarchie:

In der Stufe 1 erfolgt die Bewertung aufgrund notierter Preise für gleichartige Vermögenswerte auf aktiven Märkten.

Eine Bewertung, bei der sich die verwendeten beobachtbaren direkten oder indirekten Input-Parameter wesentlich auf den Zeitwert auswirken, ist der Stufe 2 zugeordnet.

Bei dem Bewertungsverfahren der Stufe 3 werden Input-Parameter verwendet, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

In den kurzfristigen sonstigen finanziellen Vermögenswerten ist eine verzinsliche Ausleihung über 10.000 T€ an die EnBW Energie Baden-Württemberg AG enthalten, die entsprechend der Marktsituation bei Vertragsabschluss mit 1,47 % verzinst wird. Das Darlehen wird 2012 zur Rückzahlung fällig.

Ferner wird einer EnBW-Konzerngesellschaft ein unverzinsliches Darlehen mit einem Buchwert in Höhe von 350 T€ (Vorjahr 1.281 T€) gewährt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen, da sie meist kurzfristig fällig sind, dem am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert.

Da der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente auf der Passivseite keinem langfristigen Zinsänderungsrisiko unterliegt, entspricht dieser dem Buchwert.

Die Finanzinstrumente auf der Passivseite haben sich wie folgt entwickelt:

(alle Beträge in T€)	Buchwerte nach Bewertungskategorien				
	Beizulegender Zeitwert	IAS 17	Zu Handels- zwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Buchwert
Passiva per 31.12.2011					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.133	–	–	18.133	18.133
Sonstige Verbindlichkeiten	4.585	803*	–	3.782	4.585
	22.718	803	–	21.915	22.718
Passiva per 31.12.2010					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.539	–	–	15.539	15.539
Sonstige Verbindlichkeiten	4.933	809*	–	4.124	4.933
	20.472	809	–	19.663	20.472

* aus Finanzierungsleasing

Der beizulegende Zeitwert für kurzfristige Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert. Bei den langfristigen Verbindlichkeiten ergibt sich der Marktwert durch die Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows. Durch die Abzinsung der zu leistenden Zahlun-

gen wird der Zeitwert der Leasingverbindlichkeiten ermittelt.

Die aktiven Finanzinstrumente dienen der Abdeckung langfristiger Verpflichtungen und teilweise auch der Abdeckung des laufenden Geschäfts.

Die Wertpapiere des Spezialfonds werden in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen. Der Wertpapierspezialfonds erwirtschaftete laufende Erträge in Höhe von 2.125 T€ (Vorjahr 1.759 T€).

Die Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien sind nachfolgend dargestellt:

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.842	8.553
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	-2.362	-1.181
Kredite und Forderungen	-737	1.438
	-1.257	8.810

Die Nettogewinne der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ beinhalten neben Wertberichtigungen auch realisierte Verluste bzw. Erträge aus deren Abgang.

Die Nettoverluste (-gewinne) aus den „zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten“ betreffen unterjährige Kontrakte. Zum Bilanzstichtag befanden sich keine Vermögenswerte, die zu Handelszwecken gehalten werden, im Bestand.

Verluste der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ resultieren aus Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen.

Aufgrund dauerhafter Wertminderungen der Wertpapiere waren erfolgswirksame Wertberichtigungen in Höhe von 7.441 T€ (Vorjahr 2.294 T€) vorzunehmen.

Im Berichtsjahr wurden aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren Dividenden in Höhe von 1.481 T€ (Vorjahr 1.710 T€) vereinnahmt.

Die bestehenden Energielieferungsverträge fallen nicht in den Anwendungsbereich des IAS 39 für Derivate (Own Use Exemption). Sie werden ausschließlich zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung auf der Grundlage des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- und

Nutzungsbedarfs der Unternehmen abgeschlossen. Somit liegen die einschränkenden Voraussetzungen des IAS 39.6 nicht vor.

In den Stromlieferungsverträgen sind teilweise Preisgleitklauseln in Abhängigkeit von Energiepreisindizes vereinbart.

Da die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken der eingebetteten Derivate eng mit denen des Basisvertrages verbunden sind, erfolgt gemäß IAS 39.11 keine getrennte Bilanzierung als Derivat.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb einer virtuellen Kraftwerksscheibe bestehen Vereinbarungen, die in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen.



Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten

Aus Leasing- und Mietverträgen für EDV-Anlagen, Anlagen in fremden Gebäuden und angemieteten Büro- und Werkstatträumen mit einer Laufzeit bis

2029 sowie eingeräumten Grunddienstbarkeiten bestehen folgende Zahlungsverpflichtungen:

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Innerhalb eines Jahres	1.780	1.793
Zwischen einem und fünf Jahren	4.122	3.487
Über fünf Jahre	11.092	11.766

Im Zusammenhang mit den angemieteten Büroräumen bestehen Mietverlängerungsoptionen bis zum Jahr 2059. Es wurden im Berichtsjahr Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 1.677 T€ (Vorjahr 1.681 T€) geleistet. Für bereits bestellte, aber noch nicht gelieferte Sachanlagen besteht zum Bilanzstichtag ein Bestellobligo über 3,1 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €).

Aus Vereinbarungen zum Erwerb einer virtuellen Kraftwerksscheibe (Stromlieferverträge, die in ihren Bezugskonditionen die tatsächliche Kostenentwicklung von einem Kohlekraftwerk abbildet) bestehen Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 4,8 Mio. € (2012), welches ein aktivierbares Recht darstellt.

Eventuelle Ansprüche aus am Bilanzstichtag schwebenden Rechtsstreitigkeiten gegen Konzernunternehmen sind im vorliegenden Abschluss – soweit erforderlich – durch Bildung entsprechender Rückstellungen berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit Teilbetriebsübergängen bestehen im Falle von betriebsbedingten Kündigungen und/oder Überfremdung der betreffenden Gesellschaft – befristet bis 31. Dezember 2013 – Eventualverbindlichkeiten aus personalwirtschaftlichen Verpflichtungen bis zur Höhe von 2,2 Mio. €. Nach derzeitiger Einschätzung ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen, da eine Überfremdung der betreffenden Gesellschaft in der Verpflichtungsperiode nicht absehbar ist.

Daneben bestehen Risiken aufgrund von Abweichungen zwischen Bilanzkreisabrechnungen und dem tatsächlichen Verbrauch unserer Kunden sowie aus möglichen Steuernachzahlungen nach steuerlichen Außenprüfungen.

Im Falle von nuklearen Schäden bestehen Risiken aus Vereinbarungen zum Strombezug aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim. Diese resultieren aus einer möglichen Inanspruchnahme im Rahmen der von den Betreibern der Kernkraftwerke zu erfüllenden Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz. Eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen ist nicht möglich.

Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

In diesen Konzernabschluss sind die Jahresabschlüsse der ZEAG Energie AG, der Gasversorgung Unterland GmbH,

der NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH und der ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH einbezogen. An den einbezogenen Tochtergesellschaften hält die ZEAG Energie AG jeweils 100 % der Geschäftsanteile.

Die Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG ist mit einem Buchwert von 10.982 T€ (Vorjahr 11.668 T€) at Equity konsolidiert.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird die 2011 neu gegründete ZEAG Erneuerbare Energien GmbH, Heilbronn, nach IAS 39 bilanziert und nicht konsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, ist dem Konzern

übergeordnet. In deren Konzernabschluss werden die nach IFRS aufgestellten Jahresabschlüsse der ZEAG Energie AG und der NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH sowie der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG einbezogen. Direkte Muttergesellschaft ist die EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart.

In der folgenden Tabelle werden die Transaktionen zwischen dem Konzern und den nahestehenden Unternehmen des EnBW-Konzerns sowie deren Auswirkung auf den Konzernabschluss dargestellt:

(alle Beträge in T€)	2011	2010	wesentliche zugrunde liegende Geschäfte
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	22.694	16.672	Strom- und Gaslieferungen
davon mit Schwestergesellschaften	22.694	16.672	
davon mit at Equity-Beteiligung	464	266	
Sonstige betriebliche Erträge	4.289	4.609	Dienstleistungen
davon mit Schwestergesellschaften	4.289	4.609	
davon mit at Equity-Beteiligung	673	586	
Materialaufwand	89.022	74.521	Stromlieferungen
davon mit Schwestergesellschaften	89.022	74.521	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.899	3.449	Dienstleistungen, Mieten
davon mit Mutterunternehmen	11	42	
davon mit Schwestergesellschaften	2.888	3.407	
davon mit at Equity-Beteiligung	1.441	1.486	
Finanzergebnis	-786	815	Darlehensgewährungen
davon mit Mutterunternehmen	187	403	
davon mit Schwestergesellschaften	-973	412	
Bilanz			
Lang- und kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	10.350	16.281	Darlehen
davon mit Mutterunternehmen	10.000	15.000	
davon mit Schwestergesellschaften	350	1.281	
Sonstige Vermögenswerte	1.868	1.170	Lieferungen und Leistungen
davon mit Mutterunternehmen	124	298	
davon mit Schwestergesellschaften	1.744	872	
davon mit at Equity-Beteiligung	-	35	
Rückstellungen	4.752	5.185	Stromlieferungen
davon mit Schwestergesellschaften	4.752	5.185	
Sonstige Verbindlichkeiten	803	810	Leasingverhältnis
davon mit Schwestergesellschaften	803	810	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.888	8.062	Lieferungen und Leistungen
davon mit Schwestergesellschaften	8.888	8.062	

Den Transaktionen liegen bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern übliche Konditionen zugrunde. Die Forderungen und Verbindlichkeiten zum Geschäftsjahresende sind nicht besichert. Die Salden aus dem gegenseitigen Liefer- und Leistungsverkehr werden nicht verzinst.

Darlehen werden mit dem bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern üblichen Zinssätzen verzinst. Als Äquivalent für die Gewährung eines Strombezugsrechts wurde einem Vertragspartner ein unverzinsliches Darlehen gewährt.

Für Forderungen oder Schulden gegen nahestehende Unternehmen bestehen keine Garantien.

Sämtliche Forderungen oder Verbindlichkeiten werden durch Geldleistungen beglichen. Wertberichtigungen auf diese Forderungen waren wie im Vorjahr nicht erforderlich.

Darüber hinaus besteht eine Verbindlichkeit aus ausstehenden Leasingraten, die mit dem Barwert angesetzt ist. Diese betrifft eine Vereinbarung über Stromlieferungen aus dem Wasserkraftwerk Heilbronn-Horkheim,

welche nach IFRIC 4 als Finanzierungsleasing zu qualifizieren ist.

Mit nahestehenden Personen wurden keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

Die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der früheren Vorstandsmitglieder sind im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Die Bezüge des Vorstands gliedern sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt:

2011 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
Kai Fischer	116	5	18	139
Eckard Veil	160	7	49	216
	276	12	67	355

* Rückstellung per 31.12.2011

Im Vorjahr gliederten sich die Gesamtbezüge des Vorstands gemäß nachfolgender Tabelle:

2010 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung	Gesamt
Kai Fischer	203	5	30	238

Von den im Geschäftsjahr 2011 gewährten Bezügen entfallen 12 T€ (Vorjahr 0 T€) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung für diesen Personenkreis beträgt im Geschäftsjahr 24 T€ (Vorjahr 109 T€) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Die Pensionsverpflichtung (Defined Benefit Obligation) für den Vorstand belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 95 T€ (2010 522 T€; 2009 413 T€).

Im Geschäftsjahr 2011 wurden an ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene Ruhegeldzahlungen in Höhe von 374 T€ (Vorjahr 369 T€) geleistet. Gegenüber den früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) in Höhe von 4.926 T€ (Vorjahr 4.794 T€).

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht als Bestandteil des Corporate Governance Berichts im Abschnitt „Vergütung des Aufsichtsrats“ dargestellt.

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns zustimmt, ergeben sich Vergütungen an den Aufsichtsrat in Höhe von 113 T€ (Vorjahr 113 T€).

Leistungen an ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats werden nicht gewährt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden wie im Vorjahr keine Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Konzessionen

Für die Strom- und Gasversorgung bestehen Konzessionsverträge mit verschiedenen Städten und Gemeinden. Zwischen den Gesellschaften des Konzerns und den Gemeinden sind Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich geschlossen, deren Restlaufzeiten zwischen zwei und dreizehn Jahren betragen.

Für den Anschluss an die Versorgungsnetze bestehen gesetzliche Regelungen. Der Konzessionsnehmer ist nach den Regelungen dieser Verträge

verpflichtet, die zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen herzustellen und zu unterhalten.

Für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für die Versorgungsanlagen ist eine Konzessionsabgabe an die Kommune zu entrichten.

Nach Beendigung eines Konzessionsvertrages sind die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Entschädigung an die Gemeinde bzw. den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- bzw. abzugeben.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben könnten, sind nicht eingetreten.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 wurde vom Vorstand am 21. Februar 2012 zur Veröffentlichung freigegeben.

Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Für die Dienstleistungen des Abschlussprüfers, KPMG AG Wirtschafts-

prüfungsgesellschaft, Berlin, wurden mit den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften folgende Honorare vereinbart bzw. abgerechnet:

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
Abschlussprüfung	76	77
	76	77

Erklärung nach § 161 AktG

Der Kommunikation mit den Aktionären, den Investoren und der Öffentlichkeit liegt der Deutsche Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen Fassung zugrunde.

Die Entsprechenserklärung wurde von Vorstand und Aufsichtsrat abgegeben und entsprechend § 161 Abs. 2 AktG im Internet auf der ZEAG-Homepage unter der Adresse www.zeag-energie.de unter der Rubrik „Investor Relations“ öffentlich zugänglich gemacht.

Heilbronn, 21. Februar 2012

ZEAG Energie AG

Der Vorstand

Erklärung des gesetzlichen Vertreters

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermit-

telt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Heilbronn, 21. Februar 2012

ZEAG Energie AG

Der Vorstand

Eckard Veil



A hand in a dark suit jacket points upwards towards a large white wind turbine. The background is a clear blue sky with a blue horizon line at the bottom. A green rectangular box is positioned in the upper right quadrant, containing text.

Aktuelle Technologien

Bei unserer Energieerzeugung ist uns ein ausgewogener und ökologisch sinnvoller Mix wichtig. Wir erweitern konsequent unsere Erzeugung aus regenerativen Energiequellen.

Sonstige Angaben

Mandate von Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Dr. Thomas Gößmann

(bis 02.03.2012)

Mitglied des Vorstands
der EnBW Regional AG
Vorsitzender

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- EnBW Transportnetze AG
- e.wa riss GmbH & Co. KG
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH
- Stadtwerke Sindelfingen GmbH

Walter Böhmerle

Mitglied des Vorstands
der EnBW Regional AG

1. stellv. Vorsitzender

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- Verwaltungsrat BKK VerbundPlus
- Elektrizitätswerk Mittelbaden
AG & Co. KG
- Verwaltungsrat EnBW Akademie
Gesellschaft für Personal- und
Managemententwicklung mbH
- EnBW Technische Dienste und
kaufmännische Leistungen GmbH
- Esslinger Wohnungsbau GmbH
- Gasversorgung Sachsenheim
GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Stadtwerke Nürtingen GmbH
- Thermogas Gas- und Geräte-
vertriebs GmbH

Helmut Engelhardt

Elektromeister ¹⁾

2. stellv. Vorsitzender

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- EnBW Regional AG (bis 23.03.2011)

Tomislav Boras

Elektromeister ¹⁾²⁾

Klaus Brändle

Leiter kaufm. Angelegenheiten
der EnBW Regional AG

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- Elektrizitätswerk Aach GmbH ³⁾
- Elektrizitätswerk Weißenhorn AG ³⁾
- e.wa riss GmbH & Co. KG
- Holzheizkraftwerk Scharnhauser
Park GmbH & Co. KG
- Stadtwerke Esslingen am Neckar
GmbH & Co. KG

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister
der Stadt Heilbronn

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- EnBW Regional AG
- Verwaltungsrat Kreissparkasse
Heilbronn ⁴⁾
- Landesbank Baden-Württemberg
- Regionale Gesundheitsholding
Heilbronn-Franken GmbH ³⁾
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH ³⁾
- Stadtsiedlung Heilbronn GmbH ³⁾
- Südsalz GmbH ³⁾
- Südwestdeutsche Salzwerke AG ⁴⁾
- WGV Holding AG
- WGV Schwäbische Lebens-
versicherung AG
- Württembergische Gemeinde-
Versicherung a. G. ⁵⁾

Gerhard Kleih

Mitglied der Geschäftsführung der
EnBW Vertrieb GmbH

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- EnBW Ostwürttemberg
Donau Ries AG
- Erdgas Südwest GmbH
- Gasversorgung Pforzheim Land
GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- KEA Klimaschutz- und Energie-
agentur Baden-Württemberg
GmbH (seit 29.11.2011)
- Naturenergie+ Deutschland GmbH

Hans-Günther Meier

Mitglied der Geschäftsführung
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- Verwaltungsrat EnBW
Trading GmbH (bis 08.08.2011)

Steffen Pfisterer

Elektrotechnikermeister ¹⁾

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- NHF Netzgesellschaft
Heilbronn-Franken mbH
- EnBW Regional AG

Vorstand**Eckard Veil**

(seit 01.04.2011)

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- Verwaltungsrat Elektrizitätswerk
Braunsbach-Tullau GmbH ³⁾
(seit 01.05.2011)
- EnBW Kernkraft GmbH
(seit 01.05.2011)
- Verwaltungsrat Energieversorgung
Gaildorf OHG ⁴⁾
(seit 01.05.2011)
- Heilbronner Versorgungs GmbH
(seit 01.05.2011)
- NHF Netzgesellschaft Heilbronn-
Franken mbH ³⁾
(seit 01.05.2011)

Kai Fischer

(bis 31.07.2011)

Weitere Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontroll-
gremien:

- Verwaltungsrat Elektrizitätswerk
Braunsbach-Tullau GmbH ³⁾
(bis 30.04.2011)
- EnBW Kernkraft GmbH
(bis 30.04.2011)
- Verwaltungsrat Energieversorgung
Gaildorf OHG ⁴⁾
(bis 30.04.2011)
- Heilbronner Versorgungs GmbH
(bis 30.04.2011)
- NHF Netzgesellschaft Heilbronn-
Franken mbH ³⁾
(bis 30.04.2011)

Personalausschuss

- Dr. Thomas Gößmann, Vorsitzender
- Walter Böhmerle
- Helmut Engelhardt

Prüfungsausschuss

- Walter Böhmerle, Vorsitzender
- Gerhard Kleih
- Steffen Pfisterer

Nominierungsausschuss

- Dr. Thomas Gößmann, Vorsitzender
- Walter Böhmerle
- Helmut Himmelsbach

1) Arbeitnehmervertreter

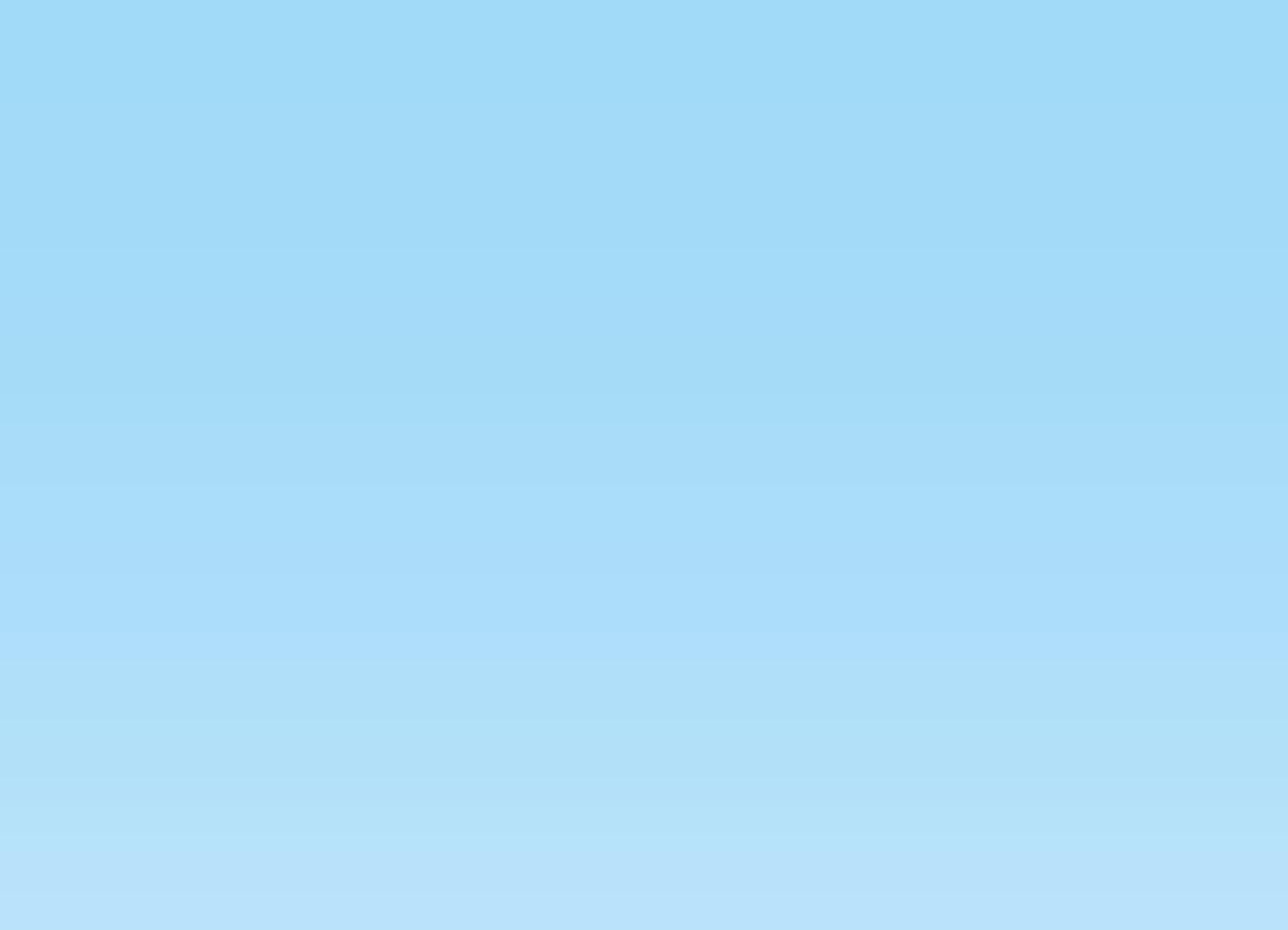
2) keine weiteren Aufsichtsratsmandate und
Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien

3) Vorsitzender

4) stellv. Vorsitzender

5) 2. stellv. Vorsitzender





Service

... ist für uns nicht die 24 Stunden verfügbare Telefonansage, sondern die Präsenz vor Ort und die Kompetenz rund um das Thema Energie. Von der Anmeldung über Vertragsänderungen bis hin zur Energieberatung sind wir für unsere Kunden da.



Zusätzliche Angaben zum Jahresabschluss

der ZEAG Energie AG (Auszug)

Bilanz zum 31.12.2011

(alle Beträge in T€)

	2011	2010
AKTIVA		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.516	8.222
Sachanlagen	63.263	59.193
Finanzanlagen	88.469	90.443
	159.248	157.858
Umlaufvermögen		
Vorräte	1.038	970
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46.415	48.222
Wertpapiere	15.402	20.784
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	29.518	26.932
	92.373	96.908
	251.621	254.766
PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	19.400	19.400
Kapitalrücklage	23.849	23.849
Gewinnrücklagen	105.710	99.010
Bilanzgewinn	7.420	10.181
	156.379	152.440
Sonderposten	5.934	6.820
Rückstellungen	68.210	71.476
Verbindlichkeiten	8.453	11.178
Rechnungsabgrenzungsposten	12.645	12.852
	251.621	254.766



Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2011

(alle Beträge in T€)	2011	2010
Umsatzerlöse	141.471	135.095
Andere aktivierte Eigenleistungen	50	144
Gesamtleistung	141.521	135.239
Sonstige betriebliche Erträge	8.681	7.864
Materialaufwand	-113.752	-104.097
Personalaufwand	-10.372	-10.459
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-6.246	-5.744
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.212	-6.590
Ergebnis der Betriebstätigkeit	13.620	16.213
Beteiligungsergebnis	-5.965	-1.776
Finanzergebnis	7.415	9.407
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.070	23.844
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.497	-5.243
Jahresüberschuss	13.573	18.601
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	547	880
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-6.700	-9.300
Bilanzgewinn	7.420	10.181

Der vollständige, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüfte Jahresabschluss per 31. Dezember 2011 der ZEAG Energie AG, dem der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister hinterlegt. Der vollständige Jahresabschluss der ZEAG Energie AG steht ferner unter www.zeag-energie.de zum Download zur Verfügung.

Mehrjahresübersicht

Kennzahlen (IFRS)		2011	2010	2009	2008	2007
Ergebnis						
Umsatz	Mio. €	141	131	125	123	113
EBITDA	Mio. €	14	23	31	23	25
EBIT	Mio. €	7	16	24	16	19
EBT	Mio. €	4	25	27	30	19
Ergebnis nach Steuern	Mio. €	4	18	20	24	14
Ergebnis je Aktie	€	0,99	4,80	5,39	6,31	3,74
Bilanz						
Langfristige Vermögenswerte	Mio. €	254	284	226	209	268
Kurzfristige Vermögenswerte	Mio. €	79	63	111	108	60
Bilanzsumme	Mio. €	333	347	337	317	328
Eigenkapital	Mio. €	228	240	233	211	224
ZEAG-Aktie						
Operating Cashflow je Aktie	€	1,93	3,31	4,91	5,68	4,59
Ausschüttung	Mio. €	6	10	10	13	6
Dividende je Aktie	€	1,80	2,55	2,55	3,40	1,60
Kennzahlen						
Eigenkapitalquote	%	68,5	69,2	68,9	66,4	68,3
EBIT-Marge	%	4,8	12,5	19,5	13,2	16,5
EBITDA-Marge	%	10,0	17,4	24,9	18,4	22,2
Finanzen und Investitionen						
Operating Cashflow	Mio. €	7	13	19	21	17
Abschreibungen	Mio. €	7	7	7	6	7
Investitionen	Mio. €	11	17	13	9	11
Energieabsatz						
Strom	GWh	780	864	864	891	907
Gas	GWh	238	255	250	291	286
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt						
		169	174	175	177	177

Impressum

Herausgeber

ZEAG Energie AG, Weipertstraße 41
74076 Heilbronn, www.zeag-energie.de

Gestaltung und Konzeption

projekt X Aktiengesellschaft, Oststraße 81
74072 Heilbronn, www.projekt-x.de

Druck und Bindung

Illig Druck & Medienwerkstatt GmbH,
Hohenstaufenstr. 29,
74074 Heilbronn, www.illigdruck.de

Bildnachweis

- S. 8 EnBW Regional AG
- S. 14 Deutsches Museum, München
- S. 21 BrüggemannChemical,
L. Brüggemann Kommanditgesellschaft
- S. 1, S. 7, S. 12–13, S. 15–16,
S. 18–19, S. 22–23, S. 46–47,
S. 56–57, S. 104–105, S. 108–109
projekt X AG, Heilbronn
- S. 3, S. 5, S. 7, S. 8, S. 14–15,
S. 17, S. 18, S. 20–21
ZEAG Energie AG, Heilbronn

Wichtige Hinweise

Kein Angebot und keine Anlageempfehlung

Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die ZEAG Energie AG ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen *kann*, *wird*, *sollte*, *plant*, *beabsichtigt*, *erwartet*, *denkt*, *schätzt*, *prognostiziert*, *potenziell* oder *fortgesetzt* sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturgemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch den Konzern nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, zukünftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der ZEAG Energie AG und der Gesellschaften des ZEAG-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung

Die ZEAG Energie AG übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht auch im Internet als Download zur Verfügung.

